

Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

# KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind  
Österreich

4 · 2010

## THEMA

Getränkesteuer: Verfassungsgerichtshof kippt Ausgleichs-Regelung ▶ 12

## PRAXIS

Alternative Finanzierung: Ausgliederungen, Contractings ... 54

## CHRONIK

Stichwahlen im Westen: Es gibt mehr Bürgermeisterinnen ▶ 88

## THEMA

# Aus!

Mit den Belastungen muss jetzt Schluss sein

KOMMUNAL zeigt auf, wieso die Gemeinden keine zusätzlichen Aufgaben mehr übernehmen können – die finanzielle Schmerzgrenze ist überschritten.

ab SEITE 8

DVR: 0930 423



# MIT DEM RICHTIGEN PARTNER KANN ICH NOCH EINIGES BEWEGEN.

Die Public Sector Finanzberatung der Bank Austria ist dank 8 regionaler Betreuungszentren, maßgeschneiderter Lösungen und kompetenter Beratung der perfekte Partner für Gemeinden. Nähere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Betreuer oder unter Firmenkunden auf [www.bankaustria.at](http://www.bankaustria.at)

Die Blase der großen Versprechungen platzt immer

# Wo bleibt die Vernunft?

Das mediale Echo war gewaltig, die Information für die Gemeindevverantwortlichen nicht neu: Österreichs Gemeinden leiden an einer gewaltigen Finanznot. Bereits im Vorjahr hat jede vierte Gemeinde ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen können, heuer wird es bereits jede dritte sein, und wenn es so weitergeht, wird es bald jede zweite sein. Die Ursachen sind bekannt. Einerseits gingen die Einnahmen um rund sechs Prozent zurück, andererseits steigen die Ausgaben vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich enorm, so dass die Finanzlücke allein im Jahr 2009 mehr als 500 Millionen Euro ausmachte. Und für heuer gibt es keine Entwarnung. Die Ertragsanteile sind von Jänner bis April um weitere 77 Millionen Euro gesunken, und die Kosten für die Sozialhilfe steigen weiter. Erstmals werden die Gemeinden heuer keinen Überschuss für das Mastricht-Ergebnis des Staates liefern, sondern im Defizitbereich liegen.

Nun kann man beschwichtigen, wenn man meint, dass es spätestens 2011 mit der Wirtschaft wieder aufwärts geht, oder wenn man die Situation der deutschen Gemeinden anschaut, die allein 2009 einen Abgang von 7,1 Milliarden Euro (das sind zwei Drittel der gesamten Schulden der österreichischen Gemeinden) einführen, aber ohne gravierende Einschnitte wird es nicht gehen. Was wir uns erwarten, ist zunächst einmal Vernunft bei unseren Partnern Bund und Länder. Es kann nicht so sein, dass man gerade in Vorwahlzeiten großzügige Versprechungen abgibt, die entweder gleich platzen oder dann zu Lasten der Gemeinden zögerlich umgesetzt werden. Das beginnt bei den Versprechungen der kostenlosen Kinderbetreuung und endet bei den großzügigen Regelungen der Sozialhilfe und Pflege. Es ist weder sozial noch gerecht,

wenn man mit der Gießkanne den großen Geldregen für alle verspricht und wenig später dann überall die Ausgabenbremse zieht oder den Bürgern das Geld über Steuererhöhungen aus der Tasche zieht. Die Bürger haben das längst erkannt und wenden sich von dieser Politik ab. Die Glaubwürdigkeit der handelnden Personen ist schwer erschüttert und die Vertrauensbasis massiv gestört.

Deshalb ist es ein Gebot des Hausverstandes und der Vernunft, nach den allgemein gültigen Regeln des Geschäftslebens zu handeln. Nämlich nicht mehr auszugeben als man einnimmt und nicht etwas zu versprechen, was dann ein Dritter einzulösen hat. Österreich ist in der glücklichen Lage, in fast allen Lebensbereichen einen sehr hohen Leistungsstandard aufzuweisen. Kaum ein anderes Land kann in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Sozialwesen und Kinderbetreuung auf ein ähnliches Niveau verweisen. Jetzt müssen wir alles daran setzen, diese Leistungen zu erhalten und nicht ständig noch mehr zu versprechen, obwohl wir finanziell dazu nicht in der Lage sind.

Aus diesem Grund ist die Forderung zu verstehen, dass wir einen Belastungsstopp für die Gemeinden einfordern. Wir erwarten von unseren Partnern auf Landes- und Bundesebene für die nächsten zwei Jahre ein Handeln, das nicht von Populismus, sondern von Vernunft getragen ist. Und ich bin sicher, dass die Bürger dafür großes Verständnis haben und das sogar erwarten.




Helmut Mödlhammer  
Präsident des Österreichischen  
Gemeindebundes

Wir erwarten von unseren Partnern auf Landes- und Bundesebene für die nächsten zwei Jahre ein Handeln, das nicht von Populismus, sondern von Vernunft getragen ist.

## Gemeindebund

- 8 Schluss mit den zusätzlichen Belastungen: Gemeinden können keine Aufgaben mehr übernehmen
- 12 Verfassungswidrig: VfGH setzt FAG-Bestimmungen über Getränkesteuer-Ausgleichszahlungen aus
- 20 KOMMUNAL Interview Ernst Schöpf, Vorsitzender des Gemeindebund-Finanzausschusses
- 25 Kommunale Sommergespräche 2010: Chancen für die Kleinen werden ausgelotet
- 26 57. Österreichischer Gemeindegtag in Graz: Alles dreht sich um Energieeffizienz und Nachhaltigkeit

## Recht & Verwaltung

- 14 Höhere Standards bei Eisenbahnübergängen: Geld oder Sicherheit, das ist hier die Frage

## Finanzen

- 16 Die Konsolidierung der öffentlichen Budgets: Ein gemeinsamer Kraftakt wird notwendig sein
- 22 Mittelfristige Finanzplanung für Gemeinden: Dauer drei bis sechs Jahre und rechtlich unverbindlich
- 24 Interview: Dr. Herbert Pichler, Syndikus der Sparte Banken in der WKÖ, über Gemeinden und Banken
- 54 Alternative Finanzierungsmodelle für Gemeinden: Ausgliederungen, PPPs, Contractings ...

## Europapolitik

- 30 EU-Regionalkommissar Johannes Hahn im Interview: Die Seite gewechselt, nicht das Boot
- 32 Europas Donauraumstrategie: Österreichische Stärken einbringen ist Vorgabe des Gemeindebundes
- 36 Europa und das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden: Kommunale Daseinsvorsorge ist gesetzlich abgesichert



## Impressum

### Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,  
Löwelstraße 6, 1010 Wien

### Medieninhaber:

Österreichischer  
Kommunal-Verlag GmbH.,  
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,  
Tel. 01/532 23 88,  
Fax 01/532 23 77,  
E-Mail:  
[kommunalverlag@kommunal.at](mailto:kommunalverlag@kommunal.at)

### Geschäftsführung:

Mag. Michael Zimmer

### [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)

### Redaktion:

Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)  
[hans.braun@kommunal.at](mailto:hans.braun@kommunal.at)  
Mag. Helmut Reindl - DW 15  
[helmut.reindl@kommunal.at](mailto:helmut.reindl@kommunal.at)  
Julya Pollak - DW 37  
[julya.pollak@kommunal.at](mailto:julya.pollak@kommunal.at)  
Tel.: 01/ 532 23 88

### Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88  
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12  
[sabine.brueggemann@kommunal.at](mailto:sabine.brueggemann@kommunal.at)  
Mag. Alexander Palaschke - DW 14  
[alexander.palaschke@kommunal.at](mailto:alexander.palaschke@kommunal.at)

Patrizia Poropatits - DW 30  
[patrizia.poropatits@kommunal.at](mailto:patrizia.poropatits@kommunal.at)

### Grafik:

Ernst Horvath  
[ernst.horvath@kommunal.at](mailto:ernst.horvath@kommunal.at)

### Fotos:

[www.bilderbox.at](http://www.bilderbox.at); [www.photos.com](http://www.photos.com)

### Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter  
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen  
Gemeindevertreter NÖ)

Mag. Dr. Elisabeth Dearing  
(Bundeskanzleramt)

Mag. Nicolaus Drimmel  
(Österreichischer Gemeindebund)

Dr. Gustav Fischer  
(BM für Land- und Forstwirtschaft,  
Umwelt und Wasserwirtschaft)

Mag. Michael Girardi  
(BM für Inneres)

Mag. Petra Hafner (BM für  
Unterricht, Kunst und Kultur)

Mag. Wolfgang Hiller (Leiter des  
Informationsbüros des Europäischen  
Parlaments für Österreich)

Dr. Robert Hink (Generalsekretär des  
Österreichischen Gemeindebundes)

Dr. Clemes Hüffel (BM für  
Wissenschaft und Forschung)

Daniel Kosak (Pressereferent des  
Österreichischen Gemeindebundes)

Robert Lender (BM für  
Wirtschaft & Jugend)

Mag. Susanne Metzger (BM für  
Verkehr, Innovation und Technik)

Bgm. Helmut Mödlhammer  
(Präsident des Österreichischen  
Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl  
(BM für Wirtschaft)

Eduard Olbrich (BM für Soziales  
und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali  
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des  
Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)

Adina Reumüller (Vertretung der  
Europäischen Kommission, Wien)

Mag. Christian Rupp  
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer  
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider  
(Landesgeschäftsführer des GVV der VP-NÖ)

Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für Europ.  
und Internationale Angelegenheiten)

Dagmar Strobel (Bundesministerium  
für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Michael Zimmer (Geschäftsführer)

### Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudorf



PEFC zertifiziert:  
Dieses Produkt stammt  
aus nachhaltig bewirt-  
schafteten Wäldern  
und kontrollierten  
Quellen – [www.pefc.at](http://www.pefc.at)



Druckauflage: 34.500  
(Jahresdurchschnitt  
2009)

Persönlich gezeichnete Artikel  
fallen unter die Verantwortlichkeit  
des Autors und müssen sich nicht  
unbedingt mit der Meinung von  
KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder un-  
ter der Bezeichnung „Service“ lau-  
fende Artikel sind bezahlte Informa-  
tionen und fallen nicht in die Ver-  
antwortlichkeit der Redaktion.

Teilen dieser Ausgabe liegen Infor-  
mationen der Firmen ARGE Forum  
mineralische Rohstoffe, A R S - Semi-  
nar und Kongreß Veranstaltungs-  
gesmbH und dem Österreichischen  
Integrationsfonds bei.



## PRAXIS

### Katastrophenschutz

- 66 Erste Hilfe für die Seele: Die Betreuung von Katastrophenopfern nach traumatischen Erlebnissen wird immer wichtiger

### Ehrungen & Auszeichnungen

- 80 Die Kardinalfrage bei Ehrungen ist immer gleich: Welche Stufe ist nun angemessen?

## CHRONIK

- 88 Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2010: Im Westen künftig mehr Frauenstammtische  
 90 Kuratorium für Verkehrssicherheit: EU-Projekt PROLOGUE forciert „Naturalistic Drivingforschung“  
 92 Die Bühne ist ihr Leben: Die Schweizer Gemeindepräsidentin von Birrwil als Opernsängerin  
 94 Aus den Bundesländern  
 98 Personalien, Ehrungen, Buch-Tipps & Info-Mix  
 102 Vorschau & Service



## Editorial



Michael Zimmer  
Geschäftsführer

Das schwierige wirtschaftliche Umfeld fordert Österreichs Gemeindeführer einiges ab. Die Einnahmen sinken bei gleichzeitigem Steigen der Ausgaben. Was dabei herauskommt, ist vereinfacht gesagt ein massiver Zwischenfinanzierungsbedarf. Österreichs Banken haben den Markt dafür frühzeitig erkannt und versuchen diesen Liquiditätsengpass auszugleichen. Kommunen sind auch in Zeiten der Kreditklemme optimale Gläubiger, doch sind die Anforderungen an die Finanzierungsformen durchaus vielfältiger geworden.

Neben dem klassischen Bankdarlehen haben sich daher in letzter Zeit stärker denn je auch alternative Finanzierungsformen dazu etabliert. Leasing,

Contracting, Ausgliederungen und Factoring sind längst keine Fremdwörter mehr im Umgang mit den Banken, doch liegt die Herausforderung im Detail. KOMMUNAL möchte in dieser Ausgabe den Managern in Österreichs Kommunen daher wieder eine neue Unterstützung bieten und die groben Unterschiede der Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigen (Seite 54).

Vor allem war es uns in dieser Ausgabe auch ein Anliegen, verstärkt auf die Forderung unseres Präsidenten nach einem Belas-

tungsstopp für die nächsten zwei Jahre hinzuweisen. Denn wenn der Konjunkturmotor Gemeinden wieder stärker anlaufen soll, muss ihm erst die Möglichkeit geboten werden, seine eigenen Schrauben festzuziehen.

Mödlhammer fordert aber auch eine neue Kultur der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Für sämtliche neuen Maßnahmen, die Geld kosten, sollte ein vorhergehendes Gespräch zwischen den Gebietskörperschaften verpflichtend notwendig sein. Kommunikation statt Delegation! Wär' doch mal was ...

**EU:** Zahlungsverzugsweltmeister öffentliche Hand?

## Entschärfung in Sicht

Die EU-Zahlungsverzugsrichtlinie aus dem Jahr 2000 wird überarbeitet. Die im Herbst 2009 noch vom damaligen Industrie-Kommissar Verheugen vorgestellte Novelle basiert auf der Annahme, dass die öffentliche Hand ein nicht immer vorbildlicher Geschäftspartner ist und ungerechtfertigt lange Zahlungsfristen in Anspruch nimmt. Dies wiederum bringt v. a. kleine und mittlere Unternehmen in Gefahr, weshalb die Kommission Handlungsbedarf sah und die Richtlinie in folgenden, aus kommunaler Sicht gefährlichen

Kernpunkten überarbeiten wollte:

- Öffentliche Auftraggeber sollen Rechnungen (außer in begründeten Ausnahmefällen) innerhalb von 30 Tagen begleichen.
- Öffentliche Auftraggeber können bei Überschreitung der 30-tägigen Zahlungsfrist zu einer Pönale von 5 Prozent des Rechnungsbetrags zuzüglich Verzugszinsen und Betreuungskosten verdonnert werden.

Nun zeichnet sich eine Entschärfung des Kommissionsvorschlags ab. Der Binnenmarktausschuss be-



Wenn die öffentliche Hand ihre Rechnungen nicht fristgerecht begleicht, ist das für Unternehmen gefährlich.

sprach am 7. April die rund 200 Änderungsanträge zum Berichtsentwurf von MEP Barbara Weiler. Die Deutsche skizzierte danach die zu erwartende Position des Europäischen Parlaments: Ablehnung der 5-prozenti-

gen Pönale zugunsten erhöhter Verzugszinsen und Gleichbehandlung von öffentlichen und privaten Auftraggebern. Diese Position könnte auch vom Rat unterstützt werden.

**Deutschland**

## Jede 2. Gemeinde vor der Pleite

„Bundesweit sind mehr als die Hälfte aller Kommunen nicht mehr in der Lage, ihre laufenden Ausgaben zu decken“, sagt DStGb-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der „Rheinischen Post“. Er fordert zugleich eine Reform mit dem Ziel von deutlich mehr Steuereinnahmen für die Kommunen.

**Familien:** Altes Karenzmodell ist nach wie vor am beliebtesten

## Neues Kindergeld ist gefragt

Kürzeste Bezugsdauer, aber das meiste Geld: Die neuen Kindergeldvarianten gewinnen bei Jungeltern an Beliebtheit. Im März galten schon neun Prozent der Neuanträge auf Kinderbetreuungsgeld einkommensabhängigen Variante (80 Prozent des letzten Nettoeinkommens oder maximal 2000 Euro monatlich;

Bezugsdauer: 12 plus zwei Monate). Weitere drei Prozent beantragten die ebenso kurz gewährte 1000-Euro-Pauschale. Nach wie vor am beliebtesten ist aber die älteste – und mit 30 plus sechs Monaten längste – Variante. 54 Prozent der Eltern entschieden sich dafür. Familienstaatssekretärin Christine Marek ist mit der

Entwicklung zufrieden. Wie die neuen Varianten bei den Vätern ankommen, lässt sich noch nicht sagen, weil die Väter meist erst gegen Ende der Karenz die Betreuung übernehmen. Dementiert werden von Marek Gerüchte, wonach im Zuge eines Sparpaketes die längste Kindergeldvarianten wieder abgeschafft wird.

**Soziales:** Zahl der Demenzkranken wird sprunghaft steigen

## Der Bedarf an Pflege nimmt stark zu

Laut Rotes Kreuz wird die Zahl der Demenzkranken in Österreich – derzeit sind es rund 10.000 – in den kommenden Jahren sprunghaft ansteigen. Daher sind neue Versorgungsmodelle für ältere Menschen gefragt. Mit dem steten Ansteigen der Lebenserwartung wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2020 erhöhen. Derzeit beziehen bundesweit 420.000 Menschen Pflegegeld.



Neue Versorgungsmodelle sind gefragt. Das Rote Kreuz meint, dass es mehr Senioren-Wohngemeinschaften geben wird.

**Kaufkraftindex**

## Wien bleibt an der Spitze

Die Wiener Innenstadt ist mit 43.292 Euro pro Einwohner der Bezirk mit der größten Kaufkraft in Österreich.

Die einkommenschwächsten Regionen sind im nördlichen Niederösterreich sowie in der südlichen und östlichen Steiermark zu finden. Auch der Bezirk Lienz in Osttirol gehört dazu. Unter den Bundesländern bleibt das Burgenland Schlusslicht.

**Bewerb:** Ausschreibung des Österreichischen Verkehrssicherheitspreises 2010

## Der „Aquila“ wieder durch

Einmal im Jahr stellt das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) die Eigeninitiative jener Gemeinden aufs Podest, die sich mit außerordentlichem Engagement und viel Kreativität für das Thema Verkehrssicherheit einsetzen. Als Belohnung winkt auch 2010 der „Österreichische Verkehrssicherheitspreis“, der in Form der Trophäe „Aquila“ verliehen wird. Gewinner der Kategorie Städte/Gemeinden im vergangenen Jahr war die Gemeinde Hallein (Salzburg) mit dem Projekt „Kampf



Der „Österreichische Verkehrssicherheitspreis“ wird in Form der Trophäe „Aquila“ verliehen.

## fliegt Gemeinden

den Verkehrsschildern“. Ein Zuviel an Verkehrsschildern führt oft dazu, dass sich Lenker überfordert fühlen. Um den Schilderwald zu entrümpeln, startete die Gemeinde Hallein vor einem Jahr einen Pilotversuch, bei dem in drei Stadtteilen 300 von 1000 Verkehrsschildern entfernt wurden. Der Erfolg bestätigte die Gemeinde, die nun auch in anderen Stadtteilen überflüssige Verkehrsschilder entfernt hat. [www.kfv.at/verkehrsmobilitaet/verkehrssicherheitspreis](http://www.kfv.at/verkehrsmobilitaet/verkehrssicherheitspreis)

**EU:** Direkte Demokratie

## Die Europäische Bürgerinitiative

Die EU-Kommission präsentierte ihren Vorschlag für eine europäische Bürgerinitiative. Dieses durch den Vertrag von Lissabon eingeführte Mittel der direkten Demokratie sieht ein Vorschlagsrecht der europäischen Bürger gegenüber der EU-Kommission vor. Wenn eine Million Wahlberechtigte aus mindestens einem Drittel der EU-Mitgliedstaaten eine europäische Bürgerinitiative unterstützen, so ist die Kommission verpflichtet, dieses Anliegen zu prüfen und allenfalls von ihrem Gesetzesinitiativrecht Gebrauch zu machen.

**EU:** Mehr Geld für Personal zur Bewältigung neuer Aufgaben

## Kommission schlägt Budgetanpassung vor

Am 19. März stimmte die EU-Kommission für die Anpassung der Budgets des Europäischen Parlaments, des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses. Dem EU-Parlament sollen 2010 zusätzliche 9,4 Mio. Euro, dem AdR 6,4 Mio. Euro und

dem WSA 4,14 Mio. Euro zugewiesen werden. Damit soll die Bewältigung der sich durch den Lissabonvertrag ergebenden zusätzlichen Aufgaben sichergestellt werden. Diese Budgetmittel werden in allen Organen für die Einstellung neuen Personals ge-

nutzt, wobei der Bedarf im EU-Parlament mit 150 neuen Stellen am höchsten ist. Anzumerken ist, dass diese Mittel nicht frisch von den Mitgliedstaaten überwiesen werden müssen, sondern sich bereits in der sogenannten „Reserve“ des EU-Haushalts befinden.

**Landtagswahlen**

## Steiermark wählt am 26. September

Der Termin für die steirische Landtagswahl ist seit Mitte April fix: Die Landesregierung einigte sich auf den 26. September als Wahltermin. Mit der Festlegung des Termins sind damit auch die Fristenläufe im Vorfeld klargestellt.

**EU:** Mehr Bürgernähe

## Arbeitsprogramm der Kommission

Die EU-Kommission verabschiedete ihr Arbeitsprogramm für 2010. Darin werden unter anderem 34 strategische Initiativen für 2010 präsentiert. Im Mittelpunkt stehen neben der Bewältigung der Wirtschaftskrise und der Bewahrung der sozialen Marktwirtschaft in Europa auch mehr Bürgernähe, die Stärkung der EU-Außenpolitik sowie die Modernisierung der Arbeitsweise der EU.

**EU:** Tiroler Grundverkehrsgesetz unverhältnismäßig

## Verfahren gegen Österreich

Die EU-Kommission leitete kürzlich die zweite Stufe eines EU-Vertragsverletzungsverfahrens gegen Österreich ein, da aus ihrer Sicht bestimmte Passagen des Tiroler Grundverkehrsgesetzes nicht mit den Binnenmarktregeln vereinbar sind. Konkret handelt es sich um jene Bestimmungen, wonach der Erwerb landwirtschaftlicher Nutzflächen auch dann genehmigungspflichtig ist, wenn diese Grundstücke bereits zehn


Jahre für landwirtschaftliche Zwecke genutzt wurden. Für EU-Bürger gilt die Genehmigungspflicht überdies auch dann, wenn ein Grundstück nicht mehr landwirtschaftlich genutzt wird. Österreich hat in dieser Phase des Vertragsverletzungsverfahrens zwei Monate Zeit, eine zufriedenstellende Antwort vorzulegen, andernfalls kann die Kommission den EuGH anrufen.



Das Tiroler Gesetz verhindert aus Sicht der Kommission Investitionen.







Gemeinden können keine zusätzlichen  
Aufgaben mehr übernehmen

**Es muss Schluss  
sein mit den  
Belastungen**

Seit Monaten thematisiert der Gemeindebund in der Öffentlichkeit die dramatische finanzielle Lage der Gemeinden. In den vergangenen Wochen mit Erfolg. Gemeindebund-Chef Mödlhammer sieht die finanzielle Schmerzgrenze der Gemeinden überschritten und fordert einen Belastungsstopp für die nächsten Jahre.

Daniel Kosak

„Die finanzielle Lage der Gemeinden ist nicht nur dramatisch, sondern die Gemeinden sind schon weit über ihrer Schmerzgrenze“, konstatiert Gemeindebund-Chef Bgm. Helmut Mödlhammer. In den letzten Wochen haben auch alle Medien des Landes dieses Problem aufgegriffen. Von der „Kronen Zeitung“ bis hin zu allen ORF-Sendern und allen anderen Tages- und Wochenzeitungen waren die Gemeindefinanzen Titelthema.

Allein im Jahr 2009 haben die Gemeinden Einnahmerückgänge von rund 350 Millionen Euro nur aus den Ertragsanteilen hinnehmen müssen. Etwaige Rückgänge aus der Kommunalsteuer, aufgrund der schlechten Arbeitsmarktsituation, sind da noch gar nicht eingerechnet. Im Jahr 2010 könnte die Lage noch schwieriger werden. „Wir haben bei den Ertragsanteilen die Talsohle zwar vermutlich durchschritten, wir werden aber noch lange brauchen, um auf das Einnahmenniveau des Jahres 2008 zu kommen“, so Mödlhammer. Gleichzeitig steigen die Aufgaben und damit auch die Aufgaben der Gemeinden ständig an. „Es steht zu befürchten, dass im Jahr 2010 die Hälfte der Gemeinden nicht mehr ausgeglichen bilanzieren kann“, so Mödlhammer.

Immer mehr Gemeinden sind damit auf Bedarfszuweisungen zum Ausgleichen ihres Budgets angewiesen, damit können diese Zuweisungen aber nicht mehr für neue Projekte und Investitionen verwendet werden. „Bei den Mitteln der Bedarfszuweisung handelt es sich allerdings um Gelder, die den Gemeinden zustehen und nur von den Bundesländern verwaltet werden“, stellt Mödlhammer klar. „Oft

wird so getan, als wären das Landesgelder, die den Gemeinden netterweise überlassen werden.“

### Gemeindebund hat schon früh gewarnt

„Ich habe schon vor langer Zeit vor der Verteilung von Wahlzuckerln auf Kosten der Gemeinden gewarnt“, erinnert sich Gemeindebund-Präsident Bgm.



Niemand hat die Bundesländer dazu gezwungen, den Kindergarten generell gratis zu machen. Vor allem geht dieses kostenfreie Angebot in hohem Ausmaß zu Lasten der Gemeinden, die für den Aufbau der notwendigen Infrastruktur und die Bereitstellung zusätzlichen Personals viel Geld aufbringen müssen.

Helmut Mödlhammer erhob seine warnende Stimme schon 2008

Helmut Mödlhammer. Schon im Herbst 2008, als der Nationalrat in seiner letzten Sitzung vor der Wahl ein Paket an Wahlzuckerln beschlossen hatte, erhob Mödlhammer erstmals seine Stimme. „Allein die Umsetzung der damaligen Wahlversprechen hat die Gemeinden mit rund 50 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich belastet“, so Mödlhammer.

### Geld wurde abgeschafft

Doch damit waren die neuen Belastungen für die Gemeinden sichtlich noch nicht vorbei. „Es hat mich und viele, viele Kommunalpolitiker schwer irritiert, dass man den Eindruck gewinnen musste, Bund und Länder hätten in Zeiten der Krise und leerer Kassen das Geld abge-

schafft.“ Ärgerlicherweise gingen die Versprechungen sehr oft zu Lasten der Gemeinden. Als Beispiel führt Mödlhammer die aktuelle politische Debatte rund um den Gratiskindergarten an (siehe auch Info-Kasten). Die Kommunen tragen die finanzielle Hauptlast bei der Kinderbetreuung. Eine durchschnittliche österreichische Gemeinde muss pro Jahr und Kind rund 4000 Euro für die Kinderbetreuung aufbringen. „Wir haben uns gegen das kostenfreie und verpflichtende letzte Kindergartenjahr nicht gewehrt und dafür auch den Löwenanteil der Kosten übernommen“, so der Gemeindebund-Chef. Zur Erinnerung: Für die Finanzierung dieses letzten Kindergartenjahres hat der Bund immerhin 70 Millionen Euro bereitgestellt. Damit

konnten die Kosten für die Gemeinden zwar bei weitem nicht abgedeckt werden, immerhin gab es aber irgendeine Form der Unterstützung des Bundes.

### Unterstützung aus Bundes- und Landespolitik

„Danach ist aber auf einmal eine Welle losgebrochen, die die Gemeinden kostenseitig nun überrollt“, so der Gemeindebund-Chef. „Niemand hat die Bundesländer dazu gezwungen, den Kindergarten generell gratis zu machen. Vor allem geht dieses kostenfreie Angebot in hohem Ausmaß zu Lasten der Gemeinden, die für den Aufbau der notwendigen Infrastruktur und die Bereitstellung zusätzlichen Personals viel Geld aufbringen müs-



Daniel Kosak ist Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes

Foto: BMLV



Bildung muss für alle frei zugänglich bleiben. Aber ansonsten muss man mit Gratis- und Transferleistungen oberhalb des Mindestlohns sehr vorsichtig umgehen. Leistungen wie den Gratiskindergarten oder die Wohnbauförderung für alle muss man überdenken.

LH Franz Voves im vielzitierten Interview mit der „Kleinen Zeitung“

sen.“ In schweren wirtschaftlichen Zeiten, in denen die öffentlichen Haushalte massiv belastet seien, müsse man sich schon die Frage stellen, ob wirklich alles für alle gratis sein kann. Inzwischen ist Mödlhammer mit seinen Gedanken nicht mehr allein. Auch der steirische Landeshauptmann Franz Voves stellte kürzlich den flächendeckenden Gratiskindergarten in Frage. Auch Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka vertritt die Meinung, dass „der strapazierte Staatshaushalt Beiträge aller Gebietskörperschaften brauche und dauerhaft nicht alles für alle gratis sein kann“. In Kärnten wird der Gratiskindergarten wieder abgeschafft, und in Salzburg glaubt niemand daran, dass das Versprechen, bis 2014 den Gratiskindergarten einzuführen, eingehalten werden kann.

Auch in der Finanzierung der Pflege ist die Lage für die Gemeinden dramatisch. „Die Kostensteigerungen bewegen sich bei den Pflege- und Gesundheitsbeiträgen in den meisten Gemeinden im zweistelligen Prozentbereich“, weiß Mödlhammer. Dazu komme, dass auch die Regressmöglichkeiten in den meisten Bundesländern in den letzten Jahren stark ein-

geschränkt wurden. Allein die Verringerung dieser Regressmöglichkeiten führte etwa in Niederösterreich zu einem zusätzlichen Bedarf an 1000 Pflegebetten, weil die Menschen ihre Angehörigen viel schneller und leichter in ein Pflegeheim geben, wenn sie sich nicht an den Kosten dafür beteiligen müssen. Mit Ausnahme des Bundeslandes Salzburg sind die Gemeindebeiträge für Pflege und Gesundheit auch nach oben hin nicht gedeckelt. „Das sind also Kostensteigerungen, gegen die die Gemeinden in der Regel nicht das geringste unternehmen können und daher auch nicht einsparen können. Diese Entwicklung wird sich leider fortsetzen, und der Bund und

die Länder sind hier dringend gefordert, etwas zu unternehmen, damit diese Kosten nicht ungebremst explodieren.“

### Verursacherprinzip muss gelten

Grundsätzlich verärgert ist Mödlhammer über die Art und Weise, wie immer öfter über die Gemeinden drübergefahren wird. „Es kann nicht sein, dass das Verursacherprinzip nicht mehr gilt“, so der Gemeindebund-Chef. „Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass jemand, der sich etwas wünscht oder etwas bestellt, sich auch überlegen muss, wer diese Bestellung bezahlen soll.“ In jüngerer Vergangenheit zeigte sich

## Fact-Box

# Was die Kinderbetreuung den Gemeinden kostet

Insgesamt gibt es in Österreich 4883 öffentliche Kindertagesheime, darunter fallen die Kindergärten, die Kinderkrippen und die Horteinrichtungen. Dazu kommen noch 3067 private Einrichtungen, in Summe also 7950 Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Zahl der reinen Kindergärten beträgt 4863, davon sind 3556 öffentliche Kindergärten. Von diesen 3556 Kindergärten werden 3525 von Gemeinden erhalten und betrieben. Nur 19 Kindergärten betreibt der Bund direkt, weiter 12 Kindergärten werden von den Ländern betrieben. Dazu kommen noch 1307 private Kindergärten, bei denen in der Regel die Gemeinden aber auch Zuschüsse leisten müssen, um Defizite auszugleichen.

### Mit Kostensteigerung von bis zu 50 Prozent ist zu rechnen

Deutlich sichtbar wird der Kostenaufwand der Gemeinden auch dann, wenn man sich ansieht, wieviel Geld die Gemeinden pro Kind und Jahr im Jahr 2008 ausgeben

### Soviel gaben die Gemeinden 2008 pro Kind und Jahr für Kinderbetreuung aus (ohne Wien)

Burgenland	5.196 Euro
Steiermark	5.057 Euro
Niederösterreich	4.680 Euro
Salzburg	4.352 Euro
<b>Durchschnitt Österreich</b>	<b>4.282 Euro</b>
Kärnten	4.033 Euro
Vorarlberg	3.963 Euro
Tirol	3.657 Euro
Oberösterreich	3.518 Euro

mussten. Die Zahlen liegen erst für das Jahr 2008 vor, ein Zeitpunkt, in dem der flächendeckende Gratiskindergarten und das verpflichtende letzte Kindergartenjahr noch nicht eingeführt waren. Für 2009 und 2010 ist daher noch mit Kostensteigerungen von bis zu 50 Prozent der genannten Werte zu rechnen.

Insgesamt wird davon ausgegangen, dass die Gemeinden im Jahr 2009 durch die zusätzlichen Angebote rund 1,5 Milliarden Euro nur für die Kinderbetreuung aufwenden müssen.

wieder ein besonders ärgerliches Vorhaben. „Der Bund will per Verordnung alle Eisenbahnkreuzungen mit Schrankenanlagen absichern. Das würde in Summe zwischen zwei und drei Milliarden Euro kosten, von denen die Hälfte die Straßenerhalter – also in den meisten Fällen die Gemeinden – und die andere Hälfte die Verkehrsunternehmen zu bezahlen hätten.“ Dies sei ein typisches Beispiel. „Der Bund bestellt etwas, das jemand anderer bezahlen soll. So kann's nicht gehen.“

### Belastungsstopp für die nächsten zwei Jahre

„Wir brauchen hier eine neue Kultur der Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften“, verlangt Mödlhammer. „Schluss mit teuren Wahlversprechen, Schluss mit neuen Belastungen, Schluss mit der Gratis-Mentalität. Für sämtliche neuen Maßnahmen, die Geld kosten, sollte ein vorhergehendes Gespräch zwischen den Gebietskörperschaften verpflichtend notwendig sein.“ Für die kommenden zwei Jahre verlangt Mödlhammer einen Belastungsstopp für die Gemeinden. „Erst wenn sich die Steuereinnahmen dauerhaft wieder erholt haben, können wir über neue Angebote reden“, so Mödlhammer.

### Kein Aufschnüren des Finanzausgleichs

Vom Aufschnüren des bestehenden Finanzausgleichs, wie das vereinzelt gefordert wird, hält Mödlhammer wenig. „Wir haben 2008 einen sehr guten Finanzausgleich abgeschlossen, der den Gemeinden ab 2011 rund 100 Mio. Euro an Mehreinnahmen bringt. In der jetzigen Situation neu über den Finanzausgleich zu verhandeln, würde angesichts der schlechten wirtschaftlichen Situation mit deutlichen Verlusten für die Kommunen enden.“ Zudem werde derzeit in einer Arbeitsgruppe das System des Finanzausgleichs evaluiert, um bei den nächsten Verhandlungen notwendige Änderungen herbeizuführen.

## Verhandlungen Getränkesteuerausgleich NEU

# VfGH setzt Getränkesteuerausgleich aus

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat die Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes über Ausgleichszahlungen an die Gemeinden für den Wegfall der Getränkesteuer als verfassungswidrig aufgehoben. Der Österreichische Gemeindebund fordert den sofortigen Beginn von Verhandlungen ein.

Dr. Robert Hink

Mit Kommuniké vom 13. April 2010 wurde das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs verlautbart, durch welches nun ein Teil der Getränkesteuerausgleichsregelung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG 2008) einer Neuregelung bedarf. Wie bereits in den vergangenen beiden Ausgaben des KOMMUNAL berichtet, prüfte der VfGH – aufgrund einer Leistungsklage einer Tiroler Gemeinde auf Erstattung eines Ersatzes für eine fiktive Getränkesteuer der Jahre 2005 bis

fassungswidrigkeit auf. Diese Aufhebung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2010 in Kraft, womit der Bundesgesetzgeber nun bis Ende des Jahres Zeit hat, das Gesetz zu „reparieren“.

### Die bisherige Regelung des Getränkesteuerausgleichs

Die FAG-Partner verankerten aufgrund der finanziellen Mindereinkünfte, die durch die Abschaffung der Getränkesteuer durch ein EuGH-Urteil im Jahr 2000 für die Gemeinden entstanden sind, eine Ersatzfinanzierung. Diese abfedernden Maßnahmen, die zum damaligen Zeitpunkt knapp 80 Prozent des bisherigen Aufkommens aus den Jahren 1993 bis 1999 ausmachten, wurden

Der Verfassungsgerichtshof erteilte insgesamt gesehen einer traditionell österreichischen Tendenz der längerfristigen Übergangslösung eine Absage, stellte aber durch das Beibehalten der Oberverteilung die Bedeutung eines paktierten Finanzausgleichs nicht in Frage.

2008 – seit September 2009 von Amts wegen die betreffenden Gesetzespassagen und hob nun die sogenannte „Unterverteilung“ des § 11 Abs. 2 Z 2, also die Methode der Aufteilung der länderweisen Mittel auf die einzelnen Gemeinden, wegen Ver-

fassungswidrigkeit auf. Diese Aufhebung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2010 in Kraft, womit der Bundesgesetzgeber nun bis Ende des Jahres Zeit hat, das Gesetz zu „reparieren“.

auch in den folgenden Finanzausgleichsgesetzen 2005 und 2008 einvernehmlich fortgeschrieben. Das FAG 2008 regelt ab diesem Zeitpunkt unverändert die sogenannte „Oberverteilung“ der Mittel auf die neun „Ländertöpfe“ und nunmehr



nur noch bis Jahresende die „Unterverteilung“.

### Die Erwägungen des Verfassungsgerichtshofs

Aufgrund der Fortschreibung der Ersatzregelung über mehrere Jahre konnte es zu den Verzerrungen kommen, gegen die sich nun der VfGH in seinem Erkenntnis aussprach und mögliche Benachteiligungen von Gemeinden, für die die Getränkeabgabe in den Jahren 1993 bis 1997 beziehungsweise 1998 und 1999 von unterdurchschnittlicher Bedeutung war und insbesondere gegen eine Privilegierung jener, die in den Jahren 1998 und 1999 überdurchschnittliche Steuereinkünfte erzielten. Der Verfassungsgerichtshof erteilte insge-

samt gesehen einer traditionellen österreichischen Tendenz der längerfristigen Übergangslösung eine Absage, stellte aber durch das Beibehalten der Oberverteilung die große Bedeutung eines paktierten Finanzausgleichs nicht in Frage.

### Keine unmittelbaren Auswirkungen

Der § 11 Abs. 2 lit. 2 ist noch bis Jahresende in Kraft. Auf die Höhe der Anteile aus dem verbundenen Steuersystem Österreichs, welche von den Ländern in monatlichen Tranchen an die einzelnen Gemeinden überwiesen werden, hat dieses Erkenntnis bis Jahresende keine Auswirkung. Ebenso wenig ist dadurch das Gesamtvolumen des Getränkesteuerausgleichs in Frage ge-

Auf die Höhe der Anteile aus dem verbundenen Steuersystem Österreichs, welche von den Ländern in monatlichen Tranchen an die einzelnen Gemeinden überwiesen werden, hat dieses Erkenntnis bis Jahresende keine Auswirkung. Ebenso wenig ist dadurch das Gesamtvolumen des Getränkesteuerausgleichs in Frage gestellt ...

stellt, welches 2010 etwa 385 Millionen Euro haben wird. Sollte der Bundesgesetzgeber innerhalb der gesetzten Frist nicht in der Lage sein, eine Ersatzregelung für die gemeindeweise Verteilung der Getränkesteuerausgleichsmittel zu treffen, hätte das zur Folge, dass die Mittel gemäß § 11 Abs. 2 Z 7 mit dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel (eine Verteilung nach Einwohnerzahlen, zu Lasten kleiner Gemeinden und Städte) verteilt werden würden.

### Forderung nach sofortigen Verhandlungen

Durch das VfGH-Erkenntnis wurde keineswegs der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, sondern eine punktuelle Verteilungsmethode in Frage gestellt. Der Österreichische Gemeindebund ist zuversichtlich, dass eine Nachfolgeregelung für die Unterverteilung der weiterhin vorhandenen Mittel auf die Gemeinden zügig getroffen werden wird. Um dies zu gewährleisten, hat der Österreichische Gemeindebund bereits unmittelbar nach Bekanntwerden des VfGH-Erkenntnisses den sofortigen Beginn von Verhandlungen eingefordert.

Mit einem weinenden und einem lachenden Auge sah Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer den VfGH-Entscheid. „Ich bin natürlich nicht erfreut, dass die bestehende Regelung aufgehoben wurde. Es ist aber gut, dass der VfGH die Ausgleichszahlungen nicht rückwirkend aufgehoben hat, sondern nun dem Gesetzgeber bis zum Jahresende Zeit gibt, die Regelung zu reparieren“, so eine erste Reaktion. „Der VfGH hat hier sehr vernünftig gehandelt.“



Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

Sind höchste Standards bei Eisenbahnkreuzungen immer notwendig?

# Geld oder Sicherheit – das ist hier die Frage ...

Derf's a bisschen mehr sein? So vertraut uns dieser Satz von Gemüsemärkten oder dem Fleischhauer sein mag, in der täglichen Politik hat er einen schon beinahe schmerzhaften Beigeschmack. In Erinnerung gerufen wurde der Satz mit der Aussendung des Entwurfes zu einer neuen Eisenbahnkreuzungsverordnung durch das Verkehrsministerium Anfang Dezember des Vorjahres.

Mag. Martin Hoffer

Und mit dem „a bisschen mehr“ ist in diesem Fall gemeint, dass für die Behörden offenbar das Beste gerade noch gut genug sein dürfte. Das jedenfalls lässt der Entwurf erwarten, der – nach Schätzungen des Fachverbandes der Schienenbahnen – bundesweit Gesamtkosten von zirka sechs Milliarden Euro kosten soll. In den guten alten Schilling umgerechnet, sagenhafte 84.000 Millionen. Der Gemeindebund geht davon aus, dass ihn etwa ein Drittel dieser Gesamtkosten treffen dürfte.

## Worum geht es nun?

Richtig ist – und daran sollten alle Beteiligten mit größtmöglichem Engagement und aller Ernsthaftigkeit arbeiten –, dass jährlich grob geschätzt zehnmal so viele Menschen an Eisenbahnkreuzungen ihr Leben lassen wie bei Geisterfahrerunfällen. Dieser erschreckenden Statistik kann man nicht tatenlos zusehen. Und noch bevor im Jahr 2007 ein unrühmlicher Höhepunkt von Opfern mit 33 verzeichnet wurde, hat der ÖAMTC als Interessenvertretung der Kraftfahrer das Thema angesprochen und zum Beispiel mit dem Bundesministerium für Verkehr, innovation und Technologie (BMVIT) und dem Land Nie-

Sogar Mitglieder schreiben uns als ÖAMTC Protestbriefe mit dem Tenor, wir sollten endlich mit dem dauernden Gejammere über unsichere Bahnübergänge aufhören.

derösterreich entsprechende Info-Folder über das richtige Verhalten bei Eisenbahnkreuzungen erstellt (zum Download auf [www.oeamtc.at](http://www.oeamtc.at) oder über [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)).

Doch das ist freilich nicht genug. Es geht natürlich in erster Linie um die optimale Erkennbarkeit und Sicherung von Bahnübergängen. Leider hat es bis jetzt niemand geschafft, die Unfallursachen an Eisenbahnkreuzungen exakt zu beurteilen. Oft wird lapidar erklärt, der Fehler liege bei den Straßenbenutzern, die einfach die Sicherheitsvorschriften ignorieren. Ja, sogar Mitglieder schreiben uns als ÖAMTC Protestbriefe mit dem Tenor, wir sollten endlich mit dem dauernden Gejammere über unsichere Bahnübergänge aufhören. Wer zu dumm ist, um eine Bahnkreuzung zu befahren, sei sowieso selber schuld und solle sich nicht wundern, wenn's kracht.

Und zu guter Letzt melden sich die Bahnbetreiber – allen voran naturgemäß die ÖBB – zu Wort, die einerseits ihre Verpflichtungen bereits weitgehend erfüllt sehen und – vor allem im unter-

geordneten Straßennetz – großzügig „anbieten“, Eisenbahnkreuzungen könne man ja auflassen oder um gutes Geld umbauen. Eines komme sicher nicht in Frage, nämlich langsamer zu fahren, damit vielleicht der ausreichende Sichtraum für eine nicht technische Sicherung erhalten bleibt, oder technische Sicherungen „light“, die vielleicht für die Westbahn unpassend, auf der sonst von der Einstellung bedrohten Mühlkreisbahn aber völlig ausreichen würden.

Als wäre das alles nicht ohnehin schon schlimm genug, kommen dann auch noch Bewohner von bahnnahen Grundstücken und klagen – auch nicht ganz unbegründet – über die gerade in der Nacht nicht angenehmen Pfiffe der Eisenbahn.

## Jetzt ist also die Ausgangslage klar

Schuld sind eh die Autofahrer, die Eisenbahnen gehen von ihrem hohen Standard nicht herunter und die Gemeinden sollen zahlen. Und wenn's euch zu teuer oder zu laut ist, dann gibt's einfach an vielen Stellen keine Querungsmöglichkeiten mehr – Punkt!

Wenn es aber so wäre, dann hätte man sich jahrelanges Feilen der Experten zu einem – in technischer und rechtlicher Hinsicht – durchaus bemerkenswerten Entwurf zur neuen Eisenbahnkreuzungsverordnung ersparen können. Das wäre schade – und außerdem war eine Neufassung dringend nötig.

Was jetzt aber ansteht, ist eine Anpassung der technischen und juristischen Vorgaben an die natürlichen Notwendigkeiten. Und dabei wird man folgende Fragen zu stellen haben: Wann und wie schnell muss die



Mag. Martin Hoffer ist Mitarbeiter der ÖAMTC-Rechtsdienste und Experte für Straßenverkehrsrecht



Eines muss uns klar sein: Kaum eine Gefahrenquelle im Straßenverkehr ist so „todesträchtigt“ wie eine Eisenbahnkreuzung.

schlussbahnen oder auch Museumsbahnen eine etwas moderne Form der Sicherung mit Bewachung einführen? Schließlich gibt es ja schon modernste Verkehrstelematik, die das geradezu steinzeitliche Anhalten, Abspringen des Sicherungsorgans und Wacheln mit einem roten Wimpel ersetzen könnte.

Ja, und auch den Straßenbenutzern wird man sagen müssen, dass Eisenbahnkreuzungen nicht nur mutwillig errichtete Querrillen sind, sondern dass die Bahn als wesentlicher Infrastrukturtäger funktionieren muss und daher auch den Anspruch hat, dass sich die Autofahrer, Fußgänger und Rad- und Motorradfahrer an die Vorschriften halten.

Die Übertretung darf dann schon einiges kosten – und die Überwachung von Bahnübergängen mit Video wird nach einer aktuellen Novelle des Eisenbahngesetzes künftig zulässig sein.

Zahlreiche Fragen, deren Beantwortung vielleicht das Eis schmelzen lassen könnte zwischen so manchen „Hardlinern“. Denn Sicherheit darf kein langes (womöglich gar partei-)politisches Pokerspiel zur Folge haben.

Und eines muss uns klar sein: Kaum eine Gefahrenquelle im Straßenverkehr ist so „todesträchtigt“ wie eine Eisenbahnkreuzung. Der ÖAMTC wäre jedenfalls sehr froh, wenn es möglich wäre, zielgerichtet und erfolgsorientiert zu arbeiten und differenziert – aber auch mit Verantwortungsbewusstsein – an die passende Sicherung von Bahnübergängen heranzugehen. Wenn es schon keine klassische „Win-win-Situation“ geben kann, so sollte doch die Minderung des Leidens der betroffenen Familien, aber auch etwa der psychischen Belastung von Lokführern, die mit Unfällen konfrontiert sind, im Vordergrund stehen. Plumpe Geschäftemacherei hat hier jedenfalls keinen Platz.

Beschränkt oder nicht: Wann und wie schnell muss die Bahn an einer Stelle wirklich fahren? Wird also vielleicht durch eine moderate Geschwindigkeitsreduktion eine „Rückstufung“ bei der Sicherungsart möglich und vertretbar?

Bahn an einer Stelle wirklich fahren? Wird also vielleicht durch eine moderate Geschwindigkeitsreduktion eine „Rückstufung“ bei der Sicherungsart möglich und vertretbar? Oder sollte man nicht ohnehin das eine oder andere Sichthindernis entfernen?

Muss das akustische Warnzei-

Schuld sind eh die Autofahrer, die Eisenbahnen gehen von ihrem hohen Standard nicht herunter und die Gemeinden sollen zahlen. Und wenn's euch zu teuer oder zu laut ist, dann gibt's einfach an vielen Stellen keine Querungsmöglichkeiten mehr – Punkt!

chen wirklich für alle Eisenbahnkreuzungen abgeschafft werden oder genügt das vielleicht für die Nachtstunden oder für Bahnstrecken mit Geschwindigkeiten jenseits von 40 oder 60 km/h?

Gibt es nicht auch technische Sicherungseinrichtungen, die pro Stück weniger als die oft kolportierten 500.000 Euro kosten? Elektronische Wechselverkehrszeichen, die auf sich annähernde Straßenfahrzeuge reagieren und auf eine kommende Eisenbahnkreuzung hinweisen, gibt es ja schließlich auch schon. Und so genannte „Lane-lights“ können vielleicht an manchen Stellen die Errichtung von Schrankenanlagen ersparen. Kann man nicht auch neue Wege gehen und bei selten befahrenen Strecken wie Werks- und An-





Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Budgets

# Gemeinsamer Kraftakt wird erforderlich sein

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hinterließ in Österreichs Staatshaushalt ihre Spuren: Einnahmefälle und Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik (Wirkung der automatischen Stabilisatoren) rissen 2009 ein tiefes Loch, das durch diskretionäre Maßnahmen zur Dämpfung der Nachfrageausfälle noch zusätzlich ausgeweitet wurde. KOMMUNAL zeigt auf, was das für die öffentlichen Budgets bedeutet.

Prof. Dr. Bernhard Felderer  
Mag. Bernhard Grossmann

Mit der Perspektive einer sich nur langsam erholenden Konjunktur, dynamischer Ausgabenbereiche (insbesondere Soziales, Gesundheit) sowie zunehmende Belastung durch altersabhängige Ausgaben infolge des demografischen Strukturwandels wird der Druck auf die öffentlichen Budgets nicht von selbst abfallen. Deshalb

ist es notwendig, Sparpotenziale sowohl bei Bund, Ländern und Gemeinden als auch beim Zusammenwirken der gebietskörperschaftlichen Ebenen auszuloten und zu heben. Die Identifizierung von Einsparungspotenzialen (zum Beispiel in der Verwaltung durch Beseitigung von Doppelgleisigkeiten oder Schaffung

von Anreizmechanismen für einen effizienten Ressourceneinsatz) ist schon fortgeschritten. Bei der Umsetzung von Maßnahmen zur nachhaltigen Konsolidierung bedarf es allerdings noch des politischen Willens und eines gemeinsamen Kraftaktes.

## Verfahren bei einem übermäßigen Defizit gegen Österreich

Seit 2. Dezember 2009, als der Europäische Rat nach Artikel 126 (6) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ein übermäßiges Defizit feststellte, zählt Österreich zu jenen 20 EU-Mitgliedstaaten, die mit einem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit konfrontiert sind. Der Europäische Rat richtete an Österreich die Emp-

Es ist notwendig, Sparpotenziale sowohl bei Bund, Ländern und Gemeinden als auch beim Zusammenwirken der gebietskörperschaftlichen Ebenen auszuloten und zu heben.



fehlung, die bereits geplanten fiskalpolitischen Maßnahmen 2010 umzusetzen und bis 2. Juni 2010 eine detaillierte Konsolidierungsstrategie für die Folgejahre zu entwickeln. Unter Beachtung auf einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung soll spätestens 2011 mit der Budgetkonsolidierung begonnen werden, um das Defizit bis 2013 wieder unter den Referenzwert von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu senken und zur Trendumkehr bei der Entwicklung der Verschuldungsquote beizutragen.

Ausgehend von einem Budgetdefizit der Länder und Gemeinden soll bis zum Ende des Geltungszeitraums des Stabilitätsprogramms (2013) ein ausgeglichener Haushalt auf Landes- und Gemeindeebene erreicht werden.

Unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Europäischen Rates zeichnete die österreichische Bundesregierung im Österreichischen Stabilitätsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013 (vom 26. Jänner 2010) folgenden Budgetpfad: Das gesamtstaatliche Budgetdefizit wird – ausgehend vom hohen Niveau 2009 (3,4 Prozent des BIP) – auf 4,7 Prozent des BIP im Jahr 2010 noch deutlich ansteigen. Ab dem Jahr 2011 soll eine Konsolidierungsphase einsetzen, die eine Rückführung des negativen Budgetsaldos unter den Referenzwert von drei Prozent des BIP vorsieht. Die massive Ausweitung des Budgetdefizits 2010 ist vor allem auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren (Abgabeneinfall sowie Ausgabenzuwachs bei der Arbeitslosenun-

terstützung infolge der Rezession 2009), aber auch auf die Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete der Jahre 2008 und 2009 zurückzuführen. Beim weiteren Verlauf des Budgetpfades kommen die permanente Wirkung der Maßnahmenpakete der Bundesregierung sowie die verhaltene Wirtschaftsentwicklung zum Tragen.

### Ziel ist der ausgeglichene Haushalt bis 2013

Die Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos ist zwar maßgeblich durch den Verlauf des Budgetdefizits des Bundessektors geprägt. Der skizzierte Budgetpfad enthält aber auch deutliche Konsolidierungsvorgaben für die Länder und Gemeinden: Ausgehend von einem Budgetdefizit der Länder und Gemeinden gemäß Budgetärer Notifikation vom 30. 3. 2010 von insgesamt 0,8 Prozent des BIP im Jahr 2009 soll bis zum Ende des Geltungszeitraums des Stabilitätsprogramms (2013) ein ausgeglichener Haushalt auf Landes- und Gemeindeebene erreicht werden.

Die Tatsache, dass der Ausgabenpfad trotz Einsetzen einer Konsolidierung einen nominalen Anstieg der Ausgaben von durchschnittlich drei Prozent per Anno vorsieht, der über dem durchschnittlichen nominalen BIP-Wachstum von 2,6 Prozent des Betrachtungszeitraumes liegt, spricht dafür, dass der Konsolidierungspfad machbar ist.

Es bestehen jedoch Unsicherheiten bezüglich Ausmaß und Dauer der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Kosten für die Fortführung der verstaatlichten Banken (Kommunalkredit, Hypo Alpe Adria). Vor diesem Hintergrund kam die Europäische Kommission Mitte März 2010 im Rahmen der Bewertung des aktuellen österreichischen Stabilitätsprogramms u. a. zu folgendem Schluss:

- ▶ Es bestehen Risiken, ab 2011 vom skizzierten Konsolidierungspfad abzuweichen.
- ▶ Strukturelle Reformen (vor allem am Arbeitsmarkt und im Bildungsbereich) sind rasch umzusetzen.

- ▶ Komplexität und Intransparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Gebietskörperschaften erschweren einen effizienten Ressourceneinsatz.
- ▶ Die dargestellte Konsolidierungsstrategie reicht nicht aus, eine Trendumkehr bei der Verschuldungsquote herbeizuführen.

### Rückführung der Schuldenquote als Herausforderung der Fiskalpolitik

Die Verschuldungsquote liegt im Jahr 2009 durch die Ausweitung des Budgetdefizits und durch das Schrumpfen der heimischen Wirtschaftsleistung mit 66,5 Prozent des BIP deutlich über der 60-Prozent-Marke. Die Bereitstellung von Partizipationskapital im Rahmen des Bankenpakets erhöhte den Schuldenstand 2009 nicht, da dafür die Vorfinanzierung bereits im Jahr 2008 erfolgte und die Bewältigung der Bankenkrise keine zusätzliche Schuldenaufnahme erforderte. In den Jahren 2010 bis 2013 steigt die Verschuldungsquote gemäß Stabilitätsprogramm weiter an. Bis Ende 2013 wird die Verschuldungsquote 74,3 Prozent des BIP und damit einen historischen Höchstwert erreichen. Diese sukzessive Erhöhung der Quote geht neben den steigenden Zinszahlungen des Staates auf Primärdefizite (Budgetdefizite ohne Zinszahlungen) in den Jahren 2009 bis 2012 sowie unterdurchschnittliche Wachstumsraten des BIP zurück. Der Europäische Rat empfahl – neben der Konkretisierung von Maßnahmen bis 2. Juni, die die Umsetzung des skizzierten Budgetpfades gewährleisten können – zusätzliche Maßnahmen, um die Rückführung der Verschuldungsquote in absehbarer Zeit und in angemessenen Schritten in Richtung 60 Prozent des BIP zu erreichen.

Die Rückführung der Verschuldungsquote unter den Referenzwert von 60 Prozent des BIP ist aber kein leichtes Unterfangen und erfordert eine konsequente Fortsetzung der Budgetkonsolidierung: Unter der Annahme eines permanenten nominalen



Prof. Dr. Bernhard Felderer ist Präsident des Staatsschuldenausschusses



Mag. Bernhard Grossmann ist im Büro des Staatsschuldenausschusses für Fiskalpolitik & Gemeinden zuständig

# Entwicklung der öffentlichen Verschuldung und des öffentlichen Defizits gemäß Maastricht (in % des BIP)



Quelle: bis 2010: budgetäre Notifikation vom März 2010 (Statistik Austria, BMF), 2011 bis 2013: Österr. Stabilitätsprogramm vom Jänner 2010 (BMF).

## Die Eckdaten des österreichischen Stabilitätsprogramms für die Jahre 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Finanzierungsbeitrag	-4,4	-2,4	-4,7	-4,8	-5,1	-4,7
Finanzierungsbeitrag	-2,7	-2,7	-4,1	-2,7	-3,2	-3,7
Zinsen der öffentlichen Verschuldung	1,7	0,3	0,4	2,0	1,1	1,0
Zinsen der öffentlichen Verschuldung	1,7	0,3	0,4	2,0	1,1	1,0
Zinsen der öffentlichen Verschuldung	1,7	0,3	0,4	2,0	1,1	1,0
Zinsen der öffentlichen Verschuldung	1,7	0,3	0,4	2,0	1,1	1,0
Zinsen der öffentlichen Verschuldung	1,7	0,3	0,4	2,0	1,1	1,0
Zinsen der öffentlichen Verschuldung	1,7	0,3	0,4	2,0	1,1	1,0
Zinsen der öffentlichen Verschuldung	1,7	0,3	0,4	2,0	1,1	1,0
Zinsen der öffentlichen Verschuldung	1,7	0,3	0,4	2,0	1,1	1,0

- 1) Im Sinne der budgetären Notifikation.
- 2) Prozentveränderung zum Vorjahr.

Quelle: bis 2009 Statistik Austria; ab 2010 BMF (Österreichisches Stabilitätsprogramm vom Jänner 2010).

## Die Staatsverschuldung Österreichs: Der lange Weg zurück zur 60%-Marke

Rückführung der Verschuldungsquote von 74,3% des BIP im Jahr 2013 auf 60% des BIP bis zum Jahr...

Budgetdefizit in % des BIP	nominelles BIP-Wachstum			
	2%	3%	4%	5%
0%	2025	2021	2019	2018
1%	2053	2029	2023	2020
2%	-	-	2028	2025
3%	-	-	-	-

Quelle: Staatsschuldenausschuss auf Basis des österreichischen Stabilitätsprogramms 2009-2013 (BMF).

- 1) Annahme einer Verschuldungsquote von 74,3% im Jahr 2013.
- 2) 2014 negativer Finanzierungssaldo iHv 1,5% des BIP, dann Defizit gemäß Szenarien.
- 3) Dynamik einzelner Ausgabenkategorien (z. B. Zinszahlungen, altersabhängige Ausgaben) muss kompensiert werden.
- 4) "-" bedeutet, dass die Zielquote von 60% unter den Annahmen nicht erreicht werden kann.

BIP-Wachstums von vier Prozent und eines permanenten gesamtstaatlichen Budgetdefizits von einem Prozent des BIP würde es – ausgehend von einer Verschuldungsquote in Höhe von 74,3 Prozent des BIP im Jahr 2013 – zehn Jahre dauern (bis 2023), um das Verschuldungsziel und damit wieder das Niveau vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise (2007: 59,4 Prozent des BIP) zu erreichen.

Zur Beurteilung der notwendigen Konsolidierungsanstrengung lässt sich ein Vergleich mit den Durchschnittswerten der festzusetzenden Parameter (Defizit/nominelles BIP-Wachstum) der letzten Jahre anstellen: Innerhalb des letzten Jahrzehnts erreichte das nominelle BIP-Wachstum durchschnittlich vier Prozent (20 Jahre: 4,3 Prozent), das durchschnittliche Budgetdefizit lag bei 1,5 Prozent des BIP (20 Jahre: 2,4 Pro-

zent des BIP). Im Vergleich dazu liegt der aktuellste Planwert zum gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo im Jahr 2010 bei minus 4,7 Prozent des BIP und wird eine Phase mit unterdurchschnittlichen BIP-Wachstumsraten erwartet.

## Schlussfolgerungen und Ausblick

Der skizzierte Budgetpfad gemäß aktuellem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung stellt den Leitfaden der österreichischen Budgetpolitik dar. Allerdings muss diesem Pfad durch Ausformulierung von tiefgreifenden Maßnahmenpaketen erst die entsprechende Glaubwürdigkeit verliehen werden. Bei der entschlossenen Umsetzung des Konsolidierungspfades ist das Zusammenwirken aller Gebietskörperschaften vonnöten. Die anstehenden Struktur-reformen im öffentlichen Bereich (unter anderem Gesundheitswesen, Verwaltungsreform, Haushaltsrecht, Soziales, Schulwesen, Förderungen, Dienst- und Pensionsrechte, Kosten treibende Normsetzungen, Steuerstruktur) sind trotz wirtschaftlich schwieriger Situation voranzutreiben, um eine Senkung des Budgetdefizits zu erleichtern und das geltende „mittelfristige Budgetziel“ eines ausgeglichenen Haushalts über den Konjunkturzyklus zu ermöglichen. Die Dringlichkeit dieser Reformen nimmt durch den massiven Anstieg der Schulden des Staates eklatant zu (siehe auch [www.staatsschuldenausschuss.at](http://www.staatsschuldenausschuss.at), Empfehlung vom 1. Juli 2009). Ferner ist das Bewusstsein zu schärfen, dass der vorgezeigte Budgetpfad gemäß österreichischem Stabilitätsprogramm erst den Anfang einer weitreichenden und anhaltenden Konsolidierungsphase bedeutet. Ohne nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wird es nicht gelingen, das an Bedeutung gewinnende zweite Maastricht-Kriterium einer Verschuldungsquote von unter 60 Prozent des BIP zu erreichen und damit die fiskalpolitische Handlungsfähigkeit für die Zukunft zu sichern.

Getränkesteuer, Sozialausgaben, Pflegebereich: Ein Belastungsstopp muss her

# „Sonst kann uns die Kiste um die Ohren fliegen“

Mitte April waren die Gemeinden kurzfristig geschockt: Der Verfassungsgerichtshof setzte den Vergleich über die Getränkesteuer-Ausgleichszahlungen teilweise als verfassungswidrig aus. KOMMUNAL nahm das zum Anlass und sprach darüber und über noch viel drängende Themen wie die ausufernden Kosten im Sozial- und Pflegebereich mit Ernst Schöpf, Bürgermeister von Sölden, Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes und Vorsitzender des Finanzausschusses des Gemeindebundes.

Mag. Hans Braun

**KOMMUNAL: Die Sitzung des Finanzausschusses des Gemeindebundes ist eben vorbei. Hat die Getränkesteuer die Sitzung beherrscht und wie schlimm ist es?**

**Ernst Schöpf:** Die Getränkesteuer war natürlich ein bestimmender Bestandteil. Aber unsere Tagesordnung ist immer sehr interessant, und wir haben ein recht ambitioniertes Programm. Grundsätzlich ist das Getränkesteuer-Urteil nicht so schlimm ausgefallen wie befürchtet, weil der Spruch so eindeutig ist, dass er sagt, dass die Oberverteilung, also die länderweise Verteilung des Geldes, nach dem Schlüssel, auf den man sich geeinigt hat, unangetastet bleibt. Es gibt ja nach der damaligen Vereinbarung gewisse Bundesländer, die – des Tourismus wegen – deutlich mehr bekommen, als ihnen aufgrund der Bevölkerungszahl zusteht. Wenn man

sich da eine Verteilung nach Abgaben-Ertragsanteilen überlegt hätte, dann wäre Tirol zum Beispiel lausig dran, aber auch Vorarlberg, Kärnten und Salzburg.

**Und Wien hätte alles?**

Nicht nur, es gäbe auch eine Verschiebung in die anderen Bundesländer eine Verschiebung. Aber diese länderweise Aufteilung stellt der Verfassungsgerichtshof überhaupt nicht in Frage. Die landesinterne Aufteilung an die Gemeinden muss jedoch bis zum 31. Dezember 2010 geändert werden.

Der Anlass der jetzigen Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes war ja die Folge der Klage einer Gemeinde, die gesagt hat, im Berechnungszeitraum hat man bei uns g'rad was gebaut, und jetzt fallen wir durch den Rost. Die Sache ist jetzt die, dass wir hier eine Lösung finden sollen, die sachlich vertretbar ist. Und unser Vorschlag muss eine Regelung sein, die auch tatsächlich die Gegebenheiten zum Zeitpunkt des Getränkesteuerbestandes widerspiegelt. Will heißen, dass eine Tourismusgemeinde wie Lech oder Mayrhofen den ihr zustehenden Ausgleich beibehalten kann.

Aber das wichtigste ist sicher, dass die länderweise Aufteilung, die sogenannte Oberverteilung,

außer Streit steht und heuer noch eine neue Aufteilung stehen muss.

**Was kann bei den Verhandlungen herauskommen?**

Die Mittel sind vorhanden, und wir müssen uns jetzt – auch in Abstimmung mit dem Städtebund – Gedanken über die Aufteilung machen. Im VfGH-Erkenntnis ist betreffend der landesinternen Aufteilung auch von einem hohen Maß an Gestaltungsspielraum die Rede. Und da liegt es jetzt an unserem Eifer, zügig etwas auszuarbeiten, bevor andere anfangen, uns Formulierungen vorzulegen.

**Ziehen da alle an einem Strang? Die Interessen liegen ja je nach Land nicht immer unbedingt auf einer Linie?**

(lacht ...) Heute hat das jedenfalls sehr gut geklungen.

**Gab's heute noch andere Themen?**

An sich war das heute die „causa prima. Zweiter Punkt der Tagesordnung war eine Novelle zum Bewertungsgesetz – das spielt in die Grundsteuer hinein. Da haben wir den eher ungunstigen Zustand, dass die Grundsteuer eine ausschließliche Gemeindesteuer ist und die Einheitswerte, also die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuerberechnung, seit zig Jahren nicht mehr an die Realität angepasst worden ist. Der Bund sollte die Grundlagen für eine zeitgemäße Einhebung schaffen, weil die letzte Hauptfeststellung zum Teil ja schon rund 30 Jahre und mehr her ist. Danach hat man die Werte zweimal linear angehoben und das war 's.

**Das Thema kommt uns bekannt vor. Stimmt. Solange ich das verfolgen – und das ist jetzt auch schon ein Vierteljahrhundert – kommt das Thema Hauptfeststellung**

Es liegt jetzt an unserem Eifer, zügig etwas auszuarbeiten, bevor andere anfangen, uns Formulierungen vorzulegen.

Ernst Schöpf über die weitere Vorgehensweise bei der Getränkesteuer





Fotos: Ernst Horvath

Ernst Schöpf (Mitte) im Gespräch mit Mag. Michael Zimper, Geschäftsführer des Kommunalverlags und dem Autor.

immer wieder. Aber es hängt halt am Bund, der die Arbeit machen müsste. Den Nutzen hätten dann jedoch die Gemeinden. Vielleicht ist das der Grund für den reduzierten Eifer.

#### Was sind denn eigentlich momentan die Hauptbelastungen für die Gemeinden. Die Sozialausgaben?

Die Sozialausgaben sind die wahren Preistreiber bzw. Kostentreiber in den öffentlichen Haushalten. Da müssen wir uns im Hinblick auf den Finanzausgleich 2013 schon Gedanken machen, wo wir mehr Geld her bekommen. Oder wir verschieben die prozentuelle Aufteilung innerhalb der Körperschaften. Ich glaube, wir müssen auch strukturell eingreifen. Bei den Krankenanstalten, der Gesundheit, (kurze Pause) ... und eine Kiste, die uns auch noch um die Ohren fliegen kann, ist der Pflegebereich – also die Kombination stationäre und mobile Pflege vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Die Gemeinden sind immer wieder Opfer von Bundes- und Landesvorgaben. Das erleben wir aktuell mit der Kinderbetreuung und den Kindergärten. Wenn die EU in Barcelona Vorgaben für die Kinderbetreuung formuliert, der Bund und die Länder auf das populäre Thema aufspringen und dann gleich ziemlich unreflektiert 15a-Vereinbarungen daraus gemacht werden. Wobei man sagt, bis dahin muss das umgesetzt sein und die Gemeinden zahlen selbstverständlich mit, dann wird's sehr eng. Das ist ja alles ehrbar, aber das Bezahlen muss auch überlegt sein.

#### Wie sind denn die Chancen auf einen Belastungsstopp, wie ihn Helmut Mödlhammer immer wieder fordert?

So einmal zwei Jahre lang bremsen, mal schauen, ob wir die Akkus wieder aufladen können? Als „time out“ sozusagen, vor-

zugsweise bei Dingen, wo es keinen Notstand gibt? Das wäre meiner Meinung nach der einzig gangbare Weg.

#### Hat sich eigentlich die Einführung der Gemeindefinanzierungs-Richtlinien des Gemeindebundes bewährt?

Das beginnt jetzt zu greifen. Aber in Tirol war das nie so wirklich ein Thema, bei uns sind eher Fremdwährungskredite das Problem. Für diese ganzen SWAP-Geschäfte und ähnliches sind die Tiroler Akteure ein bisschen zu konservativ. Ich hatte seinerzeit selbst zwei so smarte Burschen im Amt, die mir erklärt haben, wie man nur mit Hin- und Herschieben von Geld viel verdienen kann. Wer da nicht sattelfest ist oder ein seichtes Gemüt hat, der lässt sich da schnell mal wo hineinreiten.

#### Im Moment dürften die Gemeinden ja wegen der nach wie vor guten Bonität bei den Banken äußerst beliebt sein?

Stimmt. Wir werden derzeit von den Banken ausgesprochen, ja heftig „umschwänzelt“. Und man kann mit ihnen derzeit auch „ganz gut verhandeln“.

#### Wie sollten die Gemeinden mit Leasing, Auslagerungen oder PPP-Modellen umgehen?

Ich war da immer ein bisschen reserviert gegenüber solchen Modellen, denn es wurde gelegentlich der Eindruck erweckt, dem „Herrn Leasing“ braucht man nichts zurückzahlen. Auslagerungen sind im Grunde genommen auch problematisch. Hundertprozentige Töchter zu machen und Vorsteuervorteile zu lukrieren hat dazu geführt, dass manche den Überblick verloren haben. Das soll im Übrigen ganzen Bundesländern passiert sein.

Unser Leiter der Gemeindeabteilung im Lande, der Hofrat Praxmarer – leider schon am Weg in die Pension – hat das einmal sogar als „Krebsgeschwür der kommunalen Haushalte“ bezeichnet.

#### Was sind denn so die Forderungen des Finanzausschusses an den Bund?

Die Kardinalforderung ist einmal „Aufgabenzuteilung nur mit der Zuteilung des notwendigen Geldes“. Wir übernehmen die Aufgaben gerne an der Basis, denn dort leben die Menschen. Das wär' das Erste. Und das zweite wären strukturelle Überlegungen hinsichtlich gewisser Notwendigkeiten. Also eine Aufgabenreform mit einer klaren Zuteilung der Aufgaben und einer transparenten Finanzierung, denn derzeit ist im Bereich der Transferzahlungen innerhalb der Körperschaften Bund – Länder – Gemeinden eine Durchmischung da, dass selbst ein Welt-

Zwei Jahre lang bremsen...? Als „time out“ sozusagen, vorzugsweise bei Dingen, wo es keinen Notstand gibt? Das wäre meiner Meinung nach der einzig gangbare Weg.

... über den viel beschworenen Belastungsstopp



meister am Ende nicht mehr weiß, wer was wofür bezahlt hat. Es kann auch nicht sein, dass jemand zu fünf verschiedenen Stellen um Unterstützung gehen kann und keine der fünf Stellen hat eine Ahnung davon, was die jeweils andere tut.

#### Ist die Gemeindezusammenlegung bei euch ein Thema?

Nein. Ist bei uns kein Thema. Das würde für die Akteure auch an politisches Harakiri grenzen.

#### Letzte Frage: Sehen wir uns in Bad Aussee bei den Sommergesprächen?

Ich werde dort sein.

Die Langversion des Interviews finden Sie auf [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at).

Finanzielle Herausforderungen erfordern mittelfristigen Finanzplanung

# Dauer drei bis sechs Jahre und rechtlich unverbindlich

Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlich schwierigen Situation und den sich daraus ergebenden Belastungen für die Gemeindehaushalte ist eine verantwortungsvolle Haushaltsführung ohne mittelfristige Finanzplanung nicht mehr möglich. Die mittelfristige Orientierung der Gemeindegebarung ist erforderlich, um die gegenwärtigen und zukünftigen finanziellen Herausforderungen bewältigen zu können.

MMag. Alexander Enzinger  
Ing. Mag. Markus Papst

Die mittelfristige Finanzplanung stellt das entscheidende Instrument zur Steuerung und Sicherstellung des zukünftigen finanziellen Haushaltsgleichgewichtes von Gemeinden dar.

Der Begriff „mittelfristige Finanzplanung“ (kurz: MFP) bezeichnet eine mehrjährige Planung der zukünftigen finanziellen Gebarung einer Gemeinde und erstreckt auf einen Zeitraum von drei bis sechs Jahren. Der mittelfristige Finanzplan ist prinzipiell rechtlich unverbindlich, jedoch haben sich die Gebietskörperschaften bei der Beschlussfassung über die jährlichen Haushaltsvoranschläge an den mittelfristigen Vorgaben zu orientieren.

Die große Bedeutung der mittelfristigen Finanzplanung für die finanzielle Steuerung einer Gemeinde erfordert eine intensive Auseinandersetzung mit diesem Instrumentarium. Da im mittelfristigen Finanzplan die wesentlichen Leitlinien für die zukünftige Gemeindeentwicklung abgebildet werden, ist eine Einbindung der politischen Entscheidungsträger bei der Erstellung des mittelfristigen Finanzplanes unabdingbar. Erst wenn die mittel- und langfristigen Ziele und die angestrebte Entwicklung einer Gemeinde definiert sind,

Erst wenn die mittel- und langfristigen Ziele und die angestrebte Entwicklung einer Gemeinde definiert sind, kann auf dieser Grundlage ein Finanzplan erstellt werden.

kann auf dieser Grundlage ein Finanzplan erstellt werden.

## Funktionen der mittelfristigen Finanzplanung

Das Erfordernis zur Erstellung eines mittelfristigen Finanzplanes ergibt sich aus den Schwächen und Mängeln des nur kurzfristig orientierten Voranschlags. Die Planung der Einnahmen und Ausgaben nur für das folgende Jahr führt zwangsläufig zu einer zeitlich wie auch sachlich isolierten Betrachtungsweise. Durch die Informations- und Koordinierungsfunktion der mittelfristigen Finanzplanung kann diese isolierte Betrachtungsweise überwunden werden.

Im Rahmen der Informationsfunktion wird ein Überblick über die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben, die finanzielle Leistungsfähigkeit sowie die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde über einen längeren Zeitraum gewährleistet.

Die Abstimmung der notwendigen bzw. erwünschten Investitionsvorhaben bzw. Maßnahmen mit der zu erwartenden finanziellen Leistungsfähigkeit einer Gemeinde kann durch die Koor-

dinationsfunktion des mittelfristigen Finanzplans erzielt werden. Der aus den neuen Investitionsprojekten sowie anderen längerfristigen Maßnahmen resultierende Finanzbedarf (Folgewirkungen von Investitionen) übersteigt regelmäßig den verfügbaren finanziellen Spielraum. Daher ist es erforderlich, die Investitionen und Ausgaben nach ihrer zeitlichen und sachlichen Dringlichkeit zu ordnen. Dieser Ablauf kann auch grafisch dargestellt werden. Ein mittelfristiger Finanzplan



dient dazu, hinsichtlich der Investitionstätigkeit klare Prioritäten in sachlicher, zeitlicher und finanzieller Hinsicht zu setzen. Als Voraussetzung für eine Prioritätstätigkeit muss der zukünftige finanzielle Spielraum einer Gemeinde möglichst exakt abgeschätzt werden. Die Ableitung der Manövriermasse bzw. freien Finanzspitze stellt demzufolge einen unabdingbaren Zwischenschritt im Finanzplanungsprozess dar, ohne diesen kann die mittelfristige Finanzplanung die Koordinierungsfunktion nicht erfüllen.

## Erstellung mittelfristiger Finanzplanung

Der Voranschlags- bzw. Rechnungsquerschnitt stellt das zentrale Instrument bei der Erstel-



Die Abstimmung der notwendigen bzw. erwünschten Investitionsvorhaben bzw. Maßnahmen mit der zu erwartenden finanziellen Leistungsfähigkeit einer Gemeinde kann durch die Koordinationsfunktion des mittelfristigen Finanzplans erzielt werden.

lung von mittelfristigen Finanzplänen dar. Die Orientierung an der Gliederung des Querschnitts bietet auch den Vorteil, dass die Vergangenheitsdaten leicht den Rechnungsabschlüssen der Vorjahre entnommen werden können.

#### ► **Planung der Ergebnisse der laufenden Gebarung**

Die Planung der zukünftigen Einnahmen und Ausgaben der laufenden Gebarung setzt eine Analyse der Entwicklung dieser Positionen in der Vergangenheit voraus. Im Anschluss an diese Vergangenheitsanalyse sind in der Folge die Planwerte für die einzelnen Ausgaben- und Einnahmepositionen anhand einer Fortschreibung oder analytischen Planung festzulegen.

#### ► **Ermittlung der Manövriermasse – vorläufiger Finanzplan**

Aus dem geplanten Ergebnis der laufenden Gebarung ist die sogenannte Manövriermasse, welche auch als „freie Finanzspitze“ bzw. „kameralistischer Cash-flow“ bezeichnet wird, abzuleiten. Die Manövriermasse stellt die zentrale Größe zur Beurteilung der zukünftigen finanziellen Situation einer Gemeinde dar. Die Manövriermasse entspricht jenen Mitteln, die der Gemeinde nach Berücksichtigung aller ihr zwangsläufig erwachsenden Ausgaben zur freien Verfügung stehen. Sie zeigt den zukünftigen finanziellen Spielraum, innerhalb dessen die Gemeinde neue Aktivitäten setzen kann.

Die frei verfügbaren Mittel können entweder zur Eigenfinanzie-

rung zukünftiger Investitionen oder anderer Maßnahmen verwendet werden. Sie können aber auch zur Bedienung neuer Finanzschulden herangezogen werden, welche zur Finanzierung von Investitionen aufgenommen werden müssen. Da die frei verfügbaren Mittel in der Regel nicht ausreichen, den gesamten im Rahmen der Investitionsplanung ermittelten Investitionsbedarf zu decken, ist eine sinnvolle Auswahl zu treffen. Sofern die Manövriermasse negativ ist bzw. nicht ausreicht, um alle vordringlichen Maßnahmen durchführen zu können, muss versucht werden, die Manövriermasse durch Ausgabenkürzungen oder Einnahmenerhöhungen zu erweitern. In der Praxis wird die Manövriermasse in der Regel aus dem Ergebnis der laufenden Gebarung abgeleitet. Die Vorgehensweise dabei ist folgende: Vom Ergebnis der laufenden Gebarung werden alle zusätzlichen unvermeidlichen Ausgaben abgezogen, insbesondere die Tilgungen für bestehende Kredite und die notwendigen Mittel für zwangsläufig auf die Gemeinde zukommende Investitionen. Ausgehend vom Ergebnis der laufenden Gebarung werden somit nur jene Ausgaben der Vermögensgebarung und aus Finanztransaktionen berücksichtigt, die als unvermeidbar einzuschätzen sind.

#### ► **Investitions- und Projektplanung**

Anschließend wird ein detaillierter Investitions- und Projektplan erstellt, der die voraussichtlichen finanziellen Belas-

tungen der Gemeinde aus den geplanten Projekten aufzeigt. Insbesondere sind auch Folgeeinnahmen bzw. Folgeausgaben resultierend aus den geplanten Investitionen zu erheben. Sofern die für die Projektumsetzung erforderlichen Eigenmittel die Manövriermasse übersteigen, können einzelne Projekte nicht bzw. nur zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden.

#### ► **Finanzschuldenplan**

Der Finanzschuldenplan gibt Auskunft über die Höhe der Finanzschulden sowie über die zukünftigen Schuldendienstbelastungen. Um als Ergebnis des vorläufigen Finanzplanes die Manövriermasse ermitteln zu können, empfiehlt es sich, im Rahmen des Finanzschuldenplanes zunächst nur die Tilgungen bzw. Zinsen für bereits bestehende Finanzschulden zu berücksichtigen.

#### ► **Erstellung des endgültigen Finanzplanes**

Im Zuge der Erstellung des endgültigen Finanzplanes sind die zahlreichen Teilpläne, welche Grundlagen eines Finanzplanes sind, in einem iterativen Planungsprozess miteinander abzustimmen. Die Einnahmen- und

Die Einnahmen- und Ausgabenplanung, die Investitionsplanung sowie der Finanzschuldenplan sind so lange zu überarbeiten, bis als Ergebnis des Planungsprozesses ein abgestimmter Finanzplan vorliegt.

Ausgabenplanung, die Investitionsplanung sowie der Finanzschuldenplan sind so lange zu überarbeiten, bis als Ergebnis des Planungsprozesses ein abgestimmter Finanzplan vorliegt. Wie bereits erwähnt, kommt im Zuge dieses iterativen Prozesses der Manövriermasse eine zentrale Koordinierungsfunktion zu. Im endgültigen mittelfristigen Finanzplan sind auch die Ergebnisse der finanziellen Auswirkungen der zur Umsetzung geplanten Investitionsprojekte zu integrieren. Dabei sollten jedoch nur jene Projekte einfließen, deren Umsetzung finanziell realisierbar erscheint und das Haus-

haltsgleichgewicht der Gemeinde nicht gefährden.

### Analyse der mittelfristigen Finanzplanung mittels Kennzahlen

Die Bedeutung von Kennzahlen im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung besteht darin, komplexe Sachverhalte möglichst einprägsam anhand weniger aussagekräftiger Größen abzubilden. Die für die Entscheidungsträger erforderlichen Informationen sollen auf diese Weise „auf den Punkt“ gebracht werden. Meist erfolgt dies dadurch, dass die Entwicklung von Kennzahlen über mehrere Zeitperioden dargestellt wird (Zeitreihenvergleich) bzw. dass die tatsächliche Ausprägung einer Kennzahl mit einem Zielwert verglichen wird (Soll-Ist-Vergleich).

#### Beurteilung einer Kennzahl anhand einer Bewertungsskala

< 10%	Sehr gut
< 15%	Gut
< 20%	Durchschnitt
< 25%	Genügend
> 25%	Unzureichend

Standardisierte Kennzahlen ermöglichen weiters einen interkommunalen Vergleich (Benchmarking) mit anderen Gemeinden. Dadurch kann die eigene finanzielle bzw. wirtschaftliche Situation einer Kommune besser beurteilt werden und es können Anregungen für Verbesserungen gewonnen werden.

Eine Beurteilung dieser Kennzahl kann auch anhand einer Bewertungsskala erfolgen (siehe Grafik oben). Als weitere Beispiele für kommunale Kennzahlen können die folgenden Kennzahlen genannt werden:

Kennzahlen zur Verschuldungsanalyse:

- ▶ Schuldenstand pro Kopf
- ▶ Laufende Einnahmen in Prozent der Gesamtschulden
- ▶ Nettokreditaufnahme pro Einwohner
- ▶ Kreditfinanzierungsquote

- ▶ Schuldendienststeuerquote
- ▶ Fiktive Schuldentilgungsdauer

Kennzahlen zur Investitionsanalyse:

- ▶ Innenfinanzierungsgrad (Zeigt an, inwieweit die für den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit notwendigen Investitionen aus dem Cash-flow ((also aus eigener Kraft)) getätigt werden können.
- ▶ Selbstfinanzierungsgrad
- ▶ Außenfinanzierungsgrad

Empfehlenswert ist eine grafische Aufbereitung der Kennzahlen beispielsweise in Form von Balkendiagrammen und Linien- oder Flächendiagrammen.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Biwald, Kommunale Haushalte mit Kennzahlen analysieren und Steuern, KDZ Forum Public Management 4/05 S.8.

## RFG-Schriftenreihe

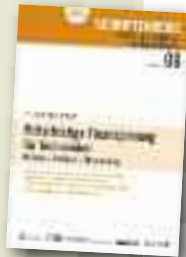
### Mittelfristige Finanzplanung ...

Die genaue Analyse einer Mustergemeinde finden Sie in der Ausgabe 6/2009 der RFG-Schriftenreihe „Mittelfristige Finanzplanung in Gemeinden“.

Die Autoren: **MMag. Alexander Enzinger** ist Wirtschaftsprüfer und Partner der BDO Graz, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, **Ing. Mag. Markus Papst** ist Steuerberater bei der BDO Graz, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft.

Recht & Finanzen für Gemeinden (RFG) ist eine Kooperation zwischen dem Österreichischen Gemeindebund, Kommunalkredit, kommunals, Leitner + Leitner, RPW NÖ GBG und dem Verlag MANZ.

MANZ Bestellservice:  
104 Seiten, 26 Euro  
Tel.: (01) 531 61-100  
Fax: (01) 531 61-455  
E-Mail: [bestellen@manz.at](mailto:bestellen@manz.at)



## Wie wird sich Basel III auf die Gemeinden auswirken? Kann man dazu schon etwas sagen?

Das neue Regelwerk soll noch heuer feststehen. Basel III wurde sechs Jahre diskutiert, und es wurden fünf Auswirkungsstudien gemacht. Weil die Vorschläge, die derzeit auf dem Tisch liegen, sehr weitgehend sind, haben wir uns dafür stark gemacht, dass weitere Studien gemacht werden. Diese sollen unter anderem die Auswirkungen auf die Kreditwirtschaft untersuchen. Das ist wichtig, weil derzeit ja gefordert wird, dass die Eigenkapitalanforderungen sowohl qualitativ als auch quantitativ deutlich strenger werden sollen. Die Nationalbank hält es für möglich, dass Österreichs Banken zusätzliches Eigenkapital in Höhe von zehn Milliarden Euro schaffen müssen. Wenn das über Gewinne aufgebracht werden muss, dann hätte das natürlich Auswirkungen auf die Kunden, also auch auf die Gemeinden.

### Stehen wir vor einer Konsolidierung im Bankensektor? Werden die neuen Regelungen da nicht ein zusätzlicher treibender Faktor sein?

Wenn die Auswirkungen wirklich so weitreichend sein werden wie sie derzeit auf dem Tisch liegen, wird sich das natürlich auch auf die Strukturen auswirken. Es ist klar, dass Kreditinstitute in Zukunft mehr Eigenkapital halten müssen. Daher ist es wichtig, dass die Banken dafür gut aufgestellt sind. Der Hinweis der Politik, dass das alles erst nach der Krise kommen soll, ist eine Fehleinschätzung. Das muss ja über Jahre aufgebaut werden. Und die Ratingagenturen verlangen auch schon heute Dinge, die offiziell noch in Planung sind.

### Wie sehr vertrauen Sie eigentlich noch den Ratingagenturen?

Einer der Auslöser der Krise war ja, dass es erklärtes Ziel der US-Regierung war, den Bürgern den Erwerb von Immobilien zu ermöglichen. Es gibt in den USA keine Bonitätsprüfungen, wie sie bei uns selbstverständlich sind. Und es ist offensichtlich, dass im Bereich der Ratingagenturen viele Fehler gemacht wur-



Was der internationale Bankensektor und die Gemeinden gemeinsam haben

# Gemeinden und Banken müssen gut zusammenarbeiten

Die großen Entwicklungen auf dem Bankensektor, die derzeit international über die Bühne gehen (Griechenland, Basel III, Bankensteuer und so weiter), haben auch ihre Auswirkungen auf die Gemeinden als gute Kunden kleiner Banken. KOMMUNAL sprach mit Dr. Herbert Pichler, dem Geschäftsführer (früher Syndikus) der Bundessparte Bank und Versicherung in der Wirtschaftskammer Österreichs.

den. Es gibt drei große anglo-amerikanische Agenturen, die international tätig sind.

**Welche Tendenzen sehen Sie im österreichischen Bankensektor? Geht es eher in Richtung Zentralisierung oder kommt eine weitere Regionalisierung?**

Österreich hat eine gute Mischung. Wir haben grenzüberschreitende Großbanken, die im Ausland sehr erfolgreich sind. Und auf der anderen Seite gibt es viele kleine und mittlere Institute, die in ihrer Region gut verankert und Basis für die Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen sind.

**Können Sie garantieren, dass die hohe Dichte an Bankfilialen in den Gemeinden bleiben wird?**

Garantieren kann man heutzutage gar nichts. Die hohe Filialdichte wird ja häufig kritisiert. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Banken damit aber einen wichtigen Beitrag zur Belebung der Ortskerne leisten. In vielen Gemeinden gibt es ja kein Gasthaus oder keinen Bäcker mehr.

**Profiziert die Bankwirtschaft von den Liquiditätsengpässen der Gemeinden? Sie gelten ja noch immer als sichere Kreditnehmer, und Kredite an Gemeinden müssen nicht mit Eigenkapital unterlegt werden.**



Dr. Herbert Pichler im Gespräch mit Kommunalverlags-Geschäftsführer Mag. Michael Zimper.



„Als Vertreter der österreichischen Kreditwirtschaft anerkenne ich die Leistungen der Gemeinden ...“



... aber natürlich müssen die Banken ihre gesetzlichen Verpflichtungen bei Bonitätsprüfungen und im Risikomanagement einhalten.“

Als Vertreter der österreichischen Kreditwirtschaft anerkenne ich die Leistungen der Gemeinden und ihrer Vertretung, dem Österreichischen Gemeindebund, für die Bürger. Sowohl Gemeinden als auch Banken sind in unmittelbarem Kontakt mit der Bevölkerung und kennen deren Sorgen. Für Gemeinden und Banken ist es im beiderseitigen Interesse, gut zusammenzuarbeiten. Nur so können wichtige Infrastrukturprojekte verwirklicht werden. Gemeinden sind im Allgemeinen sichere Partner, aber natürlich müssen die Banken ihre gesetzlichen Verpflichtungen bei Bonitätsprüfungen und im Risikomanagement einhalten.

**Wie geht es den Banken?**

Die österreichischen Banken stehen in überwiegendem Ausmaß sehr gut da. Gerade im strukturellen Bereich ist viel geschehen, das die Wettbewerbsfähigkeit verbessert hat.

**In der aktuellen Situation zur Bankensteuer wird gefordert, dass spekulative Geschäfte besteuert werden sollen. Aber was sind spekulative Geschäfte?**

Wenn alle Sparmöglichkeiten ausgeschöpft sind, wird sich die Kreditwirtschaft einer Übernahme von Lasten nicht entziehen. Aber man kann so eine Debatte nicht führen, wenn man die europäische Ebene ausblendet. Man muss abwarten, was in der EU beschlossen wird, bevor man in Österreich Schritte setzt. Auf keinen Fall dürfen Spareinlagen und Kredite besteuert werden. Das wäre kontraproduktiv.

Eine Langfassung des Interviews finden Sie auf [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)

Bad Aussee wieder Zentrum der Kommunalvertreter

## Sommergespräche loten Chance für die Kleinen aus

Das Fünf-Jahres-Jubiläum feiern die „Kommunalen Sommergespräche“ des Gemeindebundes und der Kommunalkredit heuer in Bad Aussee. Dieses Jahr geht man vom 28. bis zum 30. Juli 2010 der Frage nach, ob die kleinen Gemeinden überhaupt noch eine Chance haben. Zu Gast sind wiederum hochkarätige Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie zahlreiche politische Vertreter. „Die Idee, dass wir uns im Sommer, in schöner und entspannter Atmosphäre zusammensetzen und über Zukunftsfragen der Gemeinden diskutieren, findet gewaltigen Anklang“, freut sich Ge-

meindebund-Generalsekretär und Erfinder der Sommergespräche, Dr. Robert Hink. „Es ist uns gelungen, so etwas wie das ‚Alpbach für Gemeinden‘ zu schaffen.“

Angesichts der medialen und politischen Diskussionen der letzten Monate verwundert die Themenwahl nicht. „Immer wieder wird die Leistungsfähigkeit kleiner Gemeinden in Frage gestellt“, so Hink. „Der Ruf nach der Zusammenlegung von Gemeinden taucht in letzter Zeit wieder häufiger auf. Wir wollen gemeinsam diskutieren, welche Stärken, natürlich auch welche Schwächen kleinere Gemeinde haben und wie es mit deren Zukunftsfähigkeit aussieht.“

Die Gästeliste könnte nicht hochkarätiger sein. Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer wird zu Gast sein und die Ergebnisse einer Bevölkerungs- und einer Bürgermeisterumfrage präsentieren. IV-Chef Veit Sorger wird begründen, warum er in der Zusammenlegung von Gemeinden viel Potenzial sieht. Mit Kurt Biedenkopf, dem ehemaligen Ministerpräsident von Sachsen, konnte ein internationaler Gast gewonnen werden, der jüngst erst höchst interessante Gedanken zur Leistungsfähigkeit

kleinerer Kommunen und der Bürgergesellschaft formuliert hat. Gastredner Magnus Staehler hat als Bürgermeister der deutschen Stadt Langenfeld seine Kommune in wenigen Jahren vollständig entschuldet und seine Erfahrungen in einem Buch beschrieben.

Prominente  
Vertreter  
aus  
Bundes-



### KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE

Landes- und Gemeindepolitik dürfen natürlich auch nicht fehlen. Neben LH-Stv. Hermann Schützenhöfer, Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer und Innenministerin Maria Fekter werden noch weitere Gäste aller politischen Ebenen erwartet. Im Rahmen der Sommergespräche wird es auch Workshops geben, in denen aktive Kommunalpolitiker aus Österreich über Modellprojekte in ihren Gemeinden berichtet. Die Workshops werden – wie schon im Vorjahr – von prominenten Journalisten moderiert; gemeinsam mit den Teilnehmern sollen Zukunftskonzepte zu den Bereichen „Projektfinanzierung – Ausweg aus dem Budgetdilemma?“, „Energieautonome Gemeinden – Realitäts-Check für eine Utopie?“, „Freiwilligenarbeit – Wie lebt die Bürgergesellschaft in den Gemeinden?“, „Identität vs. Effizienz – Zusammenlegung von Gemeinden als Alternative?“ diskutiert werden.

Alle Bürgermeister/innen und aktiven Kommunalpolitiker/innen sind herzlich zu den „Kommunalen Sommergesprächen 2010“ eingeladen und können sich unter [oesterreichischer@gemeindebund.gv.at](mailto:oesterreichischer@gemeindebund.gv.at) dafür anmelden.

Alles dreht sich um „Energieeffizienz und Nachhaltigkeit“, wenn am 9. September 2010 in der Grazer Messehalle der 57. Österreichische Gemeindetag eröffnet wird. Rund 2000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Delegierte aus praktisch allen Gemeinden Österreichs werden an dieser Tagung teilnehmen und sie wie in den vergangenen Jahren zu einer „Demonstration der Geschlossenheit“ machen. Rund um das Thema „Energieeffizienz und Nachhaltigkeit“ werden auch die Spitzenvertreter der Kommunalwirtschaft auf der heuer wieder stattfindenden KOMMUNALMESSE ihre Produkte und Lösungen anbieten. Die KOMMUNALMESSE bietet mit dem bekannten und beliebten „Kommunal-Corner“ auch den eindrucksvollen Rahmen für eine Fachtagung zum Generalthema der Tagung (alle Infos zur KOMMUNALMESSE finden Sie auf [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)). Im April wird auch die offizielle Gemeindetagshompagie „on Air“ gehen, KOMMUNAL wird berichten.

### Fachtagung Energieeffizienz und Nachhaltigkeit

Die KOMMUNALMESSE wird am 9. September durch eine Fachtagung zum Thema „Energieeffizienz und Energieautarkie von Gemeinden“ ergänzt. Anschließend gibt es eine Podiumsdiskussion, an der Bundesminister Niki Berlakovich und hochrangige Experten aus Politik und Wirtschaft teilnehmen. Dieses Thema, das seit Monaten

Österreichischer  
Gemeindetag  
2010

ENERGIE UND  
NACHHALTIGKEIT

Graz, 9./10. September

57. Österreichischer Gemeindetag und KOMMUNALMESSE in Graz 2010

# Alles dreht sich um „Energieeffizienz und Nachhaltigkeit“

Der 57. Österreichische Gemeindetag und die KOMMUNALMESSE finden am 9. und 10. September im grünen Herzen Österreichs, der Steiermark, statt. Bis dahin wird KOMMUNAL in einer lockeren Folge Graz und die Grüne Mark vorstellen und berichten, was auf der KOMMUNALMESSE alles zu finden sein wird.

die Menschen des Landes beschäftigt, spielt gerade für den kommunalen Raum eine besonders wichtige Rolle, da in den Gemeinden die Möglichkeiten für die ersten Schritte zur Energieunabhängigkeit besonders groß sind.

Mehr auf den Homepages [www.gemeindetag.at](http://www.gemeindetag.at), [www.gemeinbund.at](http://www.gemeinbund.at) und [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)

## 57. Österreichischer Gemeindetag Das Programm

Am Donnerstag, dem **9. September 2010**, beginnt um **11.00 Uhr** der **57. Österreichische Gemeindetag 2010** und die **KOMMUNALMESSE**. Die Eröffnung findet durch Gemeindevizepräsident Bürgermeister Helmut **Mödlhammer**, den Präsidenten des Steiermärkischen Gemeindebundes, Bürgermeister Erwin **Dirnberger**, sowie durch den Grazer Bürgermeister Mag. Siegfried **Nagl** statt.

Um **12.00 Uhr** findet der Messerundgang des Präsidenten sowie der Ehrengäste statt.

Um **14.00 Uhr** beginnt die Fachtagung „Energieeffizienz und Nachhaltigkeit“ im Kommunal-Corner der Kommunalmesse.

Die Referate werden unter anderem von Präsident Helmut **Mödlhammer** und Bundesminister Nikolaus **Berlakovich** gehalten. Im Anschluss besteht die Möglichkeit einer Podiumsdiskussion mit den Referenten.

*Stand des Programms 19. April 2010, Änderungen vorbehalten.*

Ab **19.00 Uhr** findet der traditionelle Gala-Abend des Gemeindetages statt.

Freitag, dem **10. September 2010**, beginnt um **9.30 Uhr** der **57. Österreichische Gemeindetag** in der Stadthalle Graz.

Gemeindevizepräsident Bgm. Helmut **Mödlhammer**, Städtebund-Präsident Dr. Michael **Häupl**, Präsident LAbg. Bgm. Erwin **Dirnberger** werden die Eröffnungsreferate halten. Grußadressen kommen von Bgm. Mag. Siegfried **Nagl**, Mag. Franz **Voves**, Landeshauptmann der Steiermark, und Bundespräsident Dr. Heinz **Fischer**, während das Hauptreferat 2010 von Vizekanzler BM DI Josef **Pröll** kommt.

Nach den traditionellen Ehrungen und der Schlussansprache von Präsident Mödlhammer endet der 57. Österreichische Gemeindetag. Es besteht aber die Möglichkeit, bis **18.00 Uhr** weiterhin die **KOMMUNALMESSE** zu besuchen.





**K**OMMUNAL, Österreichs größtes Fachmagazin für Gemeinden und offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes, ist Veranstalter der KOMMUNALMESSE, die auch heuer wieder gleichzeitig mit dem 57. Österreichischen Gemeindetag stattfindet. Diese Doppelfunktion stellt die zielgruppengerichtete Direktansprache und Einladung der wichtigsten kommunalen Entscheidungsträger sicher. Rund 6600 Quadratmeter Ausstellungsfläche mit einem großzügigen Außenbereich für Großgeräte stehen den Ausstellern am 9. und 10. September in Graz zur Verfügung. Gleichzeitig zur Messe werden in Graz dann auch Österreichs Kommunalpolitiker zum 57. Gemeindetag erwartet. Die KOMMUNALMESSE 2010 ist das verbindende Element zwischen Händlern, Produzenten und Konsumenten in allen kommunalen Belangen.

### **Umfangreiches Programm**

Das Thema Energieeffizienz wird eines der Hauptaugenmerke am Österreichischen Gemeindetag 2010 sein. Gerade für den kommunalen Raum ist es eines der wichtigsten Punkte für nachhaltig orientiertes Handeln in Gemeindebelangen.

Die feierliche Eröffnung der KOMMUNALMESSE findet am 9. September um 11 Uhr statt. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, der Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, Erwin Dirnberger, sowie Mag. Siegfried Nagel, Bürgermeister der Stadt Graz, werden dabei die tausenden Gäste aus dem ganzen Land begrüßen. Ab Mittag startet dann der Messerundgang mit den Ehrengästen.

Danach stehen schon die ersten Fachtagungen auf dem Programm. Hauptthema ist „Energieeffizienz und Nachhaltigkeit“. Dazu wird ein Kommunal-Corner in den Messerräumen eingerichtet. Die Referate werden unter anderem von Helmut



9. & 10. September: Österreichs größte Leistungsschau geht über die Bühne

# Hier wird angeboten, was das kommunale Herz begehrt

Die KOMMUNALMESSE mit dem gleichzeitig stattfindenden Österreichischen Gemeindetag sind schon fast in Sicht. Das umfangreiche Zweitages-Programm im September hat seinen Schwerpunkt auf „Energieeffizienz und Nachhaltigkeit“. Der KOMMUNALVERLAG als Gastgeber bietet den Besuchern Raum für Information, Austausch und Vernetzung zwischen den Interessensgebieten Politik und Wirtschaft.

Mödlhammer und Lebensminister Nikolaus Berlakovich gehalten. Danach steht das Podium für Diskussionen mit den Referenten zur Verfügung. Der erste Tag endet mit dem traditionellen Gala-Abend für die Gäste. Am Freitag, dem 10. September, findet dann der 57. Österreichische Gemeindetag in der Stadthalle Graz statt. Zur Eröffnung werden Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Städtebund-Präsident Dr. Michael Häupl und der Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, Erwin Dirnberger Reden halten. Grußadressen kommen von Bgm. Mag. Siegfried Nagl, dem Landeshauptmann der Steiermark, Franz Voves und Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, während das Hauptreferat 2010

von Vizekanzler Bundesminister DI Josef Pröll kommt. Nach den traditionellen Ehrungen und der Schlussansprache von Präsident Mödlhammer endet der 57. Gemeindetag. Es besteht die Möglichkeit, bis 18 Uhr weiterhin die KOMMUNALMESSE zu besuchen.

## Schon fast ausverkauft!

Sichern Sie sich noch rasch einen Platz auf der KOMMUNALMESSE. Bereits dreiviertel der Stände sind ausgebucht. Alles was Rang und Namen hat für kommunale Belange wird im Herbst in Graz vertreten sein. „Die Aussteller bieten ein vielfältiges Spektrum mit unzähligen tollen Produkten für den kom-

munalen Bedarf“, erklärt KOMMUNAL-Geschäftsführer Michael Zimper. Aus den verschiedensten Branchen, vom Kanalbau bis zur Grabpflege, wird dort alles gezeigt, was Gemeindevertreter interessieren könnte. KOMMUNAL fungiert hierbei als die Drehscheibe zwischen Politik und Wirtschaft. „Das seit Jahren bewährte Konzept gibt den Besuchern und den Ausstellern die Möglichkeit, in angenehmer Atmosphäre die für sie so wichtigen Kontakte zu pflegen“, beschreibt Zimper die Bedeutung der Vernetzung. Alle Infos zur Messe und den Ausstellern auch im Internet.

## Information

Österreichischer  
Kommunalverlag  
Löwelstraße 6, 1010 Wien  
Tel.: 01/532 23 88  
Fax.: 01/532 23 88/22  
E-Mail: [kommunalverlag@kommunal.at](mailto:kommunalverlag@kommunal.at)  
Web: [www.kommunal.at/kommunalmesse](http://www.kommunal.at/kommunalmesse)

Brüssel – Ideen, Möglichkeiten und Kompromisse – im Schatten des Vulkans

# „Habe die Seiten gewechselt, aber nicht das Boot“

Die Plenartagung des AdR (Ausschuss der Regionen) vom 14. bis 15. April versammelte 344 Regionalpolitiker in Brüssel. Im Zentrum standen die Zukunft der Kohäsionspolitik sowie die künftigen EU-Strategien in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und die Verbesserung der sozialen Strukturen in den Regionen. Dazu standen gleich drei EU-Kommissare dem AdR Rede und Antwort. EU-Kommissar für Regionalpolitik Johannes Hahn gab nach seinem Bericht KOMMUNAL ein kurzes Interview.

Julya Pollak

Gleich als erster Redner trat der Präsident der UEFA, Michel Platini, ans Podium. Sein Thema: Die Rolle des Fußballs bei der sozialen Integration. Platini erläuterte das „Phänomen Fußball“ von seiner Basis aus, vom Zusammenspiel einzelner Handelnder. Ein Netz an Vereinen und Institutionen beginne in den Gemeinden Europas. All die unzähligen kleinen Vereine seien die Wurzeln des europäischen Fußballs. Somit übe „der Sport einen wesentlichen Beitrag zur Integration“ und vielerorts auch den ersten Schritt zur Akzeptanz der Spieler untereinander aus. Weiters forderte Platini das Sportmodell, wie es in Europa gehandhabt wird, zu schützen. Es gehe dabei um „die Mittel, und wie sie verteilt werden“. Gleichzeitig wies er auf die Probleme, wie die Spielmanipulation im Bezug auf Sportwetten, die Hooligans und den zunehmenden Rassismus unter den Fans hin. Platini untermauerte, dass die Welt des Fußballs zutiefst demokratisch und eine Widerspiegelung der Gesellschaft sei, sodass Fußball für junge Menschen eine Vorbildwirkung habe. „Jeder, der spielen kann, ist auf dem Platz“, das biete sozialen Zusammenhang und beginne in den Gemeinden.



Der große Sitzungssaal des AdR in Brüssel, gleich neben der Europäischen Kommission.



Die AdR-Mitglieder Erwin Mohr, Michael Häupl und der bgl. Landtagspräsident Walter Prior.

## Produkte für Weltmarkt

Der EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Dacian Cioloș, erläuterte, dass die Landwirtschaftspolitik zu einem nachhaltigen sozialen Wachstum beitragen soll und den aktuellen Herausforderungen,

wie z. B. „Klimawandel“, Beachtung gebe. Er betonte die hohe Qualität der landwirtschaftlichen Produkte aus der EU und will sie auf dem Weltmarkt besser positioniert sehen.

## Wann ist die Türkei dabei?

Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik-Kommissar Stefan Füle gab einen Überblick über die kommenden Erweiterungspläne, deren Augenmerk auf Stabilität und Wohlstand in den Regionen liegen. Eine wichtige Rolle dabei spielen laut Füle die Gebietskörperschaften. Bei den Beitrittsverhandlungen mit Kroatien sei ein dauerhafter Fortschritt zu verzeichnen. Die Entwicklungen in Mazedonien gehen zufriedenstellend weiter, und bei der Türkei seien die Gespräche weiterhin am Laufen, wenn auch langsam. Die Zypern-Frage wäre ein historischer Durchbruch. Weiters stehe die Religionsfreiheit zur Debatte, und vor allem die bilateralen Kontakte mit Griechenland. Zu den Erweiterungsfragen hatte AdR-Mitglied Georgios Papastergiou eine andere Ansicht; er beanstandete eine Missachtung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften beim Erweiterungsprozess. Sofort entstand eine hitzige Debatte innerhalb des AdR, um deren Ausgleichung Salzburg-Beauftragter Franz Schausberger einen Kompromissvorschlag beisteuerte. „Ein griechischer Berichtersteller gerade in Türkeifragen war wohl etwas ungeschickt ausgewählt“, wie AdR-Mitglied Erwin Mohr erläuterte.

## Hahn für Zusammenarbeit

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen von EU-Regions-Kommissar Johannes Hahn, der die



Ein Riesengedänge um Österreichs Kommissar Johannes Hahn, hier mit dem Bürgermeister von Bregenz, Martin Linhart.

territoriale Zusammenarbeit und das Subsidiaritätsprinzip als Grundlagen seiner Arbeit hervorhob. Er selbst komme aus der Regionalpolitik und habe „die Seiten gewechselt, aber nicht das Boot“, so Hahn. Weiters sei die Orientierung an der 2020-Strategie unumgänglich; nachhaltige Jobs, Wissensaufbau, Energieversorgung und Umwelt sollen verbessert werden. Die Gemeinden sollten dabei die Balance zwischen dem Fokus auf Schwerpunkten und der Flexibilisierung besonders beachten. Dafür brauche es maßgeschneiderte Umsetzungsmöglichkeiten. Hahn will in der kommenden Periode ein faires System für Regionen mit gerecht-

### Kommunalpolitik ist Investitionspolitik!

Johannes Hahn  
EU-Kommissar für Regionalpolitik

ter Verteilung von Geldern aufbauen: „Regionalpolitik ist Investitionspolitik“. Wichtig sei auch eine Stadt-Land-Zusammenarbeit, da diese Übergänge immer fließender werden. Nach seinem Besuch beim AdR stand Kommissar Hahn KOMMUNAL für ein kurzes Interview zur Verfügung.

**Kommunal: Können Sie sich vorstellen, die Strukturfonds im ländlichen Raum, sprich auf kommunaler Ebene, denen im städtischen Raum anzugleichen?**

**Hahn:** „Wichtig beim Thema Strukturfonds ist eine bessere Abgleichung bei den Schnittstellen zwischen den verschiedenen Fonds, weil es hier auf der einen Seite Überlappungen gibt und auf der anderen Seite Bereiche nicht erfasst sind. Dieses Thema diskutiere ich derzeit mit Agrar-



EU-Kommissar für die Regionen, Johannes Hahn, im Gespräch mit der Autorin.

kommissar Ciolos, weil wir da gemeinsame Interessen haben.“

**Was erhoffen Sie sich von der Donaunraum-Strategie für Österreich, und welche Rolle spielen die Gemeinden dabei?**

„Wir müssen uns bei der Donaunraum-Strategie auf einige wenige Schwerpunkte konzentrieren, die in der Tat den Donaunraum gemeinsam ausmachen. Das sind Regionen von Baden-Württemberg bis ins rumänische Donaudelta, dort sehen wir, wo unsere Gemeinsamkeiten liegen. Wichtig dabei sind die Fragen der Schiffbarkeit, der ökologischen Situation der Donau und deren Zubringerflüssen, der kulturellen Identitätsstiftung und der wirtschaftlichen Kooperation. Man darf auch nicht vergessen, dass entlang der Donau alle drei Weltreligionen vertreten sind und somit auch das ein Thema ist. Für die Umsetzung der Strategie haben die Regionen und die lokalen Einheiten, Städte und Gemeinden alle Möglichkeiten, sich einzubringen und davon zu profitieren.“

**Sie haben im AdR erwähnt, dass 80 Prozent der Europäer im urbanen Raum leben. Wo ziehen Sie da die Grenze zwischen ländlichem und städtischem Raum, wie definieren Sie den Unterschied?**

„Natürlich sind die Grenzen verschwimmend, aber man kann sagen, dass es zwischen Stadt und Land unterschiedliche Bedürfnisse gibt. In den Agglomerationen zum Beispiel treten zusätzliche Herausforderungen in den Bereichen Verkehr, Energieversorgung, Energienutzung, Abwasserbeseitigung, Umwelt-

belastung, Infrastruktur, etc., sowie im Sozialen auf. Was auch wir in Österreich kennen, wenn auch in kleinerem Ausmaß, sind Migrationsherausforderungen, die vor allem aus dem Umstand der urbanen Strukturen entstehen.“

*Julya Pollak*

*ist Redakteurin bei KOMMUNAL*

Ein Vulkan bringt alles durcheinander

## Reise „durch die Asche“

Kurz vor Abreise, erfuhren wir im Büro von Daniela Fraiss, Österreichs ständiger Vertreterin des Gemeindebundes in Brüssel, vom Vulkanausbruch in Island und der Aschewolke, die auf dem Weg zum europäischen Festland war. Auf eine machtlose Art beeindruckt, galt es die Heimreise zu organisieren. Dank eines Zahlencodes konnte ich am Bahnhof in Brüssel Fahrscheine unkompliziert auf elektronischem Weg lösen – hier ein positives Beispiel für die Nutzung von digitalen Daten. Auch AdR-Mitglied Erwin Mohr wollte per Zug via Paris nach Hause fahren. Doch die Situation dort dürfte ähnlich der in Brüssel gewesen sein – überfüllte Leitungen, Bahnhöfe und Züge überall. Er blieb eine Nacht länger und nahm den ersten Zug am Morgen.

Auf dem Weg nach Wien via Frankfurt befanden sich überall gestrandete Fluggäste. Es gab weder Hotelzimmer, Zugreservierungen noch Mietautos, die zur Verfügung standen. Auch im Zug versuchten noch zahlreiche Menschen vergebends einen Platz zu bekommen. Interessant, die Geschichten der Menschen: Ein russischer Geschäftsmann wollte von Amsterdam nach Wien und scheiterte beim Versuch, ein Mietauto oder doch noch einen Flug zu bekommen. Sogar einer Stewardess konnte die eigene Fluglinie kein Zimmer mehr bereitstellen oder sie irgendwie weiterbringen. Ein Paar aus Landshut war auf der Heimreise von Mexiko seit über 40 Stunden unterwegs.

In Wien zeigte sich ein ähnliches Bild: Der öffentliche Boden-Verkehr stieß an seine Kapazitätsgrenzen. Der Vulkan Eyjafjalla ließ uns alle warten und brodelte weiter, bis die Glut verlischt.



Dass die Donau uralter Lebensraum, Handelsstraße und Kreuzungspunkt der Kulturen ist, davon zeugen eine Menge historischer Bauten – hier im Bild die Ruine der Burg Aggstein in der Wachau.

Donauraumstrategie: Rolle und Position des Österreichischen Gemeindebundes

# Österreichische Stärken einbringen ist unser Ziel

Friedrich Heer beschrieb den Donauraum als einen Kreuzungspunkt der Kulturen, der den Menschen unterschiedlichster Herkunft als Lebensraum gedient hat. Jahrhundertlang war der Siedlungsraum entlang der Donau auch eine Drehscheibe von Waren, Technologie und Ideen.

Mag. Nicolaus Drimmel

Maßgeblicher Motor für die Donauraumstrategie war bislang die EU-Kommission, allerdings spielte auch der Ausschuss der Gemeinden und Regionen eine große Rolle dabei, der die Kommission 2008 schon bestärkte, eine solche in Anlehnung an die in den letzten Jahren konzipierte Ostsee-Strategie zu entwickeln. Hier wie dort erkannte man durch die Osterweiterung der Union, dass in diesen Räu-

Die Donau ist mehr als eine willkommene und wiederbelebte Ost-West-Verkehrsachse im Herzen Europas. Durch Austausch von kulturellen und technologischen Entwicklungen hat sie die Möglichkeit, wieder zum mitteleuropäischen Kultursymbol im weitesten Sinne zu werden.

men ein enormes Entwicklungspotenzial vorhanden ist, deren Synergien sich aber durch die jahrzehntlang unterschiedli-

chen Strukturen erst langsam entfalteten. Dieses Wachstums- und Qualitätspotenzial sollte durch ein konzertiertes Vorgehen aller Anrainerstaaten vergrößert werden. Die Geschichte hat gezeigt, welche Kraft und Qualität im Donauraum als Wirtschafts- und Siedlungsraum steckt. Allerdings darf man dabei auch die Geschichte des vorigen Jahrhunderts nicht verkennen, die letztlich bewirkte, dass der organisch entwickelte Lebens- und Kulturraum durch einen „Eisernen Vorhang“ zerschnitten wurde. Dies hatte zur Folge, dass die zertrennte Infrastruktur bis heute Narben auf der Landkarte hinterlassen hat und noch in der Gegenwart schmerzhaft Wunden im kollektiven Gedächtnis der Anliegerationen bestehen.



## Territorialer Überblick über die „Region Donau“ Zielgebiet der europäischen Donauraumstrategie



Als Verkehrsachse ist sie nicht nur eine eindimensionale Perlenschnur, an der einzelne Hauptstädte gewachsen sind, sondern sie wirkt gesellschaftlich und ökonomisch in den gesamten Raum ihrer Zubringerflüsse. Sie ist auch als Energielieferant ein Wirtschaftsfaktor und gleichzeitig ein von größter Diversität gekennzeichnetes und sensibles Ökosystem.

Dies, obwohl wir wissen, dass unsere Kulturen doch so eng verwoben und verwandt sind. Insofern ist die Initiative für den Donauraum eine Strategie für die Fortschreibung der EU-Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder, die von den Menschen in diesem Drehkreuz der Sprachen und Kulturen bereits mit einer natürlichen Selbstverständlichkeit aufgenommen wurde. Die Donau ist mehr als eine willkommene und wiederbelebte Ost-West-Verkehrsachse im Herzen Europas. Durch Austausch von kulturellen und technologischen Entwicklungen hat sie die Möglich-

keit, wieder zum mitteleuropäischen Kultursymbol im weitesten Sinne zu werden.

### Und Österreich ...

Für das kleine Österreich hat diese mitteleuropäische Dimension der Erweiterung eine besondere Bedeutung. Das so erwartete Niederreißen des Eisernen Vorhanges vor 20 Jahren brachte es mit sich, dass unser Land sich aus der Umklammerung durch eine jahrelang tote Grenze herauslösen konnte. In Österreich war dies immerhin ein Grenzstreifen zu den Ostblockländern im Ausmaß von



OReg.Rat Mag.  
Nicolaus Drimmel  
ist Jurist im  
Österreichischen  
Gemeindebund und  
leitet die Abt. Recht  
und Internationales

1225 Kilometern. Und mit der Öffnung dieser Grenze bot sich auch eine historische Chance für unser Land: Die Donau ist mehr als doppelt so lang wie die nun wieder durchlässige Grenze, sie führt tief in die anderen Anliegerländer hinein und hat viele Gesichter, die oft ineinander verschwimmen. Als Verkehrsachse ist sie nicht nur eine eindimensionale Perlenschnur, an der einzelne Hauptstädte gewachsen sind, sondern sie wirkt gesellschaftlich und ökonomisch in den gesamten Raum ihrer Zubringerflüsse. Sie ist auch als Energielieferant ein Wirtschaftsfaktor und gleichzeitig ein von größter Diversität gekennzeichnetes sensibles Ökosystem. Schließlich ist die Donau prägend für eine jahrhundertlang gewachsene Kultur und das Selbstverständnis der Bewohner, die den Strom trotz vieler nationaler Konflikte immer wieder als Zeichen für ein einigendes Band anerkannten. Wien und Österreich haben dabei eine besondere Rolle. Was wäre die Donau ohne Österreich? Oder umgekehrt? Der Name der Stadt Wien ist übrigens in der Sprache unserer slowenischen Nachbarn als „Dunaj“ unverkennbar mit dem Fluss verschmolzen. Gerade für uns Österreicher ist dieser

Strom daher nicht nur identitätsstiftend, sondern Lebensnerv und Grundkapital für Standort- und Lebensqualität.

Wie die alten Ägypter am Nil das jährliche Hochwasser zur Düngung ihrer Ackerböden herbeisehten, sollten alle Länder im Einzugsgebiet der Donau durch die EU-Strategie ein „intellektuelles und technologisches Hochwasser“ forcieren, das unseren Lebensraum nachhaltig entwickelt und sichert.

Vorab ist allerdings festzustellen, dass es aus dem Titel der Strategie allein keine neuen Gelder aus den EU-Fonds geben wird. Es ist aber nicht nur aus fördertechnischer Sicht wichtig, den Donauroum als einen einheitlichen Großraum zu betrachten. Eine abgestimmte Strategie ist Voraussetzung für den effektiven Einsatz der Fördermittel, um damit eine bestmögliche Hebelwirkung zu erzielen. In der gegenwärtigen EU-Förderperiode 2007 bis 2013 ist der Donauroum etwa in zwei einander überlappende Förderräume gespalten. Der Ausschuss der Gemeinden und Regionen, in dem auch der Österreichische Gemeindebund vertreten ist, forderte daher schon 2008 die europäischen Institutionen dazu auf, diesen Raum in der nächsten Förderperiode in seiner Gesamtheit zu behandeln, „um das volle wirtschaftliche, soziale, ökologische und kulturelle Potenzial des Donauroums auszuschöpfen“.

Ländlicher Donauroum: Allein die Anrainerländer, wobei für Deutschland nur Bayern und Baden-Württemberg, für die Ukraine nur die Karpatenoblaste und Odessa berücksichtigt wurden, umfassen etwa 18.800 Gemeinden.

Jene EU-Mittel, die künftig von den Mitgliedstaaten des Donauroumes in Anspruch genommen werden, sollen sich in ihrer Zweckwidmung daher verstärkt an gemeinsamen Leitlinien orientieren. Es gibt also nicht nur emotionelle, sondern auch handfeste Gründe, sich an der Entwicklung dieser Strategie zu beteiligen. Bundeskanzleramt und Außenministerium bemühen

Die Schwerpunkte der Strategie hat der Österreichische Gemeindebund bereits 2004 in einem kommunalen Pilotprojekt vorweggenommen: das ICNW.

sich bis Ende April, eine mit allen Ressorts und Interessensvertretungen abgestimmte Stellungnahme Österreichs dazu abzugeben. Es sollen dabei österreichische Stärken eingebracht werden, die in Abstimmung mit unseren Nachbarn im Endeffekt die Vision eines von Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung geprägten Siedlungsraumes im Donaubecken hat.

### Strategie mit kommunalen Handlungsfeldern

Die Europäische Kommission schlug in einem ersten Konzept zur Entwicklung einer Donauroumstrategie, die schon im kommenden Jahr beschlossen werden soll, folgende drei Schwerpunkte vor: Umwelt, Verbundenheit und die sozial-ökonomische Dimension.

Zum Thema Umwelt zählen hier der Schutz des Wassers und der Böden ebenso wie die Erhaltung der Biodiversität von Landschaften und die Erreichung der Klimaziele. Ebenso aber auch Vorkehrung zum Schutz gegen Naturgefahren, also der tatsächlichen Hochwässer.

Unter Verbundenheit zählen im Sinne der Kommission nicht nur Verkehrsinfrastruktur, sondern auch Energienetze und die verstärkte Nutzung erneuerbarer

Energien, aber auch Kommunikationsnetze. Der sozio-ökonomische Zusammenhalt wird schließlich als Standortqualität, Wettbewerbsfähig-

keit und Innovation verstanden, was natürlich auch Lebensqualität und Beheimatung sowie Förderung und Schulung der dort lebenden Menschen mit einschließt.

Studiert man diese Schwerpunkte wird deutlich, dass der Österreichische Gemeindebund ungefragt schon in den Jahren 2004 bis 2007 ein Pilotprojekt für die Donauroum-Strategie ins Leben

gerufen und erfolgreich umgesetzt hat. Im multilateralen kommunalen Netzwerk ICNW wurden mit Ausnahme Serbiens kommunale Partner aus allen Donauanliegerstaaten integriert, wobei sich die Mitglieder des Netzwerkes, zumeist kommunale Interessensverbände, zu einem Austausch von kommunaler guter Praxis in den kommunalen Kernbereichen Daseinsvorsorge, Umwelttechnologie, Raumplanung und Standortqualität verpflichteten.

Ziel des Netzwerkes war eine europaweite und konzertierte Aktion zur Stärkung der Kommunalwirtschaft in den ländlichen Regionen. Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Entwicklung der ländlichen Gemeinden liegt noch immer in der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur und der Arbeitsmarktsituation in einem gemeinsamen Wirtschafts- und Gesellschaftsraum.

Bei der Umsetzung dieses Programms, das mit 23 Partnern aus 13 europäischen Ländern allerdings noch weit über den Donauroum selbst reichte, konnte man ein klares Bekenntnis zu einem kommunalen Technologie- und Wissenstransfer erkennen. Als technische Grundlage für die Vernetzung diente eine Wissensdatenbank, die allen Projektpartnern zugänglich gemacht wurde. Dieser kommunale „Informations-Pool“ ermöglichte einen raschen und direkten Zugriff auf relevante Informationen des Projektes. Die Projektpartner verpflichteten sich überdies, die Informationen an ihre Mitglieder weiterzugeben. Das betraf konkret 10.000 Mitgliedsgemeinden mit insgesamt 100 Millionen Einwohnern.

Auch die österreichischen Bundesländer erwähnen das Projekt ICNW in ihrer Position zur Donauroumstrategie. Der Beitrag der Bundesländer Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich und Wien ergänzt die Handlungsfelder der Europäischen Kommission um zwei weitere Säulen: Jene des Wohlstandes und der Sicherheit und jene der Kooperation der Städte und Regionen für mehr Innovation und „Governance“. Auch in diesen Säulen finden sich die Schwerpunkte der erfolgreichen inter-

Trotz der durchaus unterschiedlichen politischen Strukturen in den Ländern des Donauraumes im Allgemeinen ist eine kommunale Gliederung festzustellen, die in ihrer Kleinräumigkeit sehr der österreichischen Gemeindestruktur ähnelt.

nationalen Arbeit des Gemeindebundes der letzten Jahre wieder zur besseren Transparenz und Nutzung von guter kommunaler Praxis.

Die zwei zusätzlichen Säulen der Länder werden vom Österreichischen Gemeindebund insofern begrüßt, da sie der Strategie eine weitere kommunale Perspektive geben und erneut die hohe Bedeutung der Gemeinden für Europa unter Beweis stellen können. Wohlstand und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sind vitale Themen der Lebensqualität, die von den Gemeinden umfangreich in ihren

merkt werden, dass trotz der durchaus unterschiedlichen politischen Strukturen in den Ländern des Donauraumes im Allgemeinen eine kommunale Gliederung festzustellen ist, die in ihrer Kleinräumigkeit sehr der österreichischen Gemeindestruktur ähnelt. Die Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Lebensqualität durch Innovation und Governance kann daher nicht auf eine „Kooperation der Städte und Regionen“ verkürzt werden, sondern muss alle Gemeinden mit einbeziehen. Mit dem erfolgreichen Projekt eines Internationalen Kommunalen Netzwerkes haben auch die kleinen und mittleren Gemeinden des ländlichen Raumes bewiesen, dass sie vernetzt und in Kooperation mit anderen zu Botenstoffen und Inkubatoren einer nachhaltigen soziokulturellen und ökonomischen Entwicklung der unmittelbaren Lebensumwelt werden können. Der Lebensraum Donau verbindet nicht nur zehn Anrainerstaaten und vier nationale Hauptstädte, sondern ein Einzugsgebiet, das sich auch vom Mittelmeer bis über den Karpatenbogen, oder vom Schwarzen Meer bis ans Erzgebirge erstreckt. Dieser Raum ist geografisch überwiegend von ländlichen Regionen geprägt. Allein die Anrainerländer, wobei für Deutschland nur Bayern und Baden-Württemberg, für die Ukraine nur die Karpatenoblaste und Odessa berücksichtigt wurden, umfassen etwa 18.800 Gemeinden. Die demokratisch legitimierten Mandatäre all dieser Kommunen, ob klein oder groß, haben den Auftrag, sich um das Wohl und die Entwicklung des Gemeinwesens ihres unmittelbaren Lebensbereiches einzusetzen und sich damit um die Lebensqualität und die Lebensperspektive von 97,4 Millionen Menschen zu sorgen. (Berücksichtigt man das Einzugsgebiet vermehrt um Tschechien, Bosnien, Slowenien und Montenegro, sind es ca. 24.600 Gemeinden mit 115,2 Millionen Einwohnern.) Eine gemeinsame Donauraumstrategie sollte diesen Gemeinden eine stärkere Vernetzung und Rahmenbedingungen für eine effiziente Entwicklung ermöglichen.

Leistungen von allgemeinem Interesse gewährleistet werden. Stichwort: Daseinsfürsorge! Zur Sicherheit gehören hier übrigens auch die Versorgungssicherheit und soziale Aspekte. Es hat sich in den letzten Jahren außerdem immer wieder herausgestellt, dass Innovation und verbesserte Verwaltung auf kommunaler Ebene zu den essentiellen Standortfaktoren gehören.

### Donauraum als Heimat für 115 Millionen Menschen

Der Österreichische Gemeindebund hat darauf in einer von ihm initiierten Studie „Zentraleuropäische Gemeindeentwicklung“ hingewiesen. Dazu muss ange-



Foto: Russische Akademie der Wissenschaften

Entlang der Donau sind neben Wien noch andere europäische Metropolen: Ganz oben der berühmte Blick entlang der Kettenbrücke auf Budapests Altstadt, in der Mitte Bratislava mit seiner Burg und unten der Zusammenfluss von Save und Donau in der serbischen Hauptstadt Belgrad.

## Donauraumstrategie: Stärkeres EU-Engagement Zukunftspotenziale müssen genutzt werden

Kooperationen werden in der heutigen Zeit immer wichtiger, vor allem auch makroregionale Kooperationen. Nach der Ostsee-strategie wird derzeit intensiv an der EU-Strategie für den Donauraum gearbeitet.

Österreich setzt sich seit Jahren für ein stärkeres Engagement der EU für den Donauraum ein. Die Entscheidung zur Ausarbeitung einer EU-Strategie ist das Ergebnis erfolgreichen monatelangen Lobbyings. Das österreichische Hauptanliegen ist es, dabei Zukunftspotenziale im teilweise noch unausgeschöpften kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bereich zu nutzen. Der Europäische Rat hat im Juni 2009 die Europäische Kommission beauftragt, bis Ende 2010 eine Strategie zu erarbeiten. In einer Input-Phase hat Österreich nach Einbeziehung der Bundesländer, der Gemeinden, der Ministerien und anderer Organisationen sein Non-Paper ausgearbeitet und vorgelegt, ebenso die anderen Staaten.

Vierzehn Staaten, davon acht EU-Mitgliedstaaten (Deutschland, Österreich, Tschechien, Slowenien, die Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien) und sechs Nicht-EU-Mitgliedstaaten (Kroatien, Montenegro, Serbien, Moldawien, Ukraine und Bosnien-Herzegowina) bemühen sich intensiv um eine gemeinsame Strategie, um koordinierte Vorgangsweisen auf den Gebieten Transport und Energie, Informations- und Kommunikations-Technologie – jedoch unter zwingender Einbeziehung des Umweltschutzes.

Es ist ein Gebot der Zeit, dass umwelt- und klimafreundliche Technologien noch stärker forciert werden müssen. Die österreichischen Bundesländer haben auch den Aspekt „Wohlstand und Sicherheit“ und „Governance“ – Kooperation zwischen Städten und Regionen vorgeschlagen,

wobei der Gemeindebund diese Kooperation auch auf die kleinen und mittleren Gemeinden, vor allem des ländlichen Raumes, ausgedehnt sehen möchte. Diese Punkte fließen in das österreichische Non-Paper ein.

Derzeit läuft die „Analyse- und Synthese-Phase“, unterstützt von einer Reihe von öffentlichen Veranstaltungen mit Stakeholdern im Donauraum.

Zwei Konferenzen in Ulm und Budapest fanden bereits statt, die dritte Stakeholder-Konferenz im Rahmen der Donauraum-Strategie fand von 19. bis 21. April 2010 in Wien und Bratislava statt. Bei dieser Konferenz wurden in Panel-Diskussionen und Workshops bereits konkrete Projekte angesprochen.

„Via Donau“, ein dem Bundesministerium für Verkehr, Infrastruktur und Technologie angegliedertes Unternehmen, hat schon detailliertere Vorschläge zur Entwicklung einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Transportinfrastruktur auf der Donau ausgearbeitet.

Zwei weitere Konferenzen in Russe (Bulgarien) im Mai und Constanza (Rumänien) im Juni 2010 werden noch folgen. Danach werden bis Jahresende 2010 die Strategie sowie der Aktionsplan in Abstimmung mit den Staaten und der Europäischen Kommission formuliert werden. Die Strategie soll sodann im ersten Halbjahr 2011 unter der ungarischen Präsidentschaft durch den Europäischen Rat angenommen werden.



*Botschafter Dr. Johannes Eigner ist Leiter der Abt. III.4 „EU-Erweiterung, Wirtschaftsbeziehungen zu den europäischen Drittstaaten und zu Zentralasien“ im BMeiA*

Uwe Zimmermann

Mit dem neuen Vertrag von Lissabon hat die EU die Kompetenz erhalten, Fragen der Daseinsvorsorge in einer EU-Verordnung gesetzlich zu regeln, also auch die kommunalen Dienste der Daseinsvorsorge zu reglementieren.

Die österreichischen und die deutschen kommunalen Spitzenverbände haben zu diesem wichtigen Thema ein gemeinsames Papier vorgestellt. Dessen Tenor: Daseinsvorsorgeleistungen sind unverzichtbar für den Erfolg des gemeinsamen europäischen Marktes. Diese Leistungen erbringen die Kommunen mit einer weiten Entscheidungs- und Handlungskompetenz.

Wenn die EU dieses Thema gesetzgeberisch angeht, dann nur unter voller Achtung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts und mit dem Ziel, diese Dienste im Binnenmarkt abzusichern.

Durch Art. 14 AEUV besteht nunmehr die ausdrückliche Kompetenzzuweisung für die Europäische Union, im Bereich der (kommunalen) Daseinsvorsorge gesetzgeberisch durch eine EU-Verordnung tätig zu werden. Einerseits könnte sich hierdurch die Möglichkeit ergeben, die schon seit einiger Zeit geforderte Rechtssicherheit für die Erbringung der kommunalen Dienste zur Daseinsvorsorge im Europäischen Binnenmarkt zu erreichen. Andererseits besteht aber auch die Gefahr, dass durch entsprechende EU-Verordnungen in kommunale Entscheidungshoheiten negativ hineinregiert wird.

### Kommunales Selbstverwaltungsrecht und Subsidiarität achten

In der gemeinsamen österreichischen und deutschen Position wird insbesondere hervorgehoben, dass der Art. 14 AEUV nicht isoliert als neue EU-Gesetzgebungszuständigkeit gesehen werden darf. Denn durch den Vertrag von Lissabon wurde die Rolle und institutionelle Stellung der Kommunen in der EU insgesamt gestärkt und ausgeweitet. So ist die Europäische

Europa sollte das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden achten

# Kommunale Daseinsvorsorge gesetzlich in der EU abgesichert

Im Europäischen Parlament hat sich in der neu angelaufenen Mandatsperiode eine Gruppe von Abgeordneten zu einer so genannten „Inter-group“ zusammengefunden, die die Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge im europäischen Binnenmarkt politisch behandeln will. Worum geht es dabei? Die Antwort ist einfach und bedeutsam zugleich.

Union nun ausdrücklich verpflichtet, das Recht der kommunalen Selbstverwaltung zu achten. Die Verhältnismäßigkeits- und Subsidiaritätskontrolle umfasst explizit die Städte und Gemeinden. Und vor allem werden in dem Vertragsprotokoll Nr. 26 zum Vertrag von Lissabon die Kompetenzen der Städte und Gemeinden bei der Definition, Organisation und Erbringung der Dienste der Daseinsvorsorge hervorgehoben und unterstrichen.

Dementsprechend muss immer wieder in Brüssel betont und unterstrichen werden, dass bei einer Nutzung der neuen EU-Gesetzgebungskompetenz in Art. 14 AEUV das Recht der kommunalen Selbstverwaltung und die damit verbundenen Entscheidungshoheiten der Städte und Gemeinden im Vordergrund stehen und umfassend geachtet werden müssen. Gleichzeitig fordern die Kommunen nach wie vor Rechtssicherheit für die Erbringung der Dienste der Daseinsvorsorge. Eine derart richtig formulierte EU-Verordnung könnte eine solche Rechtssicherheit durchaus befördern. Den Konsultationsbeitrag der deutschen und der österreichischen kommunalen Spitzenverbände kann unter [www.gemeinbund.at](http://www.gemeinbund.at) oder [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de) in deutscher und englischer Sprache heruntergeladen werden. Der Vertrag von Lissabon hat eine grundlegende Revision des



Die meisten Dienste von allgemeinem Interesse der Kommunen und Regionen sind für den gemeinsamen Markt der Europäischen Union nicht relevant, sondern eher kontraproduktiv.

europäischen Primärrechtes nicht nur über die Dienste von allgemeinem Interesse, sondern auch hinsichtlich des Rechts der kommunalen Selbstverwaltung gebracht. Die kommunale Selbstverwaltung wurde signifikant gestärkt. Die europäische Politik und deren Entscheidungen, insbesondere in gesetzgeberischer Hinsicht, haben nunmehr die Rechte der Kommunen und Regionen zu achten. In den meisten EU-Mitgliedstaaten ist die Erbringung von Diensten von allgemeinem Interesse eine Kompetenz (und gleichzeitig eine gesetzliche Verpflichtung!) der Kommunen. Daher ist die Organisation, Definition und Er-

bringung dieser Dienste generell eine kommunale Kompetenz. In den vergangenen Jahren sind eine ganze Reihe von Problemen bei der Erbringung der Daseinsvorsorge auf Ebene der EU aufgetreten. Die Organisation dieser Dienste, das öffentliche Auftragswesen, interkommunale Kooperation, staatliche Beihilfen etc. waren sehr oft Gegenstand von Fällen beim Europäischen Gerichtshof. Probleme wurden sehr häufig verursacht durch einen Konflikt zwischen dem EU-Modell eines gemeinsamen Marktes auf der einen Seite und der Erbringung von Diensten von allgemeinem Interesse als öffentlicher Dienst der Kommunen auf der anderen Seite. Ein Ansatzpunkt zur Lösung dieses grundlegenden Konfliktes könnte in einer modernen und praktikablen Definition der Binnenmarktrelevanz von Daseinsvorsorge liegen. Die Antwort auf dieses Problem könnte eine eigene De-Minimis-Schwellenwert-Definition für Dienste von allgemeinem und allgemeinem wirtschaftlichen Interesse sein. Die Kommunen unterstützen das Projekt des gemeinsamen EU-Marktes. Effektive und effiziente Dienste von allgemeinem Interesse sind eine unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg des gemeinsamen Marktes der EU und für dessen Akzeptanz bei der Bürgerschaft und den Unternehmen. Die meisten Dienste von allgemeinem Interesse der Kommunen und Regionen sind für den gemeinsamen Markt der Europäischen Union nicht relevant, sondern eher kontraproduktiv. Daher sollte die Europäische Union eine weite Kompetenz der Entscheidung, Erbringung und Organisation von Diensten von allgemeinem Interesse durch die Kommunen und Regionen akzeptieren und absichern.



Uwe Zimmermann ist Beigeordneter des DStGB für Europa, Wirtschaft, Ländliche Räume, Kommunikation



Bundesministerium für Inneres: SoKo Ost und Schwerpunktaktionen

# Mit zeitgemäßen Strategien Sicherheit gestalten

Die von Innenministerin Maria Fekter gesetzten Maßnahmen zur gezielten Bekämpfung von Kriminalität zeigen Wirkung. Sonderkommissionen arbeiten verstärkt für die Sicherheit in Österreich.

Auch Schwerpunktaktionen, die als Ausgleich zu den Grenzkontrollen geschaffen werden, Strukturermittlungen sowie Tatortmonitoring und eine erfolgreiche DNA-Offensive werden strategie- und plangemäß eingesetzt.

Mit Juli 2009 wurde die SoKo Ost mit 200 Bediensteten – aus dem Burgenland (90), Niederösterreich (60), Oberösterreich (20), Kärnten und Steiermark (je 15) – zur bundesländerübergreifenden Bekämpfung dieser Delikte eingerichtet.

- ▶ In den ersten drei Monaten wurden 280 Personen festgenommen, gestohlene Fahrzeuge im Wert von 1,5 Millionen Euro sichergestellt.
- ▶ An 284 Tatorten konnten zusätzliche Spuren (z. B. DNA-Spuren) gesichert werden.
- ▶ Mehr als 200.000 Personen- und Sachanfragen wurden in den verschiedenen Fahndungsregistern eingegeben, die örtlich zuständigen Kräfte in Wien, Niederösterreich und Burgenland konnten mit 6325 zusätzlichen Streifen bei ihren Schwerpunktaktionen unterstützt werden.

Basierend auf den Erkenntnissen der SoKo Ost wurden im September 2009 die „Fahndungsgruppe Kfz“ im Burgenland

Ich will, dass die Menschen in Österreich dieses wunderbare Lebensgefühl Sicherheit erleben.

Innenministerin Maria Fekter

sowie Fahndungsgruppen zur Bekämpfung der organisierten Einbruchskriminalität in Wien installiert. Zusätzlich wurden Tatort-Experten nach Wien zugeteilt und die Einsatzgruppen zur Bekämpfung der Straßenkriminalität (EGS) personell verstärkt.

Ab Oktober 2009 wurde die SoKo Ost mit bis zu 80 freiwilligen Bediensteten für Fahndungsmaßnahmen im Raum Wien, Niederösterreich und Burgenland im Permanenzbetrieb weitergeführt. In Schwerpunktaktionen in der Ostregion wurde weiterhin intensiviert sowie kurzfristig weitere Kräfte – vor allem aus weniger belasteten Regionen – bei den Einsätzen zugeführt.

„Wir erhöhen den Fahndungsdruck, wir stören kriminelle Strukturen und wir kontrollieren, wer sich in Österreich bewegt. Und auch für 2010 baut das Innenministerium weiter auf dem Masterplan und den Erfahrungen der SoKo Ost auf: So wurden durch die Erkenntnisse der SoKo Ost spezielle Fahndungsgruppen geschaffen. Die Einsatzgruppen zur Bekämpfung der Straßenkriminalität (EGS) wurden personell verstärkt und Strukturermittlungen

## Factbox SoKo Ost



Ein weiterer Erfolg der SoKo Ost: Eine Menge illegaler Waffen wurde aus dem Verkehr gezogen, wie Ernst Geiger, Chef der Abteilung 3 im BMI, Ministerin Maria Fekter und Franz Lang, der Direktor des Bundeskriminalamts, paräsentierten.

## Die Zahlen Juli 2009 bis März 2010

<b>Festnahmen:</b>	<b>354</b>
Festnahmen auf frischer Tat: (Kfz-Diebstahl + Einbruch)	132
<b>Sicherstellungen</b>	
gestohlene Kfz; Wert: ca. 2,5 Mio. Euro)	164
Suchtmittel (diverse Substanzen)	79
gefälschte Dokumente	64

**Eingesetzte Streifen (doppelt besetzt): 11.700**



auf eine neue Ebene gestellt. Auch das Organisationszentrum für Ausgleichsmaßnahmen (OZ-AGM) wurde für diese Einsätze personell verstärkt.“

### Strukturermittlungen forcieren

„Unser Ziel ist es, Täter nicht nur unmittelbar festzunehmen und Diebesgut sicherzustellen, sondern auch detaillierte Informationen über Tätergruppen zu sammeln, um punktgenau, im richtigen Moment, einschreiten zu können“, sagte Fekter. „Jüngste Erfolge wie zum Beispiel der Schlag gegen eine georgische Tätergruppe im März zeigen, wie wesentlich strukturelle, international geführte, strategische Ermittlungen sind. Nach der Zerschlagung des georgischen Mafia-Clans und der größten in Österreich durchgeführten Schwerpunktaktion gegen Kriminalität und illegale Migration geht es weiter: Das Inneministerium erhöht den Fahndungsdruck, stört kriminelle Strukturen und kontrolliert, wer sich in Österreich bewegt. Die Intensivierung der DNA-Spurenicherung an Tatorten ist Ministerin Fekter daher ein wichtiges Anliegen. Allein in diesem Bereich gibt es 740.000 Euro an zusätzlichen Mitteln für Sonderkontingente wie zum Beispiel der Soko Ost und der Soko Kfz: „Ich will, dass die Menschen in Österreich dieses wunderbare Lebensgefühl Sicherheit erleben, damit Österreich das sicherste Land der Welt mit der höchsten Lebensqualität wird. Daran arbeiten wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln“, sagte Innenministerin Maria Fekter.



Gemeinden zur Expertenkonferenz im Juni nach Anif eingeladen

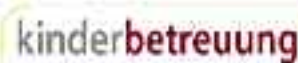
## Schon über 120 Gemeinden „bündeln die Kräfte“

Zum Thema „Das Audit *familienfreundlichegemeinde* als strategisches Planungs-, Controlling- und Evaluierungskonzept zur Stärkung des Gemeinwesens“ treffen am **21. Juni 2010** Vertreter aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in Anif bei Salzburg zu einer Expertenkonferenz zusammen. Roland Barazon wird fachkundig die Tagung moderieren und die anschließenden Workshops begleiten.

Immer mehr Gemeinden haben mit Bevölkerungsschwund und Landflucht und damit einherge-

hend mit geringeren Einnahmen und höheren Belastungen zu kämpfen. Die Bürgermeister stehen vor der Herausforderung, Lösungen zu finden, um den Wirtschafts- und Lebensstandort Gemeinde zu erhalten. Das Audit *familienfreundlichegemeinde* ist ein von bereits über 120 Gemeinden erfolgreich durchgeführtes Evaluierungskonzept, um „Kräfte zu bündeln“ und gemeinsam mit der Bevölkerung strukturiert im Hinblick auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Generationenvertrag und unter Einbindung bestehender Prozesse Maßnahmen zu erarbeiten, durchzuführen und damit nachhaltig den Standort Gemeinde zu sichern. Wenn Sie sich als Gemeinde informieren wollen, laden wir Sie zur Expertenkonferenz am 21. Juni 2010 von 10 bis 16 Uhr nach Anif bei Salzburg herzlich ein. Im Zuge der Expertenkonferenz findet auch ein Informationsworkshop Auditseminar *familienfreundlichegemeinde* statt.

### Fact-Box: Kinderbetreuungspreis 2010



Speziell in den Sommerferien ist es für berufstätige Eltern oft schwierig, eine gute Kinderbetreuung zu organisieren. Ziel des Kinderbetreuungspreises ist es daher, zusätzliche Angebote anzuregen und Eltern verstärkt darauf aufmerksam zu machen. Bis zum **3. Mai 2010** können alle öffentlichen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen sowie jene Unternehmen, die eigeninitiativ Kinderbetreuung anbieten, ihre Projekte einreichen. Reichen auch Sie interessante Betreuungsprojekte für die Sommerferien aus Ihrer Gemeinde ein!

Information und Bewerbungsunterlagen: Familie & Beruf Management GmbH  
Tel.: 01/ 218 50 70  
Ansprechpartnerin:  
Mag. Johanna Czech  
E-Mail: [johanna.czech@familieundberuf.at](mailto:johanna.czech@familieundberuf.at)  
Web: [www.familieundberuf.at](http://www.familieundberuf.at)

### Information

Familie & Beruf Management GmbH  
Tel.: 01/218 50 70  
Ansprechpartnerin:  
Heike Trammer  
[heike.trammer@familieundberuf.at](mailto:heike.trammer@familieundberuf.at)  
Web: [www.familieundberuf.at](http://www.familieundberuf.at)

Österreichischer Gemeindebund  
Tel.: 01/512 14 80-20  
Ansprechpartnerin:  
Mag. Anna Nödl-Ellenbogen  
[anna.noedl-ellenbogen@gemeindebund.gv.at](mailto:anna.noedl-ellenbogen@gemeindebund.gv.at)  
Web: [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)



Staatspreis für Architektur und Nachhaltigkeit 2010

# Impulsgeber und Leitstern für die Klima- und Energiepolitik

Nachhaltigkeit wird mehr und mehr zu einem zentralen Thema in Architektur und Bautechnik. Der vom Lebensministerium ausgelobte Staatspreis für Architektur und Nachhaltigkeit fördert und stützt diese Entwicklung.

Er soll Impulsgeber und Leitstern sein in einem Bereich, der für die Klima- und Energiepolitik von besonderer Bedeutung ist. Mit dem Staatspreis werden hervorragende Leistungen von BauherInnen, ArchitektInnen und EnergieplanerInnen gewürdigt, die anspruchsvolle Architektur und ressourcenschonende Bauweise kombinieren. Denn hochwertige Architektur allein genügt ebenso wenig wie ein durchdachtes Konzept der Nachhaltigkeit ohne ästhetische Qualität.

## Gemeinden als Vorreiter

Die Jury unter dem Vorsitz von Univ.-Prof. Roland Gnaiger (Kunstuniversität Linz) beurteilte 93 eingereichte Objekte nach ökologischen, architektonisch-kulturellen und sozialen Aspekten und nominierte zehn Gebäude. Gleich vier davon wurden im Auftrag von Gemeinden errichtet bzw. saniert!

### ► Gemeindehaus Raggal

Die Erhaltung von traditionellem Handwerk, regionale Wertschöpfung, kurze Wege und maximaler Nutzen bei minimalem Platzverbrauch – auch das bestimmt die Nachhaltigkeit. Das Gemeindehaus Raggal in Vorarlberg führt vor, wie man all das vereinen kann: vom in die Räumlichkeiten hinein verlängerten Ortsplatz angefangen bis zur Musikschule mit Fernblick.

### ► Gemeindezentrum St. Gerold

Die Gemeinde St. Gerold in Vor-



Das Gemeindehaus Raggal in Vorarlberg führt vor, wie traditionelles Handwerk erhalten wird und regionale Wertschöpfung, kurze Wege und maximaler Nutzen bei minimalem Platzverbrauch kombiniert werden.

arlberg hatte hohe Anforderungen an Ökologie und Nachhaltigkeit, die Architekten einen sehr emotionalen Zugang zur Baukultur. Das Ergebnis: ganz aus Holz, schlicht und ökologisch bis ins kleinste Detail durchdacht. Das Gebäude markiert nicht nur einen bis dato fehlenden Ortseingang, sondern schafft durch die Platzierung sogar ebene Flächen in den ansonsten so steil abfallenden Südhängen.

### ► Volksschule Mauth, Wels

Der Passivhaus-Baustandard gilt in Wels für alle neuen öffentlichen Gebäude, was als heraus-

ragende Leistung der Gemeinde zu würdigen ist. Die Volksschule Mauth zeigt vor, was Schule sein soll: eine differenzierte Welt an Lehr- und Lernangeboten bietet Raum für unterschiedliche Lernatmosphären, Lerngeschwindigkeiten und Gruppengrößen und fördert das unbehinderte, die Welterfahrung unterstützende Bewegungsbedürfnis von Kindern.

## Weitere Nominierungen

Neben den vier gemeindeeigenen Gebäuden wurden die Fertigungshalle Obermayr in Schwanenstadt, der Freihof Sulz, das Lager und Verwaltungszentrum Eine Welt Handel AG in Niklasdorf, die Passivwohnanlage Sammer Mösl in Salzburg, die Pfarre Wels-St. Franziskus und die Wohnanlage Fussenau in Dornbirn nominiert.

Die PreisträgerInnen der Staatspreise für Architektur und Nachhaltigkeit 2010 werden am **27. Mai 2010** bekanntgegeben und durch Umweltminister DI Niki Berlakovich ausgezeichnet.

## Neugierig geworden?

Auf [www.staatspreis.klimaaktiv.at](http://www.staatspreis.klimaaktiv.at) finden Sie mehr Bilder und Informationen zum Staatspreis. Alle nominierten Gebäude können Sie im Rahmen der Architekturtage am 28. bzw. 29. Mai 2010 besuchen. Blicken Sie „hinter die Kulissen“ von energieeffizienten Gebäuden und bekommen Sie dadurch eine bessere Vorstellung von den Leistungen, Möglichkeiten und Vorteilen des nachhaltigen Bauens.





## Wildkatze muss wieder Teil der heimischen Artenvielfalt werden

Das Lebensministerium präsentierte im Rahmen der Artenschutzkampagne „vielfaltleben“ den Aktionsplan Wildkatze, der diesem seltenen Tier dazu verhelfen soll, in Österreich wieder eine Heimat zu finden. „Mit dem Aktionsplan Wildkatze haben wir gezielte Strategien festgelegt, um die scheue Waldbewohnerin in Österreich wieder heimisch zu machen. Es ist eine beispielhafte Aktion, bei der der Naturschutzbund, das Bundesministerium, die Jägerschaft sowie zahlreiche weitere Organisationen ganz eng zusammenarbeiten, um Maßnahmen für die biologische Vielfalt Österreichs umzusetzen. Die Wildkatze hat ursprünglich zur heimischen Fauna gehört und ist daher auch eine der 21 Leitarten meiner Kampagne ‚vielfaltleben‘“, erklärte Umweltminister Niki Berlakovich.

Etwa 40 Prozent der Fläche Österreichs gelten als geeigneter Lebensraum für die Wildkatze. „Im ‚Aktionsplan Wildkatze‘ werden unter der fachlichen Leitung des Naturschutzbundes die Voraussetzungen für die Rückkehr der Wildkatze nach Österreich sowie die Gefährdungsursachen ausführlich angesprochen. Darüber hinaus werden Strategien nach ihrer Priorität bewertet. Erste Maßnahmen wurden bereits gestartet“, erklärt Ingrid Hagenstein,

Foto: Naturschutzbund/Manhart



Seit den 60er-Jahren kommt die Wildkatze nur noch vereinzelt aus den Nachbarländern nach Österreich; hierzulande gilt sie als ausgestorben beziehungsweise als verschollen.

Leiterin des Projekts. Ein besonders wichtiges Kriterium für den Aufbau einer überlebensfähigen Population ist die Populationsgröße. Ab etwa 100 Tieren können sich Wildkatzen in Österreich langfristig halten. Die wesentlichsten Regulationsfaktoren dabei sind die Jungensterblichkeit und die Reproduktionsrate.

[www.vielfaltleben.at](http://www.vielfaltleben.at)

Baum des Jahres 2010

### Neue Broschüre: Die Wildobstbäume

Anlässlich des Internationalen Tages des Waldes Mitte März präsentierte das Lebensministerium gemeinsam mit dem Verein „Kuratorium Wald“ die Broschüre zum „Baum des Jahres 2010“. Heuer wurden die Wildobstbäume zum „Baum des Jahres“ gewählt. Zahlreiche Wildobstbäume, wie die Speierbirne, der Wildapfel oder der Speierling sind in Österreich stark gefährdet. Die Broschüre: „Die Wildobstbäume – Baum des Jahres 2010“ kann ab sofort auf [www.wald.or.at](http://www.wald.or.at) bestellt werden und ist gegen einen Druckkostenbeitrag von fünf Euro erhältlich.

Neptun Wasserpreis 2011

## 33.000 Euro für Ideen rund ums Wasser

Ob Projekte zu nachhaltigem ökologischen Schutz der Ressource Wasser, Lösungen für eine sorgsame globale Wassernutzung, Bewusstseinsbildungsmaßnahmen oder künstlerische Auseinandersetzungen – der Neptun Wasserpreis steht ab sofort in vier Fachkategorien für Einreichungen offen. Darüber hinaus können alle Wasserbegeisterten aus der breiten Bevölkerung in der Publikums-kategorie Bilder oder Texte zum Motto WasserSPUeREN einreichen. Insgesamt werden Preisgelder in der Höhe

von 33.000

Euro ver-

geben.

Einreich-

frist ist der

31. Okto-

ber 2010, die Preisverleihungen

finden rund um den Weltwassertag 2011 statt. Nähere Informa-

tionen zum Neptun Wasserpreis

erhalten Sie im Internet unter

[www.wasserpreis.info](http://www.wasserpreis.info) oder unter

0650/323 88 30.



Wasserwirtschaft

## Förderung sichert Wasserqualität

In der 54. Sitzung der Kommission Wasserwirtschaft Anfang April konnten insgesamt 1108 neue wasserwirtschaftliche Projekte mit einem Investitionsvolumen von etwa 209,7 Millionen Euro und einem Förderungsvolumen von mehr als 51,1 Millionen befürwortet und dem Umweltminister zur Genehmigung vorgelegt werden. „Von der Förderung der Wasserwirtschaft profitiert nicht nur die Umwelt“, betonte Berlakovich im Hinblick auf die derzeit großen wirtschaftlichen Herausforderungen. „Wir schaffen damit im zukunfts-trächtigen Umweltsektor neue Arbeitsplätze, sogenannte ‚Green Jobs‘.“

Mehr Infos unter <http://>

[wasser.lebensministerium.at](http://wasser.lebensministerium.at)



Foto: Lebensministerium

Ein alter Wildbirnbaum in Groß Enzersdorf, ein Naturdenkmal.

**Infos auf [www.lebensministerium.at](http://www.lebensministerium.at)**

Der Klima- und Energiefonds sucht neue Projekte und Modellregionen

# Große Förderoffensive für Elektromobilität

Seit mittlerweile drei Jahren wirkt der Klima- und Energiefonds als wichtiger Impulsgeber für nachhaltige Energietechnologien in Österreich. Der mit jährlich 150 Millionen Euro dotierte Fonds hat sich längst als maßgebliches Instrument zur Umsetzung klimarelevanter Maßnahmen etabliert. Fast 34 Prozent der Förderaktivitäten des Fonds betreffen den Verkehrssektor.

Seit 1990 sind die Emissionen im Verkehr um 61 Prozent gestiegen. Somit ist das „Sorgenkind der österreichischen Klimapolitik“ für 26 Prozent der gesamten heimischen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Langfristig gilt es, die Treibhausgasemissionen in allen Industrienationen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren.

Für den nationalen Verkehr bedeutet das eine Defacto-Mini-

Die Zukunft der Mobilität muss klimafreundlich sein, daher wollen wir 250.000 Elektroautos bis 2020 auf Österreichs Straßen haben. Das Lebensministerium geht mit gutem Beispiel voran und hat neben Biotreibstoff-Fahrzeugen nun auch ein E-Mobil in der Flotte. Steigen auch Sie um!

Umweltminister Niki Berlakovich

mierung der Emissionen gegen Null. „Um dieses ehrgeizige Ziel auch tatsächlich erreichen zu können, müssen jetzt Visionen entwickelt, Taten gesetzt und alte Strukturen aufgebrochen werden. Vor allem der motorisierte Individualverkehr hat hier enormes Einsparungspotenzial“, ist Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds, überzeugt. „Dies ist einerseits durch Verlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel und andererseits durch Elektrifizierung mittels

erneuerbarem Strom möglich.“ Zur Beschleunigung des jetzt notwendigen Paradigmenwechsels hat der Klima- und Energiefonds mehrere Ausschreibungen und Initiativen zum Thema E-Mobilität gestartet:

## Klima- und Energiefonds sucht Modellregionen

2010 wird der Klima- und Energiefonds noch mindestens zwei weitere, neue Elektro-Mobilitätsmodellregionen initiieren. Neben städtischen Agglomerationen können sich erstmals auch ländliche Regionen und Kleinstädte an der Ausschreibung beteiligen. Als Einreichvoraussetzungen gelten unter anderem ein Mindestinvestitionsvolumen von einer Million Euro, der 100prozentige Einsatz erneuerbarer Energien und vor allem der Ankauf und die Integration von E-Fahrzeugen durch eine Betreibergesellschaft. „In Modellregionen wird Zukunft gelebt. Wir ermöglichen damit Innovationen und Chancen für die österreichische Wirtschaft,



gewinnen wesentliche Erkenntnisse für eine breite Markteinführung der E-Mobilität“ so Ingmar Höbarth. Ziel ist, die Verbreitung von Elektro-Fahrzeugen sowohl für den gewerblichen, als auch den privaten Gebrauch. „Die Konzentration der Fördermittel auf Modellregionen macht deshalb Sinn, weil Elektrofahrzeuge immer noch teuer sind als Autos mit Verbrennungsmotor“, erklärt Ingmar Höbarth und „mit einer 30prozentigen Förderung der Investitionskosten kann ein attraktives Paket für die Endnutzerinnen und Nutzer der E-Mobilität geschnürt werden.“ Insgesamt stehen für dieses Jahr 3,5 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung.

### VLOTTE – ein EU-weites Vorzeigeprojekt

Mit einem Fördervolumen von nunmehr insgesamt 5,2 Millionen Euro arbeitet die Modellregion VLOTTE in Vorarlberg seit Beginn des Jahres 2009 sehr erfolgreich am Aufbau einer Vorzeigeregion für Elektromobilität. Die Bilanz nach einem Jahr VLOTTE kann sich sehen lassen: Mit 75 Elektrofahrzeugen, versorgt durch 32 Stromstellen, legte die VLOTTE bereits beeindruckende 150.000 km zurück. Unter dem Titel VLOTTE II soll nun, in einer weiteren Ausbauphase, Elektromobilität für noch mehr Menschen im Ländle greifbar werden. „Elektromobilität weckt Begeisterung – dies konnten wir bei über 1000 durchgeführten Testfahrten immer wieder feststellen“, so illwerke vkw-Vorstandsdirektor Dr. Christof Germann. Mittlerweile gehört VLOTTE, gemeinsam mit London und Berlin, zu den größten Modellregionen für Elektromobilität in Europa.  
[www.vlotte.at](http://www.vlotte.at)

### ElectroDrive Salzburg als zweite Modellregion Österreichs

Seit Dezember 2009 hat Österreich neben der VLOTTE noch eine weitere Modellregion für E-Mobilität. Das Projekt „ElectroDrive Salzburg“ zeichnet sich durch ein sehr gut integriertes Mobilitätskonzept und ein beispielhaftes Geschäftsmodell aus.

Das Besondere an ElectroDrive ist, dass Elektromobilität im Abo angeboten wird. Demnächst können in Salzburg auch Elektroautos geleast werden. Der Klima- und Energiefonds förderte diese Maßnahme mit 1,9 Millionen Euro. „Andere warten auf globale Lösungen – in Salzburg sammeln wir bereits seit April 2009 Erfahrungen mit elektrischer Mobilität. Bei uns kann heute schon jeder elektrisch mobil sein“, so Mag. August Hirschbichler, Vorstand der Salzburg AG.

[www.electrodrive-salzburg.at](http://www.electrodrive-salzburg.at)

Foto: APA-OTS / Thomas Preis



Immer richtig tanken mit dem Klima- und Energiefonds.

miert zudem laufend über wichtige Entwicklungen rund ums Thema Elektromobilität. Darüber hinaus arbeiten mittlerweile sechs Expertengruppen mit etwa 90 Expertinnen und Experten an der Vernetzung und Verbreitung von Know-how.

### Technologische Leuchttürme der Elektromobilität

Im Rahmen der zweiten Ausschreibung der „Technologischen Leuchttürme der Elektromobilität“ zielt der Klima- und Energiefonds darauf ab, dringend notwendige und zukunftsweisende Technologien im Bereich der Elektromobilität im Rahmen von großen, kooperativen F&E-Projekten einen Schritt näher zum Markt zu begleiten. Ziel dabei ist es, innovative Technologien in anwendungs- und nutzerorientierten Systemen zusammenzuführen und weiterzuentwickeln. Dabei ist eine enge Verbindung zu anderen Förderprogrammen, insbesondere den Modellregionen für E-Mobilität, durchaus gewünscht. Für die zweite Ausschreibung stehen 7,7 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung.

Foto: Klima- und Energiefonds



Der Klima- und Energiefonds will in Sachen Elektromobilität gezielt die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen stärken. Im Fokus stehen Anwendernutzen, österreichische Wertschöpfung und CO2-Reduktion.

Ingmar Höbarth,  
Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds

### e-connected – Initiative für Elektromobilität und nachhaltige Energieversorgung

Bereits im Frühjahr 2009 zeigte sich die Notwendigkeit, alle maßgeblichen heimischen Player zum Thema Elektromobilität zu vernetzen. Aus diesem Grunde rief der Klima- und Energiefonds im Mai 2009 die Initiative e-connected ins Leben. „Ziel dabei ist, allen potenziellen Marktteilnehmern Information bereitzustellen und so den Erfahrungsaustausch zu erleichtern“, so Christoph Wolfsegger, Programmmanager beim Klima- und Energiefonds. Auf der Online-Plattform [www.e-connected.at](http://www.e-connected.at) können sich alle Akteure der Elektromobilität kostenlos präsentieren und als „e-connectors“ vernetzen. Die Website infor-

### Information

Informationen zu den Förderprogrammen und Einreichunterlagen finden Sie auf der Website des Klima- und Energiefonds  
[www.klimafonds.gv.at/home/foerderguide.htm](http://www.klimafonds.gv.at/home/foerderguide.htm)

Klima- und Energiefonds  
Gumpendorfer Straße 5/22  
1060 Wien  
Tel.: +43(0)1 5850390-29  
Fax: +43(0)1 5850390-11  
[office@klimafonds.gv.at](mailto:office@klimafonds.gv.at)  
[www.klimafonds.gv.at](http://www.klimafonds.gv.at)

Österreich entwickelt Sicherheitslösungen der nächsten Generation

# KIRAS: Bereit zur Hilfe und für den Ernstfall gerüstet

Das österreichische Sicherheitsforschungsprogramm KIRAS beschäftigt sich mit der Entwicklung zahlreicher Maßnahmen zum Thema Sicherheit. Mit modernster Technik soll beim Projekt CaR die Arbeit verschiedener Rettungsorganisationen effizient vernetzt werden. Die Entwickler des Systems DESTRail haben sich zum Ziel gesetzt, ÖBB-Kunstabtulen vor Zerstörung zu schützen. Ein weiteres Projekt widmet sich der Evaluierung von österreichischen Zivilschutzmaßnahmen.

Das österreichische Schienennetz ist darauf ausgelegt, täglich zigtausende Menschen und Güter zu transportieren. Diese Verkehrsinfrastruktur ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Die Auswirkungen von Naturgefahren, Technologieversagen und menschlichem Fehlverhalten gefährden die Infrastruktur und können so zu erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden führen. Störungen können zu Katastrophen führen, welche den Verlust von Menschenleben und erhebliche materielle Schä-

Es wird versucht, Methoden und Algorithmen zu finden, welche sowohl auf terroristische Akte als auch auf die Auswirkungen von Naturgefahren anwendbar sind.

Projekt „DESTRail“

den bedeuten können. Das Projekt DESTRail beschäftigt sich genau mit diesem Thema und will ein Echtzeitschadenserkennungssystem mit automatischer Zugbeeinflussung realisieren. So sollten dann Züge, die sich einer schadhafte Stelle im Strecken-

netz nähern, unverzüglich angehalten werden. Dieses ambitionierte Projekt deckt einen großen Bereich der Sicherheitsforschung ab. Es wird versucht, Methoden und Algorithmen zu finden, welche sowohl für terroristische Akte als auch für Auswirkungen von Naturgefahren anwendbar sind. Große Beinahekatastrophen wie der Schiffsanprall an der Donaubrücke in Krems liefern dafür gute Erfahrungswerte und sind hilfreich für die Bestimmung der Subthemen von DESTRail: Im ersten Schritt werden die Risikozonen für Erdbebenauswirkungen im Schienennetz identifiziert und aufgezeichnet. Dies ermöglicht die Erstellung einer Gefahrenkarte. In Verbindung mit der Auswertung von Erdbebenaufzeichnungen kann binnen Sekunden eine potenzielle Schädigung errechnet und der Zugverkehr gestoppt werden. Ein weiteres Augenmerk liegt auf Eisenbahnbrücken. Wie beim Schiffsanprall in Krems 2005, besteht die Gefahr, dass eine Brücke so weit geschädigt wird, dass der Zug herabstürzen könnte. Durch eine permanent arbeitende Kombination aus Sensoren und Detektoren soll so eine Situation verhindert werden. Zusätzlich soll das DESTRail-System bei terroristischen Akten, deren Auswirkungen anderen Katastrophen ähnlich sind, ebenfalls aktiv werden und mit denselben Detektionsmethoden anwendbar sein. Dazu sind entsprechende grundlegende Forschungs- und Entwicklungsarbeiten notwendig. Das Ergebnis des Projekts soll dann als Grundlage für die Entwicklung eines Prototyps für ein Alarmsystem an ÖBB-Kunstabtulen dienen. Projektpartner sind die Universität für Bodenkultur Wien, Universität Innsbruck, die



Schaut massiv aus, aber im Ernstfall gilt es auch diese Donau-Eisenbahnbrücke in Linz zu sichern; das Projekt DESTRail will ein automatisches Zugstoppsystem für den Gefahrenfall etablieren.



## Volle Fördertöpfe

KIRAS, Österreichs nationales Programm zur Förderung der Sicherheitsforschung, schreibt auch in diesem Jahr Förderungen für sicherheitsrelevante Forschung aus.

- ▶ KIRAS-Programmverantwortung trägt die Stabsstelle für Technologietransfer und Sicherheitsforschung des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie – BMVIT
- ▶ KIRAS-Programmabwicklung und -management wurden der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft – FFG ([www.ffg.at](http://www.ffg.at)) übertragen.

Für das Sicherheitsforschungsprogramm ist eine Gesamtlaufrzeit von 2005 bis 2013 vorgesehen. Das Budget beträgt etwa 110 Millionen Euro. Jährlich sollen etwa zehn bis zwölf Millionen Euro an Fördergeldern ausgeschüttet werden.

### Zielgruppen:

- ▶ Öffentliche (z. B. Gemeinden) und private Bedarfsträger
- ▶ Forschungseinrichtungen (universitär und außeruniversitär)
- ▶ Fachhochschulen
- ▶ Industrie- und Dienstleistungsunternehmen mit Standort oder Forschungsstätte in Österreich.

Es werden nur Projekte gefördert, die einen klaren Österreichbezug aufweisen.

**Sollten auch Sie sich ein spezielles Sicherheitsforschungsprojekt fördern lassen wollen, steht Ihnen die Forschungsförderungsgesellschaft – FFG für Auskünfte, Beratung und Pre-Proposal-Check zur Verfügung.**

[www.kiras.at](http://www.kiras.at)



Beim Projekt „CaR-Connect and Rescue“ geht es darum, ein modernes Rettungskonzept zu erstellen, das eine digital vernetzte Koordination von Einsatzkräften vor Ort ermöglicht.

ÖBB Infrastruktur Bau AG, APLICA Mess- und Prüftechnik GmbH und Arsenal Research. Projektentwickler ist DI Dr. Helmut Wenzel von der VCE Holding GmbH.

## Rettungskonzept Modern

CaR-Connect and Rescue beschäftigt sich mit modernen Rettungskonzepten. Es soll ein Kommunikationssystem entwickelt werden, das die digital vernetzte Koordination von Einsatzkräften vor Ort ermöglicht. So soll der bisherige schmalbandige Audio-Sprechfunk durch moderne IP-Konnektivität mit höherer Bandbreite ersetzt werden. In der ersten Phase werden die Bedrohungspotenziale und Risiken erforscht und daraus eine Anforderungsanalyse unter Einschluss aller technologischen und sozialen Aspekte abgeleitet. Dieses System wird es ermöglichen, dass geografisch verortete Einsatzkräfte – von einer mobilen Leitstelle unterstützt – wesentlich effektiver und sicherer arbeiten können.

Das System „CaR-Connect and Rescue“ wird Sicherheit (Schutz vor Angriffen Außenstehender, Beschränkung der Nutzbarkeit für Einsatzkräfte), Funkitalität (kein aufwendiges System-Setup vor Ort, ausreichend hohe Datenraten), Flexibilität (Schaffung einer universellen System-Schnittstelle) und Mobilität (lange Netzunabhängigkeit und Handhabbarkeit) unter einen

Hut bringen. Geleitet wird die Entwicklung von DI Armin Veitlbauer, Salzburg Research Forschungsgesellschaft mbH, mit Projektpartnern wie Eurofunk Kappacher GmbH, Uni Salzburg, Flexit Group GmbH, Berufsfeuerwehr Salzburg, FH Salzburg und Quantronic GmbH & Co KG.

## Zivilschutz

Das Forschungsprojekt zielt darauf ab, österreichische Zivilschutzmaßnahmen einerseits hinsichtlich Akzeptanz und Zufriedenheit innerhalb der Bevölkerung zu überprüfen bzw. andererseits ExpertInnen bezüglich Status quo und geplanter

Dieses System wird es ermöglichen, dass geografisch verortete Einsatzkräfte – von einer mobilen Leitstelle unterstützt – wesentlich effektiver und sicherer arbeiten können.

Projekt „CaR-Connect and Rescue“

Maßnahmen zu befragen, um die Resultate dieser Erhebungen in die Aus- und Fortbildungsmodule der Zivilschutzschule einfließen lassen zu können. Für die Umsetzung verantwortlich sind das Institut für höhere Studien (IHS) und die Sicherheitsakademie (SIAK). Umfangreiche Erhebungen und Forschungen zum Thema Sicherheit sowie weiterführende Informationen finden Sie im Internet auf der Seite [www.kiras.at](http://www.kiras.at)



Diese Ausgabe unserer BMF-KOMMUNAL-Informationsserie beschäftigt sich mit dem Katastrophenfonds, der zum Schutz vor Naturkatastrophen ins Leben gerufen wurde. Der Katastrophenfonds bietet rasch und unbürokratisch Hilfe, um die Betroffenen bestmöglich unterstützen zu können. Vor allem auch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für unsere Feuerwehren war mir ein besonderes Anliegen. Dieser Artikel soll Ihnen einen umfassenden Überblick über die Leistungen, Maßnahmen und Ziele des Katastrophenfonds geben. Eine interessante und informative Lektüre wünscht Ihnen

Ihr Josef Pröll  
Finanzminister

Katastrophenfonds: Rasche Hilfe bei Existenzgefährdung und beim Wiederaufbau

# Punktgenaue, unbürokratische Hilfe im Fall der Fälle

In Österreich besteht schon allein wegen seiner topografischen Lage die latente Gefahr vor Naturkatastrophen. Die „Förderung der Behebung von Schäden nach Naturkatastrophen im Vermögen physischer und juristischer Personen“ fällt gemäß der Bundesverfassung in die Zuständigkeit der Länder, wonach den Ländern grundsätzlich die Durchführung und Finanzierung der Hilfsmaßnahmen obliegt.

Dr. Eduard Trimmel

Der Bund beteiligt sich jedoch schon seit den verheerenden Lawinenabgängen im Frühjahr 1951 am Wiederaufbau, um die Länder und Gemeinden finanziell zu unterstützen. Der Bund übernahm damals 50 Prozent der finanziellen Hilfe für den Wiederaufbau – heute sind es 30 Prozent der Hilfe bei Privatschäden.

## Der Katastrophenfonds

Angesichts der periodisch wiederkehrenden Naturkatastrophen wurde 1966 der Katastrophenfonds eingerichtet, der bis heute – nach zahlreichen gesetzlichen Veränderungen – besteht. Die Dotierung des Fonds erfolgt



Dr. Eduard Trimmel arbeitet in der Abteilung II/3 – Finanzverfassung und Finanzausgleich im Bundesministerium für Finanzen

aus dem Bundesbudget mit Anteilen des Bundes an der Lohn- und der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer sowie der Kapitalertragsteuer (1,1 Prozent). Für das Jahr 2010 sind 297 Millionen Euro veranschlagt. Zusätzlich zu diesen Mitteln werden vom Bund jährlich weitere zehn Millionen Euro für Schäden an ehemaligen Bundesstraßen bereitgestellt. Nichtverbraachte Mittel werden in einer Höhe von maximal 29 Millionen Euro einer Rücklage zugeführt und im Bedarfsfall für Schäden im Vermögen Privater verwendet (siehe Tabelle rechts, „Aufteilung der Mittel“). Der Fonds unterstützt damit die Finanzierung von Maßnahmen zur Beseitigung von außergewöhnlichen Schäden, die durch

Hochwasser, Erdbeben, Vermurung, Lawinen, Erdbeben, Schneedruck, Orkan, Bergsturz und Hagel eingetreten sind. Hagelschäden an landwirtschaftlichen Kulturen sind, soweit versicherungsfähig, nicht mit eingeschlossen. Gemeinsam mit den Ländern fördert der Katastrophenfonds die Hagel-Versicherungsprämien mit bis zu 50 Prozent.

## Rasche Hilfe bei Privatschäden

Primäres Ziel des Katastrophenfonds ist es, die Bürgerinnen und Bürger bei Naturkatastrophen rasch und unbürokratisch finanziell unterstützen zu können.

Besser als Hilfe im Nachhinein zu leisten ist es jedenfalls, mögliche Schäden durch Katastrophen bereits im Vorfeld bestmöglich zu verhindern. Der Großteil der Mittel (73,27 Prozent) wird daher zur Schadensverhinderung eingesetzt.



Am Beispiel Wildwasser: Schadensprävention ist ein wichtiger Teil des Katastrophenfonds.

nen. Für den Fall, dass die Mittel des Fonds bei außergewöhnlich umfangreichen Schadensereignissen nicht ausreichen sollten, kann die Bundesregierung die Bereitstellung zusätzlicher Mittel beschließen.

Die Abwicklung der Hilfe kann unverzüglich erfolgen: Schadenskommissionen in den Gemeinden stellen den Schaden einer Naturkatastrophe fest und melden diesen an das Land weiter. Die Länder überprüfen die Anträge und beschließen autonom die Höhe der Unterstützung. Anschließend beantragt

das Land die Mittel aus dem Fonds.

Das Vorschusssystem ermöglicht rasche Hilfe für Menschen, die durch eine Naturkatastrophe geschädigt wurden: Das Land kann bereits am Folgetag einer Katastrophe Finanzmittel beim Fonds beantragen, die dann in einem Vorschuss-/Abrechnungssystem frühzeitig an die betroffenen Personen ausgezahlt werden können.

So werden durchschnittlich rund 40 Millionen Euro vom Katastrophenfonds für Privatschäden an die Länder ausbezahlt.

Nach dem extremen Hochwasserereignis 2002 wurden insgesamt sogar 262,5 Millionen Euro zur Beseitigung der Schäden im Vermögen Privater zur Verfügung gestellt, wofür der Fonds entsprechend aufgestockt wurde.

Zur Wiederherstellung nach Schäden an der Infrastruktur von Ländern und Gemeinden werden vom Katastrophenfonds 50 Prozent bereitgestellt. Der Fonds konzentriert sich dabei auf die Kosten zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes.

## Aufteilung der Mittel

(gesetzlich geregelt durch das Katastrophenfondsgesetz 1986)

in Millionen Euro

**Summe 2010:  
297 Mio. Euro**

Privatschäden	4,21 %	12,50
Gemeindeschäden	9,09 %	27,00
Landeschäden	3,31 %	9,83
Bundeschäden	1,23 %	3,65
Einsatzgeräte der Feuerwehren	8,89 %	26,40
Vorsorgemaßnahmen inklusive Zuschuss zur Hagelversicherung und Wasserschutzmaßnahmen	73,27 %	217,62
<b>Rücklage primär für Privatschäden</b>	<b>maximal</b>	<b>29,00</b>

## Leistungen aus dem Katastrophenfonds für den Schutz vor Naturgefahren

in Millionen Euro	2007	2008	2009	2010
Donau und March	27,8	43,8	66,3	55,9
Bundesflüsse	31,6	32,1	31,1	29,7
Interessentengewässer	32,8	32,2	33,1	32,2
Wildbach- und Lawinenverbaug	72,0	78,9	74,0	70,4
<b>Gesamt</b>	<b>164,2</b>	<b>196,0</b>	<b>204,5</b>	<b>188,2</b>

## Vorsorgemaßnahmen zum Schutz vor Naturgefahren

### Ein Kernelement des Katastrophenfonds

Besser als Hilfe im Nachhinein zu leisten ist es jedenfalls, mögliche Schäden durch Katastrophen bereits im Vorfeld bestmöglich zu verhindern. Der Großteil der Fondsmittel (73,27 Prozent) wird daher zur Schadensverhinderung eingesetzt.

### Lawinen- und Hochwasserschutz

Finanziell gesehen ist der Hochwasser- und Lawinenschutz die bedeutendste Aufgabe des Fonds, die für den Hochwasserschutz und die Wildbach- und Lawinenverbaug vor allem durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLUFW) wahrgenommen wird. Der Hochwasserschutz an der Donau und der March fällt in den Zuständigkeitsbereich

des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT).

Mit den Geldern aus dem Katastrophenfonds, mit zusätzlichen Bundesmitteln sowie mit Länder- und Interessentenbeiträgen wird in den Jahren 2007 bis 2016 ein Investitionsvolumen von rund vier Milliarden Euro für den Schutz vor Naturgefahren zur Verfügung gestellt. Dem Ausbau des Hochwasserschutzes an der Donau und der Fertigstellung des Marchdammprojektes kommt derzeit höchste Priorität zu. 2006 wurde zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zum Ausbau des Hochwasserschutzes im Bereich der Donau abgeschlossen. In dieser Vereinbarung wurde die Höhe der förderbaren Kosten mit 420,3 Millionen Euro zu Preisen 2005 festgelegt und geregelt, dass diese zu 50 Prozent vom Bund, zu 30 Prozent vom betroffenen Bundesland und zu 20 Prozent von den antragstellenden Interessenten abzudecken sind. Der Zeitplan sieht vor, dass bis 2016 ein umfassender Hochwasserschutz an der Donau gegeben ist.

Die Sanierung des Marchdammes in Niederösterreich an der Grenze zur Slowakei wird 2012 abgeschlossen sein. Die Kosten dieses Projektes betragen 102 Millionen Euro und werden zur Gänze vom Bund getragen. Für den Hochwasserschutz aller anderen Flüsse und Bäche ist das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) zuständig. Der



Der Katastrophenfonds leistet punktgenaue Hilfe wo Hilfe benötigt wird. Er bietet damit wichtige finanzielle Unterstützung zur Vorbeugung bzw. zur Beseitigung der Folgen von Naturgewalten.

Amtsdirektorin Doris Samuel, Abteilung II/3 BMF – Finanzverfassung und Finanzausgleich



Finanziell gesehen ist der Hochwasser- und Lawinenschutz die bedeutendste Aufgabe des Fonds, die für den Hochwasserschutz und die Wildbach- und Lawinerverbauung vor allem durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLUFW) wahrgenommen wird.

Forsttechnische Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung im BMLFUW arbeitet die Projekte für den Schutz vor Wildbächen, Lawinen und Erosion aus und ist auch für deren Ausführung zuständig. Vorrangige Aufgabe ist die Objektschutzsicherung von Siedlungsräumen durch waldbauliche und technische Maßnahmen.

#### Unterstützung für die Feuerwehren

Auch für die Feuerwehren sind eigentlich die Länder zuständig. Der Bund unterstützt jedoch seit

Ein Kernelement des Katastrophenfonds ist ein umfassendes Vorsorgepaket, um das Risiko von Schäden durch Naturkatastrophen zu minimieren. Unumgänglich ist jedoch in diesem Zusammenhang, dass sich die Raumordnungspolitik in den Gemeinden verantwortungsvoll am Wissen über bestehende Naturgefahren orientiert.



Regierungsrat Karl Gartner, Abteilung II/10 BMF – Budget – Wirtschaft, Landwirtschaft, Verkehr und Infrastruktur

jeder die Ausrüstung der Feuerwehren mit Einsatzgeräten, soweit diese zur Hilfe bei Katastrophen geeignet sind. Diese Hilfe wurde in den vergangenen Jahren konsequent ausgeweitet: Den Feuerwehren werden Mittel aus Katastrophenfonds und Feuerschutzsteuer in Höhe von insgesamt 93 Millionen Euro vor allem zur besseren Investitionsplanung garantiert. Im Jahre 2009 erhielten die Feuerwehren auf diesem Wege rund 9 Millionen Euro mehr, als ihnen nach dem bloßen Steueraufkommen zukommen würde.

#### Schäden im Vermögen der Länder und Gemeinden

Zur Wiederherstellung nach Schäden an der Infrastruktur von Ländern und Gemeinden werden vom Katastrophenfonds 50 Prozent bereitgestellt. Der Fonds konzentriert sich dabei auf die Kosten zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes; allfällige Verbesserungsmaßnahmen werden autonom finanziert.

Mit dem Katastrophenfonds hat das Finanzministerium ein wichtiges Instrument zur Vorsorge vor Naturkatastrophen und zur Bekämpfung ihrer Folgen geschaffen. Die Österreicherinnen und Österreicher, Feuerwehren, Gemeinden und Länder – sie alle können auf die rasche und unbürokratische Unterstützung des Katastrophenfonds bauen.



Jugendliche Wege am „Übergang zum Erwachsenen“ genauer betrachtet

# Weshalb Jugendliche trinken

Trinkende Teenager sind ein Dauerthema in den Medien. Eine Studie hat die Trinkmotive von Jugendlichen wissenschaftlich erforscht und Vorschläge für die Prävention entwickelt.

Trotz oft gegenteiliger Berichterstattung in den Medien ist laut epidemiologischen Untersuchungen kein Ansteigen des Alkoholkonsums bei Jugendlichen zu verzeichnen. Allerdings scheint der Einstieg etwa ein Jahr früher zu erfolgen als noch vor 20 Jahren, und Mädchen



Das Trinkverhalten von Jugendlichen ist vielerorts bereits zum Problem geworden; eine neue Studie gibt dazu Hintergrundinfos.

haben ihren Alkoholkonsum dem der Burschen angeglichen. In der Studie „Jugendliche Alkoholszenen: Kontexte, Trinkmotive, Prävention“ hat eine Arbeitsgruppe des European Centre for Social Welfare Policy and Research und der Studiengänge für Sozialarbeit der Fachhochschule (FH) St. Pölten und der FH Campus Wien unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Irmgard Eisenbach-Stangl das Trinkverhalten von Jugendlichen mit qualitativen Forschungsmethoden untersucht. Die Erhebung wurde in einem großstädtischen

Raum (Wien) sowie in einem kleinstädtischen und ländlichem Raum (NÖ) durchgeführt. Die „jugendlichen Alkoholszenen“ wurden aus unterschiedlichen Perspektiven untersucht.

## Unterschiedliche Milieus

Laut der Studie können „jugendliche Alkoholszenen“ als von den jungen Menschen selbst organisierte „Institutionen des Übergangs von der Kindheit zum Erwachsenen“ verstanden werden, in denen Geschlechterrollen eingeübt und die Annäherung zum anderen Geschlecht erleichtert werden soll. Darüber hinaus wird durch öffentlichen

Alkoholkonsum die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Szene dargestellt. Die Studienautor/innen kommen zu dem Schluss, dass in der überwiegenden Mehrzahl der Szenen der Alkoholkonsum unauffällig bleibt, auch wenn er intensiv ausfallen kann. Auffällige Alkoholszenen finden sich vor allem an Wochenenden im Umfeld von Lokalen und Veranstaltungen, wo alkoholische Getränke billig ausgeben werden. Während in der „Straßenszene“ eher Jugendliche aus unterprivilegierten Milieus anzutreffen sind, sind die Besucher der „Lokalszene“ der Mittelschicht zuzurechnen. Der „privaten Szene“ gehören eher Jugendliche aus privilegierten Milieus an. Die Szenen können allerdings durchlässig sein, und ein „Trinken auf mehreren Bühnen“ ist häufig. In den Straßenszenen wird gegen die Längeweile und gegen soziales Unbehagen „angetrunken“. In den Lokalszenen steht der Alkoholkonsum unter dem Vorzeichen,

dabei sein und dazugehören zu wollen. Bei den privaten Szenen gesellt sich zu diesem Motiv noch jenes der „verdienten Belohnung für Leistung“.

## Präventionsmaßnahmen

Im Rahmen der Studie wurde ein Katalog von Präventionsmaßnahmen entwickelt, der unter anderem enthält:

- ▶ Regeln für den Umgang mit (erwachsenen wie jugendlichen) Berauschten in der Öffentlichkeit auf Bundesebene
- ▶ Regeln für die Abgabe von alkoholischen Getränken auf Bundesebene (Stichworte: Verbot von Billigangeboten, Verbot der Abgabe an Alkoholisierte)
- ▶ Einfache und handhabbare Regeln für den Alkoholkonsum von Jugendlichen in der Öffentlichkeit auf Bundesebene; nicht exkludierender Umgang mit Verstößen; strukturell verankerte Kooperation der Sicherheitsexekutive mit der Jugendarbeit bei der Durchsetzung der Regeln (zu diesem Thema entwickelt das Forschungsteam zur Zeit eine Folgestudie)
- ▶ Gestaltung des Übergangs in den Erwachsenenstatus durch die Jugendpolitik
- ▶ Ausbau von integrierenden Maßnahmen für Jugendliche aus unterprivilegierten Milieus
- ▶ Umfassende und längerfristig wirksame alkoholpräventive Aktivitäten auf Gemeindeebene, in die Jugendliche und Jugendorganisationen eingebunden werden.

## Information

European Centre for Social Welfare Policy and Research  
Univ.-Prof. Dr. Irmgard Eisenbach-Stangl  
Tel.: 01/319 45 05-17  
Referentin beim FGÖ  
Ing. Petra Gajar  
Tel.: 01/895 04 00-12  
petra.gajar@fgoe.org

**Sanfte Mobilität:** „EU Sustainable Energy Week“

## Steirische E-Bikes nehmen Fahrt auf

Um sich für die sogenannte „sanfte“ Mobilität stark zu machen, haben sich Mitte März EU-Kommissare, Abgeordnete zum Europäischen Parlament und steirische Politiker in Brüssel auf steirische Elektrofahrräder geschwungen. Die vom Land Steiermark initiierte Veranstaltung ist der steirische Beitrag zur „EU Sustainable Energy Week“ (EUSEW), die von 22. bis 26. März 2010 in Brüssel stattfand.

Im Sinne der Nachhaltigkeit ging es bei diesem Fahrradrennen nicht darum, wer der Schnellste ist, sondern welches der insgesamt fünf Zweier-Teams die 135 Me-

ter lange Strecke zweimal in möglichst der gleichen Zeit zurücklegen kann. Die Preise – steirisches Kernöl – übergab der ehemalige belgische Profi-Radrennfahrer Roger de Vlaeminck.

Die Elektrofahrräder wurden von der Energie Steiermark AG zur Verfügung gestellt, die den Erwerb von Elektrofahrrädern ebenso fördert wie das Land Steiermark, das seit 2009 den Ankauf von E-Fahrrädern bzw. die Nachrüstung von Fahrrädern mit einem Elektromotor mit 15 Prozent der Investitionssumme (inkl. MwSt.), maximal jedoch mit 250 Euro, unterstützt. Die Fahrräder, die ihre Run-



EU-Spitzen auf steirischen E-Bikes (v. l.): Patrick Lambert, Direktor der Intelligent Energy Executive Agency, die EU-Kommissare Günther Oettinger, Johannes Hahn und Janez Potocnik sowie Landeshauptmann Franz Voves am Start zum Rennen.

den um das EU-Kommissionsgebäude zogen, sind waschechte Steirer und heißen auch so: „Steirerbike“. Produziert werden sie von der „Scherz Bikes GmbH“ im steirischen Wör-

schach. Derzeit produziert die Firma rund 500 Steirerbikes pro Jahr, die vorwiegend für den heimischen Markt bestimmt sind. Mehr auf [www.europa.steiermark.at/e-bike](http://www.europa.steiermark.at/e-bike)

**Beton:** Die Feuerprobe ist bestanden

## Neue EU-Feuerwiderstandsklassen



Foto: VÖB

Beton schützt vor und nach dem Brand.

Am 3. Mai treten die neuen EU-Feuerwiderstandsklassen in Kraft. Der Verband Österreichischer Beton- und Fertigteilwerke (VÖB) hat in Zusammenarbeit mit der MA 39, der Prüf- und Zertifizierungsstelle der Stadt Wien, umfangreiche Tests von Betonprodukten vorgenommen und ist damit auf die neuen Normungsansprüche bestens vorbereitet. [www.voeb.com](http://www.voeb.com)

**Ausschreibung:** „Staatspreis Architektur 2010“

## Einreichungen bis 26. Mai möglich

Das Wirtschaftsministerium hat Anfang April den „Staatspreis Architektur 2010“ ausgeschrieben, der den Bereich Industrie und Gewerbe zum Thema hat. Wirtschaftsminister Mitterlehner: „Durch das schnelle

Wachstum von Industrie- und Gewerbegebieten ist deren architektonische Gestaltung wichtiger denn je.“ Ausschreibungsunterlagen auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums in der Rubrik „Staatspreise“ [www.bmwfj.gv.at](http://www.bmwfj.gv.at)

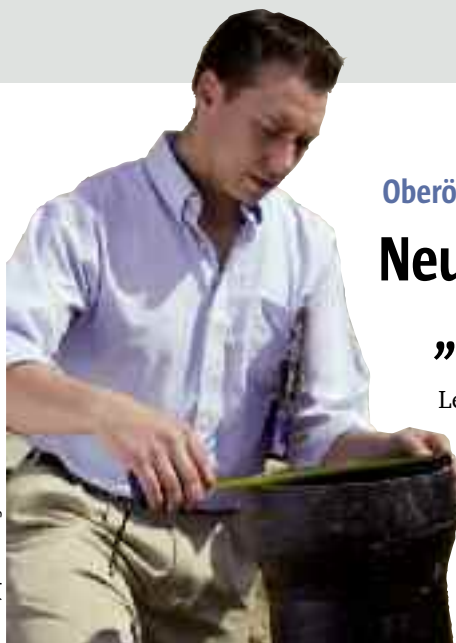
**Dorferneuerungswettbewerb:** Teilnehmer aus elf Ländern

## Europas Dörfer im Wettbewerbsfieber

Der Europäische Dorferneuerungspreis 2010 mit 30 Teilnehmern aus elf Nationen geht in die erste Runde. Das Motto 2010: „Neue Energie für ein starkes Miteinander“. „Der Wettbewerb um den 11. Europäischen Dorferneuerungspreis bietet beispielhafte Aktivitäten und Initiativen zur nachhaltigen Stärkung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume vor den Vorhang und will damit zur Nachahmung anregen“, erklärte der Vor-

sitzende der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung, Niederösterreichs LH Erwin Pröll, St. Pölten, im Bild unten anlässlich der ersten Bewertungssitzung, die im März in Donnerskirchen, Burgenland, stattfand. Die Entscheidung fällt Anfang Juli 2010, die Preisverleihung erfolgt am 24. September 2010 in Sand in Taufers, Südtirol, der Siegergemeinde des Wettbewerbs 2008.





**Oberösterreich:** Neuer Beruf kann Gemeinden helfen

## Neuer kommunaler Lehrberuf „Abwasser-Techniker“

Seitens des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft gibt es bereits einen Entwurf sowohl für ein Berufsbild „Abwasser-Techniker“ als auch für eine Prüfungsordnung.

Die „Interessenvertretung der Bediensteten für Abwasser-Reinigungsanlagen“ („IBAR“, [www.ibar.at](http://www.ibar.at)) bemüht sich schon einige Jahre um eine „offizielle Anerkennung“ ihres Berufs als

Lehrberuf. Seitens der Wirtschaft wurde nun bestätigt, dass die für die Ausübung dieses Berufes nötigen bzw. sinnvollen Fertigkeiten und Kenntnisse tatsächlich durchaus geeignet wären, dafür einen eigenen Lehrberuf „Abwasser-

Techniker“ einzurichten. Seitens des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft gibt es bereits einen Entwurf sowohl für ein Berufsbild als auch für eine Prüfungsordnung.

Eine formelle Einreichung dieses Entwurfs beim BMWFJ bzw. BuBAB (Bundes-Berufsausschuss) hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn nachvollziehbar dargelegt werden kann, dass jährlich – zumindest – die für die Führung einer (aufsteigenden) Berufsschul-Fachklasse notwendige Zahl von Lehrlingen sichergestellt erscheint. Der Oberösterreichische Gemeindebund hält eine solche Ausbildung und spätere Beschäftigung eigener Spezialisten für sinnvoll und begrüßt die Einrichtung dieses Lehrberufes.

**Weltwassertag**

## Wasser-Webportal [wasserwerk.at](http://wasserwerk.at)

Zeitgleich mit dem Weltwassertag präsentiert die ÖVGW (Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach) das neu gestaltete Web-Portal [www.wasserwerk.at](http://www.wasserwerk.at). Hier finden sich alle wesentlichen Informationen rund um Österreichs Trinkwasserversorgung und Trinkwasserqualität. Zugleich finden sich Informationen zu rund 40 Wasserwerken aus allen Bundesländern. Branchenvertreter der ÖVGW rief die Homepage ins Leben, um Österreichs herausragende Versorgung mit kristallklarem Trinkwasser darzustellen und das Bewusstsein dafür zu schärfen.

**Güterwege:** Wegeprojekt wurde ins europäische ELER-Programm aufgenommen

## Güterweg „Oberbildein-Riedwege“

In südburgenländischen Bildein wurde der Güterweg „Oberbildein-Riedwege“ in das Förderungsprojekt ELER aufgenommen. Das Projekt sieht eine Ausbaustrecke von 4580 lfm und Gesamtkosten von 115.000 Euro in einer Bauzeit von drei Jahren vor. Geplanter Fertigstellungstermin ist 2011.

Das ELER (Europäischer

Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) der Europäischen Union trägt zu einer besseren Infrastruktur des ländlichen Raumes bei. Die Finanzierung der Baukosten übernehmen zu 50 Prozent die neu gegründete Wegbaugemeinschaft mit 57.500 Euro, 37,5 Prozent (43.125 Euro) werden aus EU-Mitteln bezahlt,

7,5 Prozent (8625 Euro) von Bundesmitteln und fünf Prozent (5750 Euro) aus Landesmitteln.

Neben dem Neuausbau der Florianigasse ist dieses Projekt das größte Straßenprojekt der vergangenen drei Jahre.

In diesem Jahr soll auch der Güterweg in Richtung Pornóapáti (Pernau) saniert werden.



Ökon.-Rat Ludwig Schrammel, LAbg. Bgm. Walter Temmel, LR Werner Falb-Meixner, Güterwege-Obmann Ing. Gerhard Müllner, DI Alfred Thurner, Otmar Ulreich und KR Manfred Lendl.

**Umweltechnologie:** Österreichs Konow-how in Kanada

## Voller Erfolg für Exportinitiative

Die vor ein paar Jahren ins Leben gerufene „Exportinitiative Umwelttechnologie“ hat sich zu einer sehr erfolgreichen österreichischen Marke etabliert, mit der Aktivitäten gebündelt und Synergien geschaffen werden. Zuletzt führte die „Tour“ Ende März nach Vancouver, Kanada.

Umweltminister Niki Berlakovich übergab dabei das olympische Österreich-Haus (Passivhaus) in Kanada zur Nachnutzung an die Gemeinde Whistler. Kein Land hat die Passivhaus-Bautechnik so perfektioniert und nirgendwo hat sich dieser Haustyp bereits so durchgesetzt wie in Österreich. Mehr auf [www.lebensministerium.at](http://www.lebensministerium.at)

**AWV Neunkirchen:** Startschuss für die Biotonne

## Abhol-Service startet im Dezember

Die Verbandsversammlung des Abfallwirtschaftsverbandes Neunkirchen hat Ende März den Startschuss für die Einführung der Biotonne in allen 44 Verbandsgemeinden des Bezirks Neunkirchen (NÖ) gegeben: Der Ankauf von bis zu 40.000 Sammelbehältern um bis zu 600.000 Euro wird europa-

weit ausgeschrieben, Anfang Dezember wird die getrennte Biomüll-Sammlung beginnen. „Mit der Biotonne können wir den BürgerInnen im Bezirk einen einzigartigen Komfortgewinn bieten“, erklärte Obmann Bgm. Karl Stangl (Scheiblingkirchen) dazu. Mehr auf <http://neunkirchen.abfallverband.at>

Die Gemeindemilliarde: Mehr Energieeffizienz für jede Gemeinde ist das Ziel

# In ein paar einfachen Schritten zur Energiespargemeinde

In Zeiten knapper Kassen ist jede Art Einsparpotenzial willkommen. KOMMUNAL sprach mit BAWAG P.S.K.-Vorstandsdirektorin Regina Prehofer und Energy Globe-Präsident Wolfgang Neumann über eine maßgeschneiderte Gemeinde-Initiative.



Der Autor im Gespräch mit BAWAG-Vorstandsdirektorin Regina Prehofer und Wolfgang Neumann, Präsident der Energy Globe Foundation (von rechts), über Details zur „Energiespargemeinde“.

Mag. Hans Braun

Seit dem Start der Sanier-Prämie am Höhepunkt der Wirtschaftskrise vergangenen Jahres geht eine Welle von Prämien und Förderungen für Private und Gemeinden durchs Land. Sie alle haben zum Ziel, die heimische Wirtschaft – und naturgemäß damit auch die Gemeinden – zu stärken. Der jüngste Vorstoß der „BAWAG P.S.K.-Gemeindemilliarde“, so Vorstandsdirektorin Regina Prehofer, geht auch in diese Richtung. Durch die Kooperation mit dem Gemeindebund und der Energy Globe Foundation wendet sich das

Projekt aber in dieser Phase dezidiert an Gemeinden. Der Grund liegt in drei bestehend einfachen Fakten: Als Punkt eins, wie Prehofer ausführt, „haben die Gemeinden großen Investitionsbedarf – und damit auch Finanzierungsbedarf – im Bereich der Daseinsvorsorge. Sprich Kindergärten, Volksschulen, Pflegeeinrichtungen und öffentliche Bauten aus den 60er- und 70er-Jahren müssen langsam saniert werden.“

Zweitens sind die Gemeinden bekanntermaßen die Hauptauftraggeber für regionale KMU und sie verhindern mit diesen Investitionen den Abbau von Arbeitskräften und fördern die regionale Entwicklung. Und drittens ist mehr Energieeffizienz heutzutage ein Ziel für jede Gemeinde.

Diese Gedanken waren im Sommer 2009 auch mit ausschlaggebend für die BAWAG-Gemeindemilliarde und die Aktion „Sanier mein Haus“ (KOMMUNAL berichtete in der Ausgabe 12/2009 ausführlich).

Das Ziel ist breit gefächert, wie Regina Prehofer ausführt: „Die

Aktion soll mehr Energieeffizienz für die Gemeinden und deren Bürger bringen. Daraus ergeben sich Vorteile für die lokale Wirtschaft, die KMU. Und daraus ergibt sich wieder mehr Lebensqualität für die Bürger.“

Das Projekt Onlinecheck Energiespargemeinde besteht dabei aus vier Phasen, die durch ein übergreifendes Kommunikationskonzept unterstützt werden.

## Die Energiespargemeinde

Wie Prehofer und Wolfgang Neumann, Präsident der Energy Globe Foundation, dann im Detail ausführen, ist das wichtigste Instrument auf dem Weg zur Energiespargemeinde ein umfassendes Energiekonzept. Dazu wurde ein Onlinecheck entwickelt, der Schritt für Schritt die Gemeinde analysiert und die optimalen Maßnahmen zu finden hilft. „Als erster Schritt muss ein Gemeinderatsbeschluss der Bildung einer Arbeitsgruppe ‚Energiespargemeinde‘ vorangehen. Dann folgt die unbedingt wichtige Bewusstseinsbildung mit ausführlicher



Vor allem kommunale Kindergärten, Volksschulen, Pflegeeinrichtungen und öffentliche Bauten aus den 60er- und 70er-Jahren müssen langsam saniert werden.

Regina Prehofer, Vorstandsdirektorin der BAWAG P.S.K.



Die Aktion soll mehr Energieeffizienz bringen. Daraus ergeben sich Vorteile für die KMU. Und daraus ergibt sich wieder mehr Lebensqualität für die Bürger.

Regina Prehofer über die Hintergründe der Aktion

Information an Bevölkerung, um die Bürger und Betriebe zur Teilnahme zu motivieren. Checklisten und Unterlagen gibt es auf dem Internetportal zur „Energiespargemeinde“, so Neumann. „Der Vorteil am Onlinecheck: Die Bürger und die Betriebe sehen sofort ihr Einsparungspotenzial, die Gemeinde erhält einen Bericht über ihre Ist-Energiesituation.“ Auf dem Energy Globe-Portal findet sich neben jeder Menge Checklisten auf eine Übersicht über die Förderungen, die eine Gemeinde in Anspruch nehmen kann, als da sind Informationen über Bedingungen, Förderhöhen und die zu beachtenden Richtlinien sowie die Links zu den jeweiligen Förderstellen der Bundesländer.

Der Vorteil am Onlinecheck: Die Bürger und die Betriebe sehen sofort ihr Einsparungspotenzial, die Gemeinde erhält einen Bericht über ihre Ist-Energiesituation.

Wolfgang Neumann,  
Präsident der Energy Globe  
Foundation



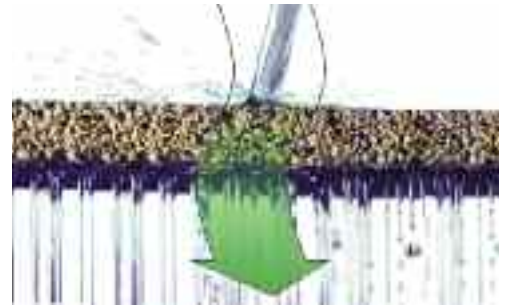
Da der Online-Energie-Check nicht gratis ist (die Kosten für die Gemeinden betragen 2700 Euro), schießt die BAWAG P.S.K. pro Gemeinden 500 Euro bei. Mehr Infos auf [www.energiespargemeinde.at](http://www.energiespargemeinde.at) oder [www.bawagpsk.com](http://www.bawagpsk.com)

Für umweltfreundliche Gemeinden

## Befestigen ohne zu versiegeln!

TerraWay ist eine neue umweltfreundliche Alternative, um Plätze, Wege und Flächen in Gemeinden zu befestigen.

Denn TerraWay ist ein wasserdurchlässiger, atmungsaktiver und gleichzeitig fester Bodenbelag aus Edelsplitten und Kiesen, der die Erde aufatmen lässt. Viele Farben und Formen lassen sich gestalten, und angenehmer als herkömmliche Betonflächen fühlt sich ein TerraWay-Belag auch noch an. Weiters bestehend: seine Langlebigkeit, Belastbarkeit, Witterungsbeständigkeit und Fähigkeit, Schall- und Feinstaub zu schlucken.



Das Regenwasser fließt durch einen TerraWay-Belag einfach durch und die Erde darunter kann aufatmen.

### Information

Steinbauer Development  
GmbH  
Favoritenstraße 50  
1040 Wien  
Tel.: 01/505 80 11  
E-Mail: [terraway@steinbauer.co.at](mailto:terraway@steinbauer.co.at)  
Web: [www.terraway.at](http://www.terraway.at)

E.F.

**WIR UNTERSTÜTZEN  
ÖSTERREICHS GEMEINDEN.  
UND SIE PROFITIEREN DAVON.**

**UNTERNEHMEN  
ÖSTERREICH**  
EINE INITIATIVE DER BAWAG P.S.K.

Kommunalleasing  
Infos unter:  
0810 20 52 51  
[www.kleasing.at](http://www.kleasing.at)

**BAWAG  
PSK  
Leasing**



Ausgliederungen, PPPs, Forderungsankäufe, Contractings ...

# Alternative Finanzierungsmodelle für Gemeinden



Direkte Darlehen an Gemeinden sind die gängigste Finanzierungsform bei der öffentlichen Finanzierung von kommunalen Projekten; dies liegt vor allem an den günstigen Finanzierungsbedingungen für direkte Kommunaldarlehen. Grund dafür ist die tendenziell gute Bonität der Gemeinden, die die Folgekosten für Banken niedrig hält. Neben den direkten Darlehen existiert noch eine Reihe weiterer alternativer Finanzierungsmodelle beziehungsweise Rechtskonstruktionen, mit denen sich dieser Beitrag – neben weiteren Finanzierungsalternativen (Contracting, Forderungsankauf) – beschäftigt.

Prof. Dietmar Pilz

### Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit

Als alternative Finanzierungsform für kommunale Projekte und Aktivitäten (insbesondere für Investitionen in der Daseinsvorsorge und bei Immobilien für Mietzwecke) bietet sich die – rechnerische – Umgliederung in einen Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit an; unter der Voraussetzung, dass die nachstehenden drei Kriterien gemäß ESVG 95 erfüllt werden:

- ▶ Der Betrieb als institutionelle Einheit hat die Entscheidungsfreiheit bezüglich der Ausübung seiner Tätigkeit.
- ▶ Der Betrieb hat eine vollständige Rechnungsführung zu erbringen, die in den Abschnitten „85 bis 89“ gemäß VRV vorzunehmen ist.
- ▶ Eine weitere Voraussetzung ist die 50-Prozent-Regel, das heißt, die Produktionskosten müssen zu 50 Prozent durch Einnahmen gedeckt sein.

### Ausgliederungen

Bei Investitionen in Gemeindefinanzimmobilien empfiehlt es sich, immer objektsbezogen zu prüfen, ob diese Tätigkeiten nicht in eine Kapital- oder Personengesellschaft (Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder Kommanditgesellschaft) auszugliedern wären, insbesondere dann, wenn es dabei um die Errichtung oder Sanierung von Immobilienprojekten geht, die über-

Eine Voraussetzung für einen Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit ist die 50-Prozent-Regel, das heißt, die Produktionskosten müssen zu 50 Prozent durch Einnahmen gedeckt sein.

wiegend der Hoheit dienen (zum Beispiel Amtsgebäude, Schule, Bauhof etc.).

Die Rechtskonstruktion einer Ausgliederung entspricht im Wesentlichen übrigens der nachfolgend beschriebenen Leasingvariante. In beiden Fällen errichtet ein Dritter (Gemeindegemeinschaft oder Leasingunternehmen) ein Gemeindeobjekt und vermietet dieses an die Gemeinde.

### Leasing

Bei Leasingmodellen unterscheidet man zwischen Finanzierungs- und Operating-Leasing. Unter Finanzierungsleasing ist die mittel- bis langfristige Finanzierung eines Leasinggegenstandes durch eine Leasinggesellschaft (oder durch eine Bank) zu verstehen. Dabei erhält der Leasingnehmer den Leasinggegenstand vom Leasinggeber gegen Entgelt über die vereinbarte Vertragslaufzeit. Eigentümer des Leasinggegenstandes bleibt der Leasinggeber; das Investitionsrisiko trägt jedoch der Leasingnehmer – etwa das Risiko des zufälligen Untergangs oder einer zufälligen Beschädigung des Leasinggegenstandes. Aufgrund dieser Tatsache, dass nämlich der Leasingnehmer den Großteil der mit dem Leasingge-

genstand verbundenen Risiken zu tragen hat, ist beim Finanzierungsleasing der Leasinggegenstand in das Vermögen (in die Bilanz oder das Vermögensverzeichnis) des Leasingnehmers aufzunehmen. Für Gemeinden bedeutet das, dass ein Finanzierungsleasing zur Gänze sowohl Maastricht-Defizit als auch Maastricht-Schuldenstand beeinflusst.

Beim Operating-Leasing trägt hingegen der Leasinggeber den Großteil der mit dem Leasinggegenstand verbundenen Risiken (etwa das Risiko des zufälligen Untergangs, der Wertminderung aufgrund technischer Überalterung etc.). In der Regel übernimmt der Leasinggeber auch die laufende Wartung des Leasingobjektes. Anders als beim Finanzierungsleasing ist beim Operating-Leasing zudem in der Regel keine bestimmte Vertragslaufzeit vereinbart, d. h. es wird ein kündbarer Leasingvertrag abgeschlossen, der nicht vorsieht, dass der einzelne Leasingnehmer während der Vertragslaufzeit mit dem entrichteten Leasingentgelt die Anschaffungskosten des Leasinggegenstandes zur Gänze deckt. Da der Großteil der mit dem Leasinggegenstand verbundenen Risiken vom Leasinggeber zu tragen ist, ist der Leasinggegenstand in die Bilanz des Leasinggebers aufzunehmen. Für Gemeinden bedeutet das, dass das Maastricht-Defizit lediglich im Ausmaß der entrichteten Leasingraten beeinflusst wird.

### PPP-Modelle

PPP-Modelle gewinnen in Europa vor allem in Form von Verfügbarkeitsmodellen zunehmend an Bedeutung und sind weniger als alternative Finanzierungsform, sondern vielmehr als alternative Beschaffungsvariante von öffentlicher Infrastruktur zu verstehen. Anders als bei der konventionellen Beschaffung von Infrastruktur (Eigenrealisierung) werden bei PPP-Modellen Infrastrukturdienstleistungen (zum Beispiel die Verfügbarkeit einer Straße) erworben. Die öffentliche Hand bezahlt dafür ein periodisch anfallendes Verfügbarkeitsentgelt, das auf Basis



Prof. Dietmar Pilz ist Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes



der tatsächlichen Verfügbarkeit der Infrastruktureinheit zu entrichten ist. PPP-Modelle zielen darauf ab, mit der Infrastruktur verbundene Risiken (Baukosten- oder Bauzeitüberschreitungen, Erhaltungskostenüberschreitungen und ähnliches) auf private Partner zu übertragen sowie die gesamten Lebenszykluskosten einer Infrastruktureinheit (Planung, Bau, Betrieb, Verwertung) zu minimieren. Der private Partner ist nicht nur für die Errichtung der Infrastruktur, sondern auch für deren Planung, Finanzierung, Betrieb und gegebenenfalls auch für deren Verwertung verantwortlich. Die mit der Infrastruktureinheit verbundenen Risiken werden dabei auf jenen Partner übertragen, der das jeweilige Risiko am besten handhaben kann.

So ist es beispielsweise gut nachvollziehbar, dass ein Bauunternehmen neben dem Baukostenrisiko auch das Erhaltungskosten- oder das Verfügbarkeitsrisiko der Infrastruktureinheit (etwa einer Straße) aufgrund seiner Erfahrungswerte besser bewerten und handhaben kann als ein öffentlicher Partner, der auf diesem Gebiet im Allgemeinen über wenig Erfahrung verfügt. Dadurch ist der private Partner auch in der Lage, diese Risiken zu günstigen Konditionen zu übernehmen und die Lebenszykluskosten entsprechend zu minimieren. Für die öffentliche Hand ergibt sich dadurch der Vorteil der Planungssicherheit; sie bezahlt nur ein periodisch anfallendes Verfügbarkeitsentgelt. PPP-Modelle werden vielfach projektfinanziert, d. h. sie basieren ausschließlich auf projektbezogenen Finanzmittelflüssen. Aufgrund der höheren Transaktionskosten

PPP-Modelle gewinnen in Europa vor allem in Form von Verfügbarkeitsmodellen zunehmend an Bedeutung und sind weniger als alternative Finanzierungsform, sondern vielmehr als alternative Beschaffungsvariante von öffentlicher Infrastruktur zu verstehen.

(Kosten für rechtliche und wirtschaftliche Beratung, höhere Finanzierungskosten) stellen sie erst ab einem Mindestvolumen von 10 bis 20 Millionen Euro eine sinnvolle Alternative für Gemeinden dar.

### Forderungsankauf

Forderungsankäufe fußen auf der guten Bonität der öffentlichen Hand. Forderungen gegen Gebietskörperschaften sind daher für Finanzinstitute wertvolle, bonitätsstarke Assets, die für die Banken geringere Risikokosten mit sich bringen. Grundlage für einen Forderungskauf können sowohl Forderungen aus langfristigen als auch aus kurz-

Nicht zuletzt sinkende Ertragsanteile als Folge des Wirtschaftsabschwungs ergaben bei gleichzeitig steigendem Ausgabendruck die Notwendigkeit, bei großen Bauvorhaben aus den vorhandenen Möglichkeiten die jeweils optimale Finanzierungsvariante beziehungsweise Rechtskonstruktion zu wählen.

fristigen Verträgen mit der öffentlichen Hand sein. Die finanzierende Bank kauft dabei die mit einem Einredeverzicht seitens der öffentlichen Hand versehenen Forderungen an und zahlt ihren Barwert an den Forderungsverkäufer aus. Aufgrund des Einredeverzichts kann die finanzierende Bank Finanzierungsbedingungen anbieten, die nahe an jenen für ein direktes Kommunaldarlehen liegen.

### Contracting

Während bei den klassischen Finanzierungsformen wie Darlehen und Leasing die Finanzierungsverträge zwischen zwei Vertragspartnern abgeschlossen werden, kommt bei Contracting-Modellen ein Dritter – der sogenannte Contractor – hinzu. Dieser schließt beispielsweise mit einer Gemeinde eine Vereinbarung über die Erbringung einer bestimmten Leistung (etwa die Umsetzung von Energiesparmaßnahmen) und andererseits mit einer Bank einen Vertrag zur Finanzierung aller erforderlichen

Investitionen ab. Die häufigsten Contracting-Modelle sind das Anlagencontracting und das Einsparcontracting.

Beim Anlagencontracting, zum Beispiel bei Projekten der Wärmeversorgung, übernehmen private Partner die Wärmelieferung für ein gesamtes Gemeindegebäude (etwa einen Kindergarten). Sowohl die Investitionskosten als auch die Betriebskosten werden von den privaten Partnern getragen. Im Gegenzug hat der Contracting-Kunde zumeist eine Anschlussgebühr und ein laufendes Leistungsentgelt sowie ein Mengentgelt für die tatsächlich abgenommene Energie zu entrichten.

Beim Einsparcontracting zielt man hingegen auf das Energieeinsparpotenzial ab. Ein technischer Experte evaluiert dabei das mögliche Energieeinsparpotenzial einer Immobilie (zum Beispiel einer Schule) und berechnet in der Folge eine garantierte jährliche Energieeinsparung über eine vereinbarte Laufzeit. Die mit dem Einsparcontracting-Modell verbundenen Investitionskosten werden von einer Bank finanziert, während die Gemeinde während der vereinbarten Vertragsdauer eine monatliche Rate zu bezahlen hat. Die Refinanzierung der Investitionskosten sowie etwaiger sonstiger Dienstleistungen erfolgt aus den garantierten Energiekosteneinsparungen.

### Schlussbemerkung

Mit einem Investitionsvolumen von 2079 Millionen Euro (ohne Wien) sind die Gemeinden auch im Jahr 2008 der größte öffentliche Investor. Da der nicht durch Transfers (Bedarfszuweisungen etc.) bedeckte Investitionsaufwand am Kapitalmarkt aufzubringen ist, ergibt sich nicht zuletzt durch sinkende Ertragsanteile als Folge des Wirtschaftsabschwungs bei gleichzeitig steigendem Ausgabendruck die Notwendigkeit, bei allen großen Bauvorhaben aus den vorhandenen Möglichkeiten die jeweils optimale Finanzierungsvariante beziehungsweise Rechtskonstruktion zu wählen.

IMMORENT finanziert Straßenmeisterei für das Land Niederösterreich

# Maßgeschneiderte Lösungen für die öffentliche Hand

Aufgrund besonders attraktiver Finanzierungsbedingungen konnte sich die IMMORENT in einem offenen Ausschreibungsverfahren durchsetzen und erhielt somit den Zuschlag für die Leasingfinanzierung der neuen Straßenmeisterei am Standort Sierndorf.



Die neue Straßenmeisterei in Sierndorf setzt mit modernster Ausstattung und energieeffizienter Bauweise neue Maßstäbe.

Um optimale Fahrbedingungen auf Österreichs Straßen zu gewährleisten, sind allein in Niederösterreich tagtäglich 59 Straßenmeistereien im Einsatz. Diese sorgen für die Instandhaltung der Fahrbahn, den Straßenausbau, Winterdienst, Grünflächenpflege, Verwaltung der Straßenanlagen, Streckendienst und nicht zuletzt für die Straßensicherheit. Um diese Serviceleistungen sicherstellen zu können, wurde das Netz an Straßenmeistereien optimal ausgebaut. Die bestehenden Standorte werden laufend adaptiert, um den heutigen Ansprüchen gerecht zu werden.

Wie die öffentliche Hand derartige Investitionen auch in wirtschaftlich turbulenten Zeiten realisieren kann, zeigt das aktuelle Beispiel der Straßenmeisterei in Sierndorf.

## Sichere und flexible Finanzierungen...

Um das flächendeckende Netz an Straßenmeistereien weiterhin zu gewährleisten, plante das Land Niederösterreich den Neubau einer entsprechenden Anlage im Bezirk Korneuburg. Auf der Suche nach dem günstigsten Finanzierungsangebot für die anstehende Investition schrieb das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung einen Wettbewerb aus. Mit einer kostensparenden und flexiblen Leasing-Lösung ging die IMMORENT als Sieger der Ausschreibung hervor. Der Immobilien- und Leasing-spezialist wurde mit der Finanzierung der Gebäude sowie der gesamten Einrichtung beauftragt und übernimmt zusätzlich die baukaufmännische Abwicklung.

## ... für eine nachhaltig erfolgreiche Zukunft

Bei der Realisierung der neuen Straßenmeisterei stehen Qualität, Effizienz und Nachhaltigkeit im Vordergrund. Nach einem Entwurf des Architekturbüros Zieser entsteht auf einem 15.000 Quadratmeter großen Grundstück ein Verwaltungsgelände mit Büro- und Sozialräumen in Niedrigstenergiebauweise sowie ein allen Anforderungen entsprechender Werkstättenbereich. Als erster Standort des niederösterreichischen Straßendienstes wird dieser fast vollständig in Holzbauweise errichtet. Und auch in weiteren Aspekten wurde auf Nachhaltigkeit gesetzt: so werden alle konditionierten Gebäudeteile über eine Hackschnitzelheizung beheizt, während die Warmwasseraufbereitung durch eine Solaranlage erfolgen wird. Eine Nutzwasserzisterne ermöglicht die Nutzung des Regenwassers für die Soleherstellung.

Rechtzeitig für den Winterdienst 2010/2011 soll die neue Straßenmeisterei in Betrieb genommen werden. 47 Mitarbeiter werden von dem neuen Standort aus in sechs Gemeinden und 36 Katastralgemeinden auf einem 224 Kilometer langen Landesstraßennetz für Sicherheit sorgen.

## Information

IMMORENT AG  
Mag. Brigitte Bruckmüller  
Tel.: 05 0100-27261  
E-Mail:  
[brigitte.bruckmueller@immorent.at](mailto:brigitte.bruckmueller@immorent.at)  
[www.immorent.at](http://www.immorent.at)

## Ganzheitliche Lösungen bei Bauen und Sanieren zahlen sich aus

# Energie sparen – Budget entlasten

Ob Schule, Kindergarten oder Amtshaus: Investitionen in öffentliche Gebäude sind oft auch in schwierigen Zeiten unumgänglich. Doch besonders die Kosten für Energie und Wärme in Gebäuden sind es, die jährlich das Budget schwer belasten. Es lohnt sich also, das Thema Energieeffizienz bei kommunalen Immobilienprojekten in den Vordergrund zu stellen.



Energieeffizient Sanieren mit Raiffeisen-Leasing.

### Viele Vorteile

Das Produkt Energieeffizientes Bauen und Sanieren (EEBS) von Raiffeisen-Leasing bietet hierfür innovative Ansätze, um nachhaltig Budget und Umwelt zu schonen. So stellt eine Energieeinspar- bzw. -verbrauchsgarantie eine gerin-

ge Kostenbelastung beim Gebäudebetrieb sicher. Zu Baubeginn fixierte Errichtungskosten helfen, Investitionen planbar zu machen und böse Überraschungen durch versteckte Kostentreiber zu vermeiden. Auch setzt EEBS besonders auf die Einbindung ortsansässiger

Betriebe, nicht nur um eine regionale Wertschöpfung zu erhalten, sondern auch um bestehendes Know-how bestmöglich in ein Projekt einzubringen. Eine speziell auf die Bedürfnisse der Gemeinde optimierte Finanzierung, unter Einbindung möglicher För-

derungen, vervollständigt das Paket. Ein Musterbeispiel für EEBS ist die Sanierung der Volks- und Musikschule Laa an der Thaya. Durch die garantierte Energieeinsparung von 228 280 kWh pro Jahr halbierten sich die Heizkosten der Schule und entlasten so laufend den Haushalt. Der Erfolg dieses und vieler weiterer Projekte zeigt, dass Umwelt- und Kostenbewusstsein auch in schwierigen Zeiten eine Lösung zur Umsetzung kommunaler Bauvorhaben bieten kann.

### Information

Raiffeisen-Leasing GmbH  
Tel.: 01/ 71601 / 8036  
[www.raiffeisen-leasing.at](http://www.raiffeisen-leasing.at)

E.F.



INVESTMENTBANK AG

[www.hypoinvest.at](http://www.hypoinvest.at)

# Für alle Gemeinden, die von ihrer Bank mit Sicherheit mehr erwarten

Hohe Sicherheit. Eine Qualität, auf die Sie sich verlassen können. Gerade in Zeiten wie diesen. Und das seit nicht weniger als 120 Jahren in Niederösterreich und Wien. Exzellente Beratung ist der Anspruch des NÖ HYPO Investmentbank-Konzerns - und ein Unternehmenswert, auf den Sie bauen können.

Das Mutterinstitut, die HYPO Investmentbank, sowie NÖ HYPO Leasing und NÖ Real-Consult sind die Spezialisten für **Großkunden auf Landes- und Gemeindeebene**.

Weiters bietet die Finanzgruppe mit ihrer Tochterbank

HYPO Landesbank für Niederösterreich und Wien eine kompetente Universalbank mit 28 Filialen für **Private, Freiberufler sowie Klein- und Mittelbetriebe**.

Rechnen Sie mit uns, wenn es um maßgeschneiderte Finanzierungs-konzepte für kommunale Projekte geht, verlassen Sie sich auf Profis, wenn es um zukunfts-sichere Veranlagungsstrategien für Kommunen und Institutionen geht. Lösungskompetenz aus einer erfahrenen Hand. Nicht nur die öffentliche Hand ist hier finanziell in besten Händen.



Überzeugen Sie sich - am besten in einem persönlichen Gespräch: telefonisch unter +43 2742 4920-1250 oder per E-Mail an: [johannes.kern@hypoinvest.at](mailto:johannes.kern@hypoinvest.at)

KOMMUNAL-Interview mit Wolfgang Figl, Bank Austria

# Die Gemeinde als Kreditnehmer ist besser als jede Sicherheit

Als einzige österreichische Universalbank beschäftigt sich in der Bank Austria ein eigener direkt unter dem Vorstand angesiedelter Bereich mit dem Thema Öffentliche Hand. Der Leiter dieser Abteilung, Wolfgang Figl, sprach im KOMMUNAL-Interview über die Bedeutung des Geschäfts mit den Gemeinden und die Beratungsoffensive der Bank Austria.

## Was macht Gemeinden in Zeiten der Krise für Banken interessant?

**Figl:** Für uns waren die Gemeinden immer interessant! Und wir sind ja schon lange im kommunalen Finanzierungsmarkt tätig. Aber sicher, das Geschäft ist nach wie vor relativ risikolos und Ausleihungen an Gebietskörperschaften sind noch immer mit null Prozent Eigenkapital zu unterlegen, was gerade in Zeiten strengerer Eigenmittelvorschriften interessant ist. Außerdem sind Ausleihungen an die öffentliche Hand deckungsstockfähig, d. h. ich kann einen Kredit, den ich als Bank an eine Gemeinde vergebe, in einen

Pfandbriefdeckungsstock einbringen und mir so eine günstige Refinanzierung besorgen.

## In den letzten Jahren haben Banken den Gemeinden vielfach hochspekulative Produkte angeboten. Was hat man angesichts der Krise daraus gelernt?

Es stimmt, dass in Gemeinden punktuell Risiken eingegangen wurden, und man hat damit ja auch eine Zeit lang ganz gut verdient. Österreichweit betrachtet hat dieses Thema aber eine regional sehr unterschiedliche Gewichtung, wobei der Osten des Landes stärker betroffen war. Wir selbst hatten eine

Handvoll Fälle, in denen es Probleme mit „alten“ Derivatgeschäften gab, konnten aber in allen Fällen eine Lösung mit unseren Kunden finden. Laut unserer aktuellen Treasury-Policy, die schon seit einigen Jahren in Kraft ist und nicht erst unter dem Eindruck der Finanzkrise entstanden ist, ist der öffentliche Sektor nur mehr mit Absicherungsprodukten zu bedienen. Relativierend muss man aber schon ganz klar festhalten, dass die große Mehrheit der Gemeinden schon bisher sehr vorsichtig mit derivativen Transaktionen umgegangen ist!

## Was können Sie Gemeinden, die Finanzprobleme haben, anbieten?

Die Gemeinden haben aktuell mit sich vertiefenden finanziellen Engpässen zu kämpfen. Die Bundesertragsanteile gehen auf der einen Seite nennenswert zurück, auf der anderen Seite werden die Ausgaben der Gemeinden weiter steigen: Es ist immerhin eine Verpflichtung der öffentlichen Hand, die Daseinsvorsorge für ihre Bürger zu sichern, gleichzeitig in der Krise aber auch Konjunkturimpulse zu setzen. Den Gemeinden, die einerseits die größten öffentlichen Investoren in Österreich sind und andererseits immer mehr an Aufgaben (und damit Kosten) für Gesundheit und Soziales übertragen bekommen, kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

Die aktuelle Situation stellt höchste Anforderungen an Finanzmanagement und Planungskompetenz der Gemeinden, und dabei wollen wir mit unserem Know-how beratend unterstützen. Aufbauend auf unserer finanzwirtschaftlichen Kompetenz beschäftigen wir uns seit Jahren mit kommunalen Schwerpunktthemen. So haben



Wolfgang Figl (Mi.; hier mit Kommunalverlag-Chef Michael Zimper und Redakteur Helmut Reindl): „Aufgrund der Engpässe in den Gemeindebudgets besteht derzeit ein gesteigerter Bedarf nach Kreditmitteln, die wir den Gemeinden auf Basis unseres Deckungsstockes zu sehr günstigen Konditionen zur Verfügung stellen können.“

wir vor Jahren das Kommunalforum ins Leben gerufen, das sich jährlich eines aktuellen Themas annimmt und sich heuer der Vorhabensplanung unter erschwerten Rahmenbedingungen widmen wird.

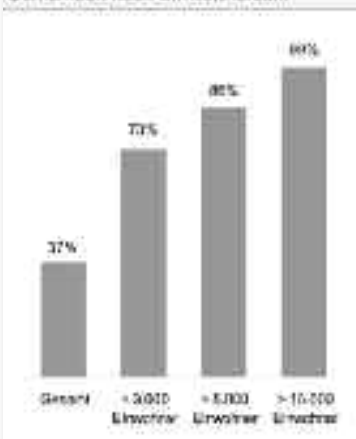
**Welche Finanzierungen stellen Sie den Gemeinden zur Verfügung? Hat die Bank Austria spezielle Produkte?**

Aufgrund der zuvor beschriebenen Engpässe in den Gemeindebudgets besteht derzeit ein gesteigerter Bedarf nach Kreditmitteln, die wir den Gemeinden auf Basis unseres Deckungsstockes zu sehr günstigen Konditionen zur Verfügung stellen können. Da wir unter den Universalbanken in den letzten Jahren immer Marktführer in der Finanzierung des öffentlichen Sektors waren, verfügen wir über einen großen Bestand an Ausleihungen an öffentliche Kunden, die einen Pfandbriefdeckungsstock speisen.

**Wie hoch sind Ihre Forderungen gegenüber Gemeinden?**

Gegenüber der gesamten öffentlichen Hand betragen unsere Forderungen etwa sieben Milliarden Euro. Ein beträchtlicher Teil dieser Forderungen ist deckungsstockfähig und wurde auch in einen von Moody's mit AAA gerateten Deckungsstock eingebracht. Obwohl wir die Pfandbriefemission noch nicht realisiert haben, nehmen wir die daraus zu erwartende verbilligte Refinanzierung vorweg und stellen sie unseren Gemeinden schon jetzt zur Verfügung.

Kundenanteile Bank Austria bei Gemeinden (nach Einwohnerzahl)



Wolfgang Figl: „Es ist eine Verpflichtung der öffentlichen Hand, die Daseinsvorsorge für ihre Bürger zu sichern, gleichzeitig in der Krise aber auch Konjunkturimpulse zu setzen.“

**Gemeinden haben viele nicht aktivierte Assets. Wie stark steht da derzeit das Thema „Sicherheiten“ im Vordergrund?**

Die Verpfändung von Gemeindevermögen ist – zumindest derzeit – noch kein großes Thema. Vieles – also etwa Schulen oder Pflegeheime – sind ja kaum zu verwerten, und außerdem ist die Gemeinde als Kreditnehmer in der Regel besser als jede Sicherheit zu bewerten.

**Mit wie vielen Gemeinden arbeitet die Bank Austria zusammen?**

Wir haben mit 40 Prozent aller Gemeinden eine Geschäftsbeziehung, und die Marktdurchdringung steigt mit der Größe. Bei den Städten über 15.000 Einwohner sind wir fast flächendeckend vertreten.

**Wie möchte sich die Bank Austria im Wettkampf um die Gunst der Gemeinden positionieren?**

Wir nutzen zwei Möglichkeiten: Einerseits betreuen wir die Gemeinden nicht zentral, sondern mit Ansprechpartnern vor Ort. Dadurch ist eine größtmögliche Nähe zum Kunden gegeben. Das können andere Großbanken nicht bieten. Bei komplexeren Produkten, wie Projektfinanzierungen, Contracting oder Pu-

blic-Private-Partnerships, nutzen wir aber andererseits die Möglichkeiten, die wir als internationaler Konzern haben.

**Wie kommt man mit einer Gemeinde ins Geschäft? Gehen Sie aktiv auf die Kunden zu?**

Das Standardfinanzierungsgeschäft läuft über Ausschreibungen, bei denen es in der Regel nur auf die günstigste Kondition ankommt. Natürlich werden wir uns mit unserem zuvor beschriebenen Refinanzierungsangebot dabei stark einbringen. Wir wollen aber vor allem auch mit unserer Beratungsleistung punkten und unser Know-how zur Verfügung stellen.

## Information

Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Gemeindebetreuer der Bank Austria, erreichbar über Telefon 050505-41691 oder im Internet unter Firmenkunden auf [www.bankaustria.at](http://www.bankaustria.at)

Auszeichnung „NÖ Wassergemeinde“ und „Klärschlamm-Kontrollsiegel“ vergeben

## Gemeinden sind wichtige Partner im verantwortungsvollen Umgang mit Wasser

Gemeinden, die eine „NÖ Wassergemeinde“ werden wollen, erstellen einen Wasserentwicklungsplan, in dem sie sich mit allen Wasserthemen, die in der Gemeinde wichtig sind, auseinandersetzen und dabei die Bevölkerung aktiv mit einbeziehen. Von der Trinkwasserversorgung über die Abwasserentsorgung bis hin zu Hochwasserschutz, Grund- und Fließgewässerschutz werden alle Wasserthemen durchleuchtet. Darauf aufbauend setzen sich die Gemeinden Ziele, die sie in ihrer Wasserzukunft erreichen wollen. Besonders wichtig ist für Umweltlandesrat Pernkopf die aktive Beteiligung der Bevölkerung: „Wir wollen den Wert des Wassers im Bewusstsein der Menschen verankern. Denn der Schutz unserer kostbaren Wasserreserven kann nur gelingen, wenn jede und jeder Einzelne sorgsam mit dieser einzigartigen Ressource umgeht.“

Von vielen Wassergemeinden wurden auch schon konkrete Wasserprojekte umgesetzt. In einem eigenen Wettbewerb der NÖ Wassergemeinden wurden die besten prämiert. Sieger des Wettbewerbs ist die jüngste



Präsident Gerhard Heilingbrunner (Umweltdachverband), Bgm. DI Johannes Pressl (Ardagger), Umweltlandesrat Dr. Stephan Pernkopf bei der Verleihung der Auszeichnung.

Wassergemeinde, die Gemeinde Ardagger, für die Ausstellung „Donau.Fluch&Segen“, die ab 5. Mai in Ardagger zu sehen ist. Platz 2 ging an die Gemeinde Yspertal für ihr Wasser-Gesamtkonzept unter dem Titel „Wasser erleben – was erleben“. Platz 3 belegte die Stadtgemeinde Amstetten für die Renaturierung des Gschirmbaches. Auch heuer stifteten die Gemeindevertreterverbände von

ÖVP und SPÖ wieder einen GVV-Sonderpreis, den sich diesmal die Gemeinde Brunn am Gebirge (Sanierung Heideteich) und die Gemeinde Dross (Gestaltung des Schulteiches) teilten.

Die Aktion der „NÖ Wassergemeinden“ ist ein Gemeinschaftsprojekt des Landes Niederösterreich mit dem Umweltdachverband und der Umweltberatung. Alle Details zur Aktion finden sich im Internet unter [www.wassergemeinden.at](http://www.wassergemeinden.at).

### Klärschlamm-Siegel

Im Rahmen der Wassergemeinden-Veranstaltung am 17. März in Ardagger konnte Umweltlandesrat Pernkopf auch das „Klärschlamm-Kontrollsiegel“ an 12 Kläranlagenbetreiber vergeben. Landesrat Pernkopf: „Die Verwertung von Klärschlamm, der strengen Qualitätskontrollen unterliegt, ist ein wichtiger Beitrag für lokale Stoffkreisläufe.“ Das Klärschlamm-Kontrollsiegel erhielten unter anderem die Gemeindeabwasserverbände Amstetten, Wagram-West und Ybbsfeld. Weitere Infos unter [www.wasseristleben.at](http://www.wasseristleben.at)



## VERTRAUEN ALS BASIS

**IMMER MEHR KUNDEN VERTRAUEN**  
auf die integrierten HR-Softwarelösungen und -Services von P&I und gestalten damit ihre Zukunft erfolgreicher. Davon sind mehr als 15.000 internationale Endkunden, zahlreiche Rechenzentren und führende HR-Serviceanbieter überzeugt. Der generierte Mehrwert fließt direkt in die Verwaltungen. P&I - Basis für erfolgreiche Personalarbeit [WWW.PI-AG.COM](http://WWW.PI-AG.COM)

**P&I**  
Your partner for integrated HR solutions

## Erfahrungsaustausch

# Der Schutz vor Hochwässern

Der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) veranstaltet am 19. und 20. Mai 2010 in Baumgartenberg (OÖ) den 3. österreichweiten Erfahrungsaustausch für Hochwasserschutz- und Erhaltungsverbände (Leitung: Bgm. Erwin Kastner) mit Unterstützung des Landes OÖ und in Kooperation mit dem BMLFUW sowie dem BMVIT. Schutz vor Hochwässern ist für viele Gemeinden ein ständiger thematischer Begleiter. Bauliche Hochwasserschutzmaßnahmen und deren Erhaltung sind



kostspielige Projekte und Aufgaben, die genau kalkuliert und vor allem auch mit der betroffenen Bevölkerung abgestimmt werden müssen. Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien, Landesregierungen und von Gemeinden untereinander selbst sind wichtige Voraussetzungen zur erfolgreichen Umsetzung von Projekten in diesem Bereich.

Ziel dieser Veranstaltung ist es, die Erfahrungen von Verbänden, Betreibern, Gemeinden und Verantwortlichen untereinander auszutauschen, Best-Practice-Beispiele aufzuzeigen und untereinander und mit Vertretern von Bund und Ländern im Rahmen des ÖWAV zu diskutieren.

Im Rahmen dieses 3. österreichweiten Erfahrungsaustausches wird unter anderem die Organisation des Hochwasserschutzes am Beispiel Oberösterreich dargestellt und mit rechtlichen Beiträgen ergänzt.

Für Fragen stehen Corinna Langgutt  
E-Mail: [langgutt@oewav.at](mailto:langgutt@oewav.at)  
Tel.: 01/535 57 20-74

und Andreas Gaul  
E-Mail: [gaul@oewav.at](mailto:gaul@oewav.at)  
Tel.: 01/535 57 20-72  
zur Verfügung.

Details und weitere Termine auf [www.oewav.at](http://www.oewav.at)



Messe München  
International

[www.ifat.de](http://www.ifat.de)

## NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DIE UMWELT

**ONLINE-REGISTRIERUNG FÜR BESUCHER:**  
[www.ifat.de/tickets](http://www.ifat.de/tickets)



WELTLEITMESSE FÜR WASSER-, ABWASSER-,  
ABFALL- UND ROHSTOFFWIRTSCHAFT

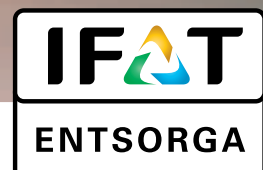
**13.-17. SEPTEMBER 2010  
IN MÜNCHEN**

**DAS INTERNATIONALE ANGEBOT FÜR  
DIE GESAMTE UMWELTECHNOLOGIE**

- Zukunftsweisende Innovationen, Technologien und Trends
- Alle Anwendungsfelder, alle Produkte, alle Dienstleistungen
- Technologieführer, Spezialisten und Newcomer aus aller Welt
- Für jede Anwendung und jeden Einsatz die passende Lösung
- Erstklassiges Rahmenprogramm für Information und Networking

Ausführliche Informationen und Vortragsprogramm unter: [www.ifat.de](http://www.ifat.de)

Informationen:  
MMI - Messe München  
International Regionalbüro  
Mittel-/Osteuropa Ges. mbH  
Tel. (01) 512 94 90  
[birgit.baidinger@mml.co.at](mailto:birgit.baidinger@mml.co.at)



A WORLD OF ENVIRONMENTAL SOLUTIONS

Weniger Unfälle durch die neuen Digital-Radargeräte

## JENOPTIK blitzt Raser auch frontal

Nur regelmäßige Geschwindigkeitsüberwachung führt nachweislich zu einer Geschwindigkeitsreduktion und damit zu einer Verminderung der Unfälle, da bereits geringe Aufprallgeschwindigkeiten für Fußgänger und Radfahrer tödlich sein können. Für diese Verkehrssicherheitsmaßnahme hat Robot bereits mehr als 100 digitale Radargeräte bei Exekutive und Gemeinden installiert und dadurch die Effizienz der Geschwindigkeitsüberwachung stark verbessert. Robot liefert neben mobilen und stationären Radargeräten, Rotlichtkameras für Kreuzungen und Tempodisplays, die Auswertesoftware mit der digitalen Anzeige-



übertragung an die Behörde. Wir unterstützen Sie gerne vor Ort, um für Sie eine optimale Lösung zu finden.

### Information

JENOPTIK Robot GmbH  
Ing. Ralf Larcher  
Karl-Tornay-Gasse 38  
1230 Wien  
Tel 01-698 21 33-12  
Fax 01-698 21 33-22  
[ralf.larcher@jenoptik.com](mailto:ralf.larcher@jenoptik.com)

E.F.

Die Oberbank Leasing GmbH

## Ihr kompetenter Partner für Immobilienfinanzierungen

Die Oberbank Leasing GmbH ist einer der größten Leasing-Anbieter in Oberösterreich und hat in den vergangenen Jahren unter anderem mehr als 140 verschiedenste Immobilien zur vollsten Zufriedenheit ihrer Kunden realisiert. Das umfangreiche Wissen, die Erfahrung und Flexibilität sowie die absolute Stärke der Oberbank Leasing GmbH im Erarbeiten von kundenorientierten Lösungen hat auch die Energie AG Oberösterreich bei der Realisierung ihres Projektes POWER TOWER in Linz genutzt.

In Zeiten wie diesen ist es gerade in Finanzierungsfra-



Hermann Schachinger

gen umso wichtiger, einen erfahrenen, vertrauenswürdigen, starken und kompetenten Partner zu haben, der in der Lage ist, für unterschiedlichste Kundenwünsche rasch optimale Lösungen anbieten zu können.

### Information

Oberbank Leasing GmbH  
Blumauerstr. 29  
4020 Linz  
Dr. Hermann Schachinger  
Tel.: 0732/65 57 89-33  
Fax 0732/65 57 89-20  
E: [hermann.schachinger@oberbank.at](mailto:hermann.schachinger@oberbank.at)

E.F.



LÖSUNGEN FÜRS LEBEN.

Neubau oder Sanieren?

Kommunalfinanzierung – nach Maß.  
Die Oberbank Leasing-Kollektion.





19. und 20. Mai 2010, Messe Wels

## Kongress und Fachmesse Gas Wasser

Das Welser Messezentrum Neu ist im Mai des Jahres für zwei Tage die erste Adresse der Branchen Gas und Wasser. Sie versammelt Verantwortliche von Gasnetzbetreibern und Wasserversorgungsunternehmen, Behördenvertreterinnen und -vertreter sowie Interessierte der Branchen und fachspezifischen Industrien.

### Aktuelle Themenschwerpunkte

Auf dem Programm des von der ÖVGW organisierten Fachkongresses steht eine Vielzahl interessanter Vorträge, u. a. zu den Themen Smart Metering, Datenmanagement und 3. Binnenmarktpaket, Social Communication, die Revision der EU-Trinkwasserrichtlinie

und der Leitungskataster. Der einleitende Festvortrag von Landesrat Rudi Anschober beschäftigt sich mit der „Herausforderung Klimawandel“. Die Tagung dient aber nicht nur Branchen-Insidern als Gesprächsplattform, sondern bietet auch Politik und Behörden die Möglichkeit, sich am Diskurs der österreichischen Versorgungswirtschaft zu beteiligen. Rund 750 Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden zu diesem Event in Wels erwartet.

### Präsentation modernster Produkte

Begleitet und ergänzt wird der Kongress durch die größte österreichische Fachmesse im Gas- und Wasser-

bereich. Dieses Jahr sind rund 70 in- und ausländische Firmen vertreten, die auf mehr als 1200 m<sup>2</sup> Ausstellungsfläche bewährte und neue Produkte und Verfahren präsentieren. Der Besuch dieser Fachmesse ist übrigens nicht an die Teilnahme am Kongress gebunden und kann auch mit einer kostenfreien Tageskarte erfolgen.

### Information

Weitere Informationen und Anmeldungen:  
 ÖVGW  
 Schuberting 14  
 1010 Wien  
 Tel.: 01/513 15 88 - 0  
 office@ovgw.at  
 www.ovgw.at

E.E.



Husqvarna



Gartenpflege  
leicht gemacht.

### HUSQVARNA Motorsense 335 Rx

Die Husqvarna Motorsense 335 Rx ist sehr leistungsstark, bleibt dabei aber handlich. Der umweltfreundliche X-Torq® Motor reduziert den Kraftstoffverbrauch um bis zu 20 % und die Emissionswerte um bis zu 75 %. Ein kostenloser Gehör- und Gesichtsschutz rundet das Paket dieses Frühjahrs ab. 2.2 PS / 1.6 kW, Kraftstoffpumpe.



### HUSQVARNA Motorsense 323 RII

Arbeiten wie die Profi-Gärtner mit der leistungsstarken und vielseitigen Motorsense 323 RII. Vom Ausputzen kleiner Rasenkanten bis zum Mähen von dichtem Gras ist sie ideal für lange Arbeitseinsätze. Ausgestattet mit einem ergonomisch geformten, abgewinkelten Zweihandgriff und Smart Start® für leichtes Starten. 1.2 PS / 0.9 kW, 5.1 kg, Kraftstoffpumpe.



www.husqvarna.at



Foto: Rotes Kreuz Österreich

Die Fähigkeit einer Gesellschaft beziehungsweise eines Staates, die Bürger vor Katastrophenschäden zu bewahren und Katastrophen rasch und gut organisiert zu überwinden beziehungsweise den Betroffenen ein hohes und umfassendes Maß an Hilfeleistungen angeeignet zu lassen, sind ein wichtiger Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung und auch ein Maß für Standortqualität.

Betreuung von Katastrophenopfern nach traumatisierenden Ereignissen

# Erste Hilfe für die Seele

Hilfe bei Katastrophen ist nicht nur der Schutz VOR einer Katastrophe – immer stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt auch die Versorgung von Opfern NACH der Katastrophe. Was dabei zu beachten, wie der Ablauf so einer Krisenintervention ist, klärt KOMMUNAL.

Dr. Doris Ita

Katastrophen haben in unserer Gesellschaft einen steigenden Aufmerksamkeitswert. Globale Statistiken, die einen permanenten Anstieg von Katastrophenschäden dokumentieren, die Erfahrung mit Katastrophen in der jüngeren Vergangenheit, aber auch der Ausblick in die Zukunft und Schlagwörtern wie Klimawandel oder Terrorfolgen lassen die Vermutung zu, dass sich die Gesellschaft mit Katastrophen und deren Folgen in Zukunft noch in vermehrtem Maße auseinandersetzen muss. Eine zunehmende Wahrnehmung von Katastrophen wird auch dadurch gefördert, dass Medien mehr denn je über Katastrophen informieren und vor Katastrophen warnen. Dies stellt alle Verantwortlichen vor die Aufgabe, nicht nur professionelles Katastrophenmanagement zu betreiben, sondern dieses auch entsprechend zu kommunizieren.

Die Fähigkeit einer Gesellschaft beziehungsweise eines Staates, die Bürger vor Katastrophenschäden zu bewahren und Katastrophen rasch und gut organisiert zu überwinden beziehungsweise den Betroffenen ein hohes und umfassendes Maß an Hilfeleistungen angedeihen zu lassen, sind ein wichtiger Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung und auch ein Maß für Standortqualität.

Die kurzfristige, meist medial betriebene Wahrnehmung von Katastrophen, die zum Teil auch unter Übertreibungen leidet, und eine professionelle Auseinandersetzung mit deren Ursachen sowie mit Präventions- und Interventionsstrategien sind jedoch zwei verschiedene Dinge. Für die Öffentlichkeit sind Katastrophen dann ein Thema, wenn sie eintreten. Rasche Hilfe wird im Katastrophenfall erwartet, und wenn Katastrophen zu größeren Schäden führen, werden meist auch rasch Verantwortliche gesucht. Für Behörden

und Einsatzorganisationen sind hingegen Katastrophen und Notlagen ein permanentes Thema und bedürfen vor allem der Vorbereitung wie auch der Analyse und Nachbetrachtung.

Ein enges Verständnis von Katastrophenhilfe, die nur auf das unmittelbare Einschreiten in der Katastrophe selbst fokussiert ist, ist nicht mehr zeitgemäß. Katastrophenmanagement verlangt ein umfassendes Konzept, das die Phasen der Katastrophenvermeidung, Katastrophenvorsor-

Katastrophenmanagement verlangt ein umfassendes Konzept, das die Phasen der Katastrophenvermeidung, Katastrophenvorsorge, Katastrophenhilfe und Katastrophennachsorge umfasst.

ge, Katastrophenhilfe und Katastrophennachsorge umfasst. Katastrophenmanagement wird zudem zunehmend national und international vernetzt betrieben, das heißt, dass in allen Phasen kompetenzübergreifend und grenzüberschreitend zusammengearbeitet wird.

## Vielschichtige Aufgabe Katastrophenmanagement

Katastrophenmanagement in einem zeitgemäßen Verständnis ist ein permanenter Prozess, der sich in Form eines Regelkreises darstellt, der aus folgenden Phasen besteht:

► **Vermeidung:** Hierzu zählen vor allem Vorschriften über die Verkehrssicherheit, Bausicherheit, Brandschutz, Raumordnung und Vorschriften über die Sicherheit in Gewerbe und Industrie.

► **Vorsorge:** Katastrophenvorsorge ist eine Aufgabe, die sowohl die Behörden als auch die Einsatzorganisationen (Katastrophenhilfsdienste) betrifft. Wesentliche Aspekte der Katastrophenvorsorge sind die Erstellung von Katastrophenschutzplänen, die Ausbildung, Schulung und Durchführung von Katastrophenschutzübungen sowie die Information der Bevölkerung.

► **Einsatz:** Einsatz ist die von der Öffentlichkeit am stärksten wahrgenommene Phase des Katastrophenmanagements. Feuerwehr und Rettungsdienste werden operativ tätig.

► **Nachsorge:** Ein wesentliches Element der Katastrophennachsorge ist die Krisenintervention oder Akutbetreuung. Speziell ausgebildete psychosoziale Fachkräfte betreuen dabei Betroffene, Angehörige, Freunde, Arbeitskollegen und Augenzeugen in den ersten Stunden nach einem außergewöhnlich belastenden Ereignis vor Ort.

## Krisenintervention – ein Rettungsteam für die Seele

Traumatische Erlebnisse wie der Verlust nahestehender Menschen oder der eigenen Lebensgrundlagen führen oft dazu, dass Menschen einen seelischen Schaden erleiden können. Diese negativen gesundheitlichen Auswirkungen können durch gute „seelische Erste Hilfe“ deutlich verringert werden.



Dr. Doris Ita ist Abteilungsleiterin der Abt. II/4, „Zivilschutz, Krisen- und Katastrophenschutzmanagement“ im Bundesministerium für Inneres

Dabei soll die Hilfe möglichst unmittelbar nach dem Ereignis einsetzen oder spätestens dann, wenn eine akute Belastungsreaktion auftritt. Durch die frühzeitige Intervention wird den Betroffenen Raum für ihre Trauer verschafft, sie macht sie wieder handlungsfähig und beugt dadurch der Entstehung einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) vor. Die psychiatrische Betreuung verwirrter oder psychotischer Personen gehört nicht zu den Aufgaben der Krisenintervention.

## Anlässe & Einsatzbereiche

Der häufigste Einsatzbereich ist die Betreuung von Angehörigen bei einem Todesfall, zum Beispiel in der belastenden Situation eines erfolglosen Reanimationsversuches, beim unerwarteten Tod eines jungen Patienten, bei Suizid, Tod in der Öffentlichkeit oder bei (sozialer) Vereinsamung der Hinterbliebenen. Eine deutliche Indikation ist der Tod eines Kindes, sei es durch Unfall, Verbrechen oder akuter



Katastrophenmanagement wird zunehmend national und international vernetzt betrieben, das heißt, dass in allen Phasen kompetenzübergreifend und grenzüberschreitend zusammengearbeitet wird.

- ▶ Verringerung der akuten Belastung
- ▶ Vermeidung von Folgeerkrankungen.

Der Einsatzablauf bei einer Krisenintervention im Rettungsdienst lässt sich in vier Phasen unterteilen, bei denen unterschiedliche Aspekte und Methoden im Vordergrund stehen:

▶ **Vorbereitungs- und Organisationsphase:** Diese Phase beginnt vor dem ersten Kontakt zum Klienten mit der Informationssammlung zum Ereignis. Dieses Wissen ist für den KIT-Helfer wichtig, um dem Klienten gegenüber auskunftsfähig zu sein (Was ist passiert? Wer ist zu betreten?).

▶ **Sicherheit und Halt vermitteln:** Bei Betreuungsbeginn sollte der KIT-Mitarbeiter dafür sorgen, dass sich der Betroffene in einem Umfeld befindet, in dem er Emotionen zulassen kann und vor störenden Einflüssen der Umgebung geschützt ist. Ein wichtiger Grundsatz der Krisenintervention ist die Kontinuität der Betreuungssituation, um eine zusätzliche Belastung durch einen wiederholten Wechsel der Bezugsperson zu vermeiden.

▶ **Struktur schaffen:** Da der Betreute die belastende Situation meist aus einer passiven Opferrolle heraus erlebt hat, gilt die Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit als kurzfristiges Ziel der Krisenintervention. Dabei spielt gegebenenfalls die Möglichkeit einer Abschiednahme vom Verstorbenen eine essentielle Rolle, auch Informationen über organisatorische Abläufe der nächsten Stunden und Tage (Leichenbeschau, Bestattung, Standesamt) sollen den Betroffenen in die Lage versetzen, die Opferrolle zu verlassen.

▶ **Brückenfunktion:** Am Ende der Krisenintervention sollte die Übergabe an das soziale Netz erfolgen. Eine Aktivierung von familiären oder freundschaftli-

Der häufigste Einsatzbereich ist die Betreuung von Angehörigen bei einem Todesfall, zum Beispiel in der belastenden Situation eines erfolglosen Reanimationsversuches, beim unerwarteten Tod eines jungen Patienten, bei Suizid, Tod in der Öffentlichkeit oder bei (sozialer) Vereinsamung der Hinterbliebenen.

Krankheit. Bei schweren Verkehrs-, Schienen- oder Arbeitsunfällen ist der Einsatz der Krisenintervention immer sinnvoll, da hier oft belastende Umstände zu erwarten sind. Betreut werden dann auch Augenzeugen, Arbeitskollegen oder etwa der Führer des am Unfall beteiligten Fahrzeuges. Auch bei anderen Einsätzen, bei denen mit einer psychischen Traumatisierung körperlich Unverletzter zu rechnen ist, ist der Einsatz der organisierten Krisenintervention sinnvoll. Beispiele sind Brände

mit Schwerverletzten oder Toten und Situationen mit massiver Gewalterfahrung oder persönlicher Bedrohung (Banküberfälle, Geiselnahme).

Die Krisenintervention hat auch bei Großschadenslagen und im Massenansturm von Verletzten ihren Stellenwert. Auch überregionale und internationale Einsätze lokaler Kriseninterventionsteams sind mittlerweile üblich.

### Erhaltung psychischer Lebensfunktionen

Die Ziele der Betreuung sind:

- ▶ Emotionale Stabilisierung
- ▶ Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit
- ▶ Aufklärung und Unterstützung von Angehörigen, die von dem Ereignis nicht direkt betroffen waren.
- ▶ Vernetzung zu psychosozialen Nachbetreuungseinrichtungen

Hilfe sollte möglichst unmittelbar nach dem Ereignis einsetzen oder spätestens dann, wenn eine akute Belastungsreaktion auftritt. Durch die frühzeitige Intervention wird den Betroffenen Raum für ihre Trauer verschafft, sie macht sie wieder handlungsfähig ...

chen Bezugspersonen des Klienten, möglichst durch diesen selbst, stellt eine weitere Betreuung des Betroffenen sicher.

Auch eine Information über professionelle Hilfsangebote (Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen) gehört zu diesem Punkt. Die Intervention durch einen Krisenhelfer dauert üblicherweise wenige Stunden. Im Unterschied zur Notfallseelsorge nehmen die Krisenhelfer keine liturgischen Handlungen vor. Sollte das von den Klienten gewünscht werden, besteht häufig eine Kooperation mit der örtlichen Notfallseelsorge oder den Glaubensgemeinschaften. Nach der initia-

len und ambulanten Krisenintervention sind keine Wiederholungsbesuche üblich.

### Die Organisation

Die Organisation der Krisenintervention richtet sich nach den Strukturen des jeweiligen Bundeslandes. Die Trägerorganisationen der Kriseninterventionsteams sind:

Rotes Kreuz, Feuerwehr, Bergrettung, Caritas und andere kirchliche Organisationen, Wasserrettung, Ärztekammer (Notfallreferat), Verband der Psychotherapeuten, Polizei, Institut für Sozialdienste. In Wien ist die

Die Intervention durch einen Krisenhelfer dauert üblicherweise wenige Stunden. Im Unterschied zur Notfallseelsorge nehmen die Krisenhelfer keine liturgischen Handlungen vor. Sollte das von den Klienten gewünscht werden, besteht häufig eine Kooperation mit der örtlichen Notfallseelsorge oder den Glaubensgemeinschaften.

Neue Homepage über Strahlenbelastung eingerichtet

## www.strahlenschutz.gv.at stellt Infos bei Radioaktivität sicher

Ab sofort sind aktuelle Messwerte aus dem Strahlenfrühwarnsystem online verfügbar. Unter [www.strahlenschutz.gv.at](http://www.strahlenschutz.gv.at) informiert das Lebensministerium die Öffentlichkeit über die Strahlenwerte zur Radioaktivität.

Seit rund 30 Jahren verfügt Österreich über ein automatisches Messsystem, mit dem flächendeckend die Radioaktivität in der Umwelt überwacht wird. Im Jahr 1986, beim Reaktorunfall von Tschernobyl, war es europaweit noch einzigartig, inzwischen verfügen die meisten Staaten über ähnliche Systeme. Mehr als 300 österreichweit installierte Messstationen senden permanent Daten an die Bundes-

strahlenwarnzentrale im Lebensministerium. Auf der neuen Homepage kann jede und jeder mit Internetzugang mit einem Mausklick auf die entsprechende Station den Zeitverlauf der Ortsdosisleistung als Grafik oder als Wertetabelle aufrufen. Die Bundesstrahlenwarnzentrale des Lebensministeriums ist rund um die Uhr einsatzbereit. Hier

laufen alle Informationen zusammen, die für die radiologische Notfallplanung wesentlich sind, zum Beispiel die Meldungen von internationalen Alarmierungssystemen und die Kommunikation mit ausländischen Nuklearaufsichtsbehörden. Die MitarbeiterInnen des Lebensministeriums in der Bundesstrahlenwarnzentrale haben auch Online-Zugriff



auf aktuelle Messdaten aus den Nachbarstaaten. Der Betrieb dieser Einrichtung soll sicherstellen, dass bei einem nuklearen Zwischenfall erforderlichenfalls die Österreicherinnen und Österreicher rechtzeitig gewarnt werden und die Behörden so rasch wie möglich die notwendigen Maßnahmen ergreifen können.

AkutBetreuungWien – ABW eine Institution der Stadt Wien.

Die Mitarbeiter kommen aus den verschiedensten Berufen: Krankenschwestern, Priester, Psychotherapeuten, Mitglieder von Einsatzorganisationen, Angestellte, Sozialarbeiter ... Die KIT-Teams bestehen üblicherweise aus zwei Personen und sind rund um die Uhr abrufbar.

Die psychosoziale Akutbetreuung stellt auch eine Entlastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einsatzorganisationen dar, in deren Aufgabenkreis diese Betreuung bisher nicht explizit vorgesehen war, jedoch in vielen Fällen aus dem Zwang der Situation heraus durchgeführt werden musste.

### Alarmierung

Über die Notwendigkeit, einen Kriseninterventionsdienst hinzu zu ziehen, entscheidet in der Regel das vor Ort eingesetzte Einsatzpersonal von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst. Die Verständigung der KIT-Teams erfolgt im Wege der Notrufzentralen der Einsatzorganisationen beziehungsweise der Katastrophenschutzbehörden der Bundesländer. Bei bestimmten Meldebildern wird die Krisenintervention von den Rettungsleitstellen schon aufgrund des Notrufes parallel zum Rettungsdienst alarmiert, um gerade bei Unfällen im öffentlichen Bereich damit frühzeitig an der Einsatzstelle zu sein und auch Augenzeugen noch erreichen zu können.

Zusätzliche Kunden durch Partnerschaft

## Die Post sichert die Nahversorger

Die Österreichische Post will mehr. Sie will künftig ihren Kunden noch besseren Service bieten und noch näher vor Ort sein, nämlich in möglichst jeder Gemeinde Österreichs. Um dieses Ziel zu erreichen, soll das Netz von Post.Partnern in ganz Österreich noch dichter werden. Eine Chance für die Wirtschaftstreibenden in ländlichen Gebieten, gleichzeitig aber auch für die Gemeinden: Sie bekommen eine eigene Poststelle und ihre Nahversorgung wird abgesichert. Mehr als 600 Unternehmer in Österreich haben bisher die Chance genutzt, einen Kooperationsvertrag mit der Post einzugehen. Sie können sich schon über zusätzliche Einnahmen freuen. Und das doppelt. „Zum



Die Post sucht weitere Partner, die sich ein zusätzliches Standbein schaffen wollen.

einen bekommen die Post.Partner ja natürlich eine Vergütung für ihre Dienstleistungen. Die setzt sich aus einer Qualitätsprämie einerseits und aus Pro-

visionen für die Tätigkeiten zusammen. Dazu kommt aber, dass die Postdienstleistungen ja natürlich auch zusätzliche Kunden ins Geschäft bringen. Und diese

dann oft auch noch weitere Einkäufe tätigen. „Und damit sichern sie die Existenz der lokalen Nahversorger“, erklärt Post-Vorstandsdirektor Dr. Herbert Götz. Gesucht werden nun weitere Unternehmer, die rund fünf Quadratmeter in ihren Geschäftsräumen für einen Post-Schalter bereitstellen und sich damit ein zusätzliches Standbein zur Geschäftsabsicherung schaffen wollen. Voraussetzung ist eine wöchentliche Öffnungszeit von mindestens 20 Stunden, und die über das gesamte Jahr. „Wenn man das erfüllt, kann man sich jederzeit bei uns für eine Partnerschaft bewerben und damit den Fortbestand des eigenen Geschäftes weiter absichern“, versichert Götz.

E.F.

OPTISCHE SYSTEME | LASER & MATERIALBEARBEITUNG | INDUSTRIELLE MESSTECHNIK | VERKEHRSSICHERHEIT | VERTEIDIGUNG & ZIVILE SYSTEME



Es gibt viele Gründe für umfassende Verkehrsüberwachung. Hier der wichtigste.

**Neuer Auftritt, bewährte Qualität:** Die Robot-Innovationskraft und -Produktqualität bleibt die Basis für herausragende Verkehrssicherheitssysteme der JENOPTIK AG.

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr: Bei der Überwachung von Ampelanlagen und Geschwindigkeitslimits setzen Kommunen und Städte weltweit auf unsere seit mehr als 75 Jahren bewährte Robot-Technologie. Als Weltmarktführer im Bereich der fotografischen Verkehrsüberwachung decken wir die gesamte Prozesskette der Verkehrssicherheitstechnik ab – und sorgen auf den Straßen von mehr als 60 Ländern für allzeit gute Fahrt.

Verkehrssicherheit mit **robot** Technologie



Erfolgreicher Auftakt der Roadshow „Mehr Licht – weniger Kosten“

# Gemeinden nutzen Chance für Umwelt und Geldbörsen

Kosteneinsparungspotenzial von bis zu 50 Prozent bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität der Beleuchtung hat für den kommunalen Bereich hohe Priorität.

Mehr als 60 Gemeinde- und Unternehmensvertreter kamen am 25. März 2010 zur Auftaktveranstaltung der ersten österreichischen Roadshow „Kommunale Beleuchtung: Mehr Licht – weniger Kosten“ in Saalfelden. Ziel der sechsteiligen Veranstaltungsserie, die der Österreichische Gemeindebund gemeinsam mit dem FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie und der Kommunalkredit Austria AG veranstaltet, ist es, kommunale Entscheidungsträger über energieeffiziente Beleuchtungstechnologien zu informieren, die damit einhergehenden Vorteile aufzuzeigen, Finanzierungsmodelle und Fördermöglichkeiten zu skizzieren sowie den Meinungs austausch zwischen Anwendern, Anbietern und Fachexperten zu forcieren.

## Neue rechtliche Rahmenbedingungen erfordern ein Umrüsten

Aufgrund neuer rechtlicher Rahmenbedingungen und dem damit einhergehenden Verbot ineffizienter Beleuchtungskörper müssen spätestens bis zum Jahr 2015 mehr als 30 Prozent der Straßenbeleuchtung in Städten und Gemeinden in Österreich umgerüstet werden. Dieser Technologietausch wird maß-



Foto: Philips

Das Ziel muss sein, jeweils die optimalen Beleuchtungslösungen für ein spezifisches Einsatzgebiet zu wählen – ob Outdoor (oben) oder Indoor (unten rechts).



Einen vollen Erfolg und volle Ränge brachte die Auftaktveranstaltung der Roadshow in Saalfelden.

geblich zur Erreichung der klimapolitischen Ziele Österreichs beitragen. Jährlich können dadurch im Bereich Beleuchtung bis zu 1,8 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Mit der Senkung des Energieverbrauchs ist für die Kommunen aber auch eine enorme Kosteneinsparung verbunden, da das Energieeinsparungspotenzial einer durchschnittlichen Gemeinde durch moderne Beleuchtungskonzepte rund 50 Prozent beträgt. Gleichzeitig verbessern die hochwertigen technologischen Produktlösungen die Qualität der Beleuchtung erheblich.



Foto: Zumtobel



Die Initiatoren Alois Steinbichler, Generaldirektor der Kommunalkredit Austria, Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, und Manfred Müller, Geschäftsführer-Stellvertreter des FEEI.

Dementsprechend betonte Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, in seiner Eröffnungsrede die vielen Chancen, die sich für heimische Gemeinden durch verantwortungsvollen Technologieinsatz ergeben: Einerseits leisten effizientere Technologien einen wichtigen Beitrag zum



Umweltschutz, andererseits bringen moderne Beleuchtungskonzepte trotz Investitionskosten ein enormes Kosteneinsparungspotenzial mit sich. Manfred Müllner, Geschäftsführer-Stellvertreter des FEEL, informierte in der Folge über die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Nach ihm bewiesen Franz-Josef Müller und Nikolaus Thiemann von der Lichttechnischen Gesellschaft in ihren Vorträgen zu zeitgemäßer Beleuchtung das Zusammenspiel zwischen dem menschlichen Sehverhalten, der Funktionalität von modernen und qualitativ hochwertigen Beleuchtungstechnologien sowie Lebenskomfort und Sicherheitsempfinden. Das Ziel müsse demnach sein, jeweils die optimalen Beleuchtungslösungen für ein spezifisches Einsatzgebiet zu wählen. Im Vortragsteil „Best Practice-Beispiele für Innen- und Außenbeleuchtung“ konnten sich die Teilnehmer überzeugen, dass der Technologietausch nicht nur eine Verbesserung der Lebensumwelt für die Betroffenen darstellt, sondern auch in der täglichen Anwendung mit wesentlichen Energie- und Kosteneinsparungen verbunden ist. Finanzierungsmodelle und Förderungsmöglichkeiten sind wesentliche Beiträge für eine erfolgreiche und vor allem budgetchonende Umsetzung des Technologietausches. Mit dem richtigen Finanzierungsmodell sind Kosteneinsparungen trotz Investitionskosten bereits ab dem ersten Jahr möglich. Es ist daher von Vorteil, frühzeitig umzustellen. Dies belegte der Vorstandsvorsitzende der Kommunkredit Austria AG, Alois Steinbichler, in seinem Vortrag mit einem anschaulichen Rechenmodell. Als Spezialist für das kommunale und infrastrukturnahe Projektgeschäft bietet die Bank daher im Rahmen der Finanzierungsinitiative „Licht“ individuelle Beratungsleistungen an, die Kommunen bei der Modernisierung ihrer Beleuchtungsanlagen unterstützen. Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter:

[www.feei.at](http://www.feei.at)  
[www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at)  
[www.gemeinbund.at](http://www.gemeinbund.at)



Foto: Thorn

Nächste Stationen: 18. Mai Oberpullendorf, 20. Mai Grafenwörth

## Roadshow „Mehr Licht – weniger Kosten“

Die Veranstaltungsserie „Kommunale Beleuchtung: Mehr Licht – weniger Kosten“ umfasst im ersten Durchgang sechs Events, die über ganz Österreich verstreut sind. Die regionale Aufteilung erfolgt so, dass alle Bundesländer abgedeckt sind. Das Programm reicht von neuen rechtlichen Grundlagen auf nationaler und internationaler Ebene, über aktuelle Technologietrends bzw. deren Einsparpotenziale bei Kosten und CO<sub>2</sub> bis hin zu Fachvorträgen zu Contracting, Finanzierungsmöglichkeiten und Förderungen. Auf länderspezifische Rahmenbedingungen wird entsprechend Rücksicht genommen. Begleitend zu den Vorträgen der Experten findet eine ganztägige Ausstellung statt. Nach dem erfolgreichen Veranstaltungsauftritt in Saalfelden finden die nächsten Veranstaltungen am **18. Mai** in Oberpul-

lendorf und am **20. Mai** in Grafenwörth statt. Weitere Veranstaltungen:  
 ► **10. Juni 2010 in Schwaz** (für die Gemeinden in Tirol und Vorarlberg)  
 ► **17. Juni 2010 in Gmunden** (für die Gemeinden in Oberösterreich)  
 ► Die Veranstaltung für die Gemeinden in der Steiermark und Kärnten findet im **September 2010** statt.

### Information

Melden Sie sich für Ihre Veranstaltung an. Weiterführende Informationen zum Programm und zu den Inhalten sowie die Möglichkeit der Anmeldung finden Sie unter:  
[www.gemeinbund.at](http://www.gemeinbund.at)  
[www.feei.at](http://www.feei.at)  
[www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at)

Hochschullehrgang Standort- und Regionalmanagement (MSc)

# Weiterbildung mit Aussichten und Weitblick

Standorte professionell bewirtschaften – Städte, Gemeinden und Regionen müssen heute unternehmerisch handeln, um erfolgreich zu sein. Vorarlberg zeigt vor, wie das geht.

Nach dem erfolgreichen ersten Durchgang des Hochschullehrgangs Standort- und Regionalmanagement bieten die FH Vorarlberg und Schloss Hofen, die Universität Konstanz, die Hochschule Liechtenstein und die Hochschule Kempten im Rahmen einer internationalen Hochschulkooperation den vom ISK Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung konzipierten Lehrgang „Standort- und Regionalentwicklung (SRM)“ im kommenden Frühjahr 2011 erneut an.

Dieses einzigartige und innovative Bildungsangebot im Dreiländereck ist international konzipiert und bietet ein umfassendes Know-how für die aktuellen Herausforderungen moderner Standort- und Wirtschaftspolitik. So bündelt der Hochschullehrgang wesentliche Elemente wie Volks- und Betriebswirtschaftslehre, Raumplanung, Standortsoziologie und -kommunikation sowie Standort- und Regionalmanagement, Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung und -entwicklung und interkommunale Zusammenarbeit.

## Zielgruppe und Aussichten

Angesprochen werden sollen MitarbeiterInnen aus der Verwaltung von Ländern, Kantonen, Bezirksregierungen, Regionen, Landkreisen, Städten und Gemeinden, von Wirtschaftsservicestellen und Wirtschaftsabteilungen, von Standort-, Regionalplanungs- und Stadtmarketinggesellschaften, Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesell-



„Der Lehrgang soll nicht zuletzt auch als Plattform für weitere Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Bereich dieses volkswirtschaftlich dringlichen Wissensgebietes dienen“, betont der Initiator und Leiter des Studiengangs, Dr. Gerald Mathis.

## Fact-Box Termine

### Infoveranstaltung am 27. Mai an der FH Vorarlberg

Um interessierten Personen einen Einblick in unseren Hochschullehrgang Standort- und Regionalmanagement zu geben, laden wir am 27. Mai 2010 um 18:30 Uhr an der FH Vorarlberg in Dornbirn zum kostenlosen Informationsabend ein. Wir bitten um Ihre Anmeldung per E-Mail [sabine.reiner@schlosshofen.at](mailto:sabine.reiner@schlosshofen.at) oder Telefon +43(0)5574/4930 141.

Ort: FH Vorarlberg

Studiendauer:

Drei Semester (Akademische/r Standort- und Regionalmanager/in)

4 Semester (Master of Science – MSc)

Lerndesign

berufsbegleitend, Modulaufbau, Lehrveranstaltungen im Zweiwochen-Rhythmus von Freitag Nachmittag bis Samstag Nachmittag

**Nächster Beginn März 2011**

schaften und von Impuls- und Gründerzentren sowie MitarbeiterInnen von privatwirtschaftlichen Standortentwicklungsunternehmen und Projektentwicklern. Zudem dient der Lehrgang als Fortführung für Absolventen geografischer Studien.

## Das sagen Absolventen

„Für mich ist es absolut eine Investition in die Zukunft! Denn Standort- und Regionalmanagement als professionelles



Andreas Hotz

und nachhaltiges Arbeitsinstrument wird für Kommunen und Regionen immer wichtiger werden“, so Lehrgangsteilnehmer Andreas Hotz von der Liegenschaftsverwaltung der Marktgemeinde Götzis.

„Der Hochschullehrgang SRM ist jedem kommunalpolitisch tätigen Menschen, vor allem jedoch

den Bürgermeistern und Regionalplanern zu empfehlen.“ Lehrgangsteilnehmer Martin Netzer, Bürgermeister von Gaschurn.



Martin Netzer

## Information

Fachhochschule Vorarlberg  
Schloss Hofen – Zentrum für Wissenschaft und Weiterbildung  
Mag. Sabine Reiner  
A-6911 Lochau,  
Hoferstraße 26  
Tel.: +43 (0)5574 4930 – 141  
[sabine.reiner@schlosshofen.at](mailto:sabine.reiner@schlosshofen.at)  
[www.standortmanagement.eu](http://www.standortmanagement.eu)

100 Jahre SW Umwelttechnik

## Eine Dynastie blickt zurück und feiert

Seit der Gründung im Jahr 1910 ist das Werk in der Klagenfurter Bahnstraße ein wichtiger Arbeitgeber der Region und maßgeblich am Aufbau von Infrastruktur und am Schutz der Umwelt beteiligt.

SW Umwelttechnik setzte bereits in den 70er-Jahren auf Wasserschutz und entwickelte biologische Kläranlagen und Benzinabscheider. Auch in den 90er-Jahren waren die Brüder Heinz und Bernd Wolschner mit die ersten, die die Chance der Ostöffnung erkannten und zuerst den ungarischen und einige Jahre später auch den rumänischen Markt erschlossen.

ORF Moderatorin Dr. Christa Kummer führte schwungvoll durch den offiziellen Teil des Abends.



Der Kärntner Wirtschaftskammerpräsident Franz Pacher (r.) überreichte Klaus Einfalt und Bernd Wolschner eine Urkunde zum 100-Jahr-Firmenjubiläum.

Heinz und Bernd Wolschner beantworteten Fragen zu den wichtigen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte, zur Schwerpunktsetzung auf Umwelttechnik, der Erschließung der Ostmärkte

und zum Börsegang. Schwiegersohn und Vorstandsmitglied Klaus Einfalt und die Geschäftsführer Heinz Schnabl, Ferenc Galló und Alois Kollmann berichteten über die Zusammen-

arbeit von Österreichern, Ungaren und Rumänen, die großen Potenziale der CEE-Länder und verrieten die Strategie der nächsten Jahre.

Während der Vorspeise mit internationalen Köstlichkeiten spazierte die Gäste durch die Fotoausstellung, die wirtschaftliche Erfolge, die breite Produktpalette und wichtige technische Errungenschaften der 100-jährigen Geschichte abbildete.

Nach dem Galadinner, bei dem österreichische, ungarische und rumänische Showköche kulinarische Multikulturalität präsentierten, schloss der offizielle Teil des Abends mit einer Gesangseinlage am Wörthersee und einem spektakulären Feuerwerk.

E.F.



**100 JAHRE**  
**35 PATENTE**  
**11 STANDORTE**  
**IN ÖSTERREICH, UNGARN UND RUMÄNIEN**  
**40 AUSZEICHNUNGEN**

100 years  
 CELEBRATING HISTORY

**SW**  
 Umwelttechnik  
 Wasser- & Abwassertechnik



**Stangl Kommunaltechnik**

**5 Euro 5**



**HAKO CITYMASTER 2000**  
Kompakt-Kehrmaschine

- LEISTUNGSFÄHIG
- STARK GEBAUT
- EXTREM WENDIG





**KEHREN + WASCHEN**  
mit der Citymaster 2000

- WASCHBALKEN
- HOCHDRUCK-REINIGER



[www.kommunalmaschinen.at](http://www.kommunalmaschinen.at)

**Stangl Reinigungstechnik GmbH.**  
5204-Sträßwalchen  
2334-Vösendorf  
8772-Traboch  
Tel. 06215/8900-0  
info@kommunalmaschinen.at



Österreichs Bundesligisten setzen weiter auf die professionellen Fußballrasensysteme von Polytan – wie hier in der Red Bull Arena, Salzburg.

Der LigaTurf RS+ von Polytan ist das Maß aller Dinge

## Besserer Rücksprung-Effekt, höhere Verschleißfestigkeit

Schon im Jahr 2003 hatten die Betreiber des Ernst-Happel-Stadions Wien für ihr Leistungszentrum einen Kunstrasen von Polytan ausgewählt. Ab 2005 etablierte sich die neue Polytan-Produktlinie LigaTurf als idealer Kunstrasen für den Profifußball. Dieser Hochleistungsrasen wurde damals sowohl am Trainings-

besserer Rücksprung-Effekt, nochmals höhere Verschleißfestigkeit und ein noch weicherer und hautfreundlicheres Filament sind die neuen Leistungsmerkmale. Aufgrund dieser Vorteile entschieden sich der FC Red Bull Salzburg, der SV Pachern in Hart bei Graz und der FC Gratkorn für das neue Polytan LigaTurf RS+ Rasensystem.

Auch Vereine der deutschen Bundesliga, wie der FC Bayern München, Borussia Mönchengladbach, Hertha BSC, Borussia Dortmund, der 1. FC Kaiserslautern, Bayer 04 Leverkusen, Schalke 04 und viele andere trainieren auf einem Polytan-Fußballrasen.

Nahezu all diese Plätze können inzwischen in jährlicher Folge eine erfolgreiche FIFA Recommended 2 Star-Zertifizierung vorweisen. Das einzigartige Ergebnis von 53 FIFA Recommended 2 Star zertifizierten Plätzen, 27 FIFA 2 Star Re-Zertifizierungen, 18 Dreifach-, 10 Vierfach- und 2 Fünffachzertifizierungen untermauert die Kompetenz von Polytan bei diesen weltweit gültigen Qualitätskriterien!



Trainingsgelände, Hypo Group Arena, Klagenfurt

gelände des SK Rapid Wien als auch in der Red Bull-Arena Salzburg installiert. Kurze Zeit später erhielt die Red Bull-Arena das erste „FIFA Recommended 2 Star-Zertifikat“. Weitere Zertifikate folgen in jährlicher Kontinuität. In den folgenden Jahren entschieden sich immer mehr Bundesligavereine für die zertifizierten Polytan-Fußballrasen. So wurde unter anderem 2008 im Sportzentrum Hallein ein Polytan-Fußballrasensystem eingebaut. Im Jahr 2009 folgte eine weitere Installation beim SK Austria Kärnten.

Die kontinuierliche Entwicklungsarbeit bei Polytan führte zum aktuellen Spitzenprodukt LigaTurf RS+. Ein erheblich ver-

### Information

Polytan Sportstättenbau GmbH  
Gewerbering 3  
86666 Burgheim  
Tel.: +49 8432 87-71  
Fax: +49 8432 87-87  
E-Mail: [info@polytan.com](mailto:info@polytan.com)  
Web: [www.polytan.de](http://www.polytan.de)



GRIS-Präsidium Prok. Thomas Schleicher, Mag. Karl Aigner, DI Paul Kubeczko: „Produkte mit dem GRIS-Gütezeichen bieten den Kanalbetreibern Sicherheit.“

## GRIS-geprüfte Produkte schonen Umwelt und Gemeindebudgets

# Intakte Kanäle für viele Jahrzehnte

Die Errichtung von Rohrnetzen im kommunalen Siedlungswasserbau gehört zu den kostenintensivsten Investitionen, die Gemeinden zu tätigen haben. Durch seinen hohen Qualitätsanspruch trägt der Güteschutzverband Rohre im Siedlungswasserbau-GRIS dazu bei, dass diese finanziellen Mittel gut und nachhaltig eingesetzt sind. GRIS-geprüfte Rohre und Formstücke garantieren den Kanalbetreibern Sicherheit im Gebrauch und lange Nutzungsdauer.

Gerade in Zeiten angespannter Budgets ist nachhaltige Qualitätssicherung besonders wichtig. Die Rohre

selbst machen – je nach Material – lediglich zwischen 15 und 20 Prozent der Kosten des Gesamt-Bauwerkes aus. Es lohnt sich also allemal, bei deren Auswahl auf hochwertige Produkte mit GRIS-Gütezeichen zu setzen. Denn der Preis für nachträgliche Reparaturen und die Behebung von Umweltschäden ist naturgemäß weitaus höher als eine etwaige geringfügige Ersparnis beim Materialeinkauf.

### Hohe Anforderungen

GRIS-geprüfte Produkte erfüllen technische Anforderungen, die über die Ö-

NORM hinausgehen. Zudem haben Firmen, die ihre Produkte GRIS-registrieren lassen, noch weitere Kriterien zu erfüllen: z. B. Versicherungsnachweis, Qualitätsmanagementsystem, Vertretung in Österreich, Materialrücknahme, Entsorgung und Wiederverwertbarkeit der Produkte. All diese Anforderungen finden sich in keinem anderen offiziellen Regelwerk. Das GRIS-Gütezeichen bestätigt für den Anwendungsbereich Abwasser die Konformität mit den ÖGA (Österreichische Güteanforderungen für Erzeugnisse im Siedlungswasserbau). Diese beruhen stets auf

dem Stand der Technik und haben Qualität und Langlebigkeit als erklärtes Ziel.



### Information

GRIS – Güteschutzverband Rohre im Siedlungswasserbau  
Arsenal, Objekt 213  
1030 Wien  
Tel.: 01/798 16 01 150  
E-Mail: [info@gris.at](mailto:info@gris.at)  
Web: [www.gris.at](http://www.gris.at)

E.F.

Gute Zusammenarbeit sichert erfolgreiche Verwertung von EAGs und Altbatterien

## Vorbildhafte Entsorgung von Elektroaltgeräten

Mehr als 9 kg Elektroaltgeräte pro Kopf haben die ÖsterreicherInnen im Jahr 2009 gesammelt. Auch wenn diese Zahl derzeit noch auf Hochrechnungen basiert bis alle Meldungen endgültig ausgewertet sind, zeigt sich erneut, dass sich die BürgerInnen intensiv mit der richtigen Entsorgung von alten Elektrogeräten und auch Altbatterien auseinandersetzen. Die EAG-Sammelmenge des Jahres 2009 betrug rund 73.000 Tonnen, die Masse der gesammelten Altbatterien mehr als 13.000 Tonnen. Dieses auch im internationalen Vergleich ausgezeichnete Ergebnis konnte vor allem durch die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Kommunen und Lebensministerium erzielt



Alte Geräte müssen richtig entsorgt werden, vieles wird verwertet bzw. wiederverwendet.

werden. Für die BürgerInnen sind die MitarbeiterInnen bei den kommunalen Sammelstellen meist erste und wichtigste Ansprechpartner in Sachen richtiger Entsorgung von alten Elektrogeräten bzw. Altbatterien. Die Koordinierungsstelle

stellt den Kommunen bzw. Abfallwirtschaftsverbänden dafür regelmäßig Informationen zu den wichtigsten Themen zur Verfügung und stellt diese auch auf ihrer Website zum Download bereit.

Die im Jahr 2007 erstmals veröffentlichte Schul-DVD, die den Lebens- und Entsorgungskreislauf von Elektroaltgeräten darstellt und sogar international mehrfach ausgezeichnet wurde, wird derzeit aktualisiert und um

die Neuerungen, die sich z. B. durch Inkrafttreten der Batterienverordnung ergeben haben, ergänzt. Da die DVD auch von Erwachsenen und Experten für Info-Veranstaltungen oder Kongresse gerne verwendet wurde, wird die Koordinierungsstelle auch die adaptierte neue Version allen Interessierten unentgeltlich zur Verfügung stellen, solange der Vorrat reicht.

### Information

Elektroaltgeräte Koordinierungsstelle Austria,  
Mariahilfer Straße 84,  
1070 Wien  
Tel.: 01/522 37 62/0  
Fax.: 01/522 37 62/19  
[office@eak-austria.at](mailto:office@eak-austria.at)

E.F.

Finanzinformationssystem auf Kommunalnet

# Mehr Planungssicherheit für Kommunen

Um die Kommunen in der Finanzplanung und Budgetierung zu unterstützen, steht jeder Gemeinde auf Kommunalnet „ihre“ Ertragsanteilsprognose für 2010 zur Verfügung.

Dieses Berechnungstool wurde in Kooperation zwischen dem Österreichischen Gemeindebund, dem Bundesministerium für Finanzen und der Kommunalkredit Austria entwickelt. Mehr als 8000-Mal haben die Gemeinden schon in dieses Finanzinformationssystem hineingeklickt, um sich die fürs Gemeindebudget wichtige Planungsgröße berechnen zu lassen. Ein genauerer Blick auf die aktuelle budgetäre Situation der Gemeinden mithilfe der Online-Informationen auf <https://www.kommunalnet.at> bietet sich gerade jetzt an. Denn bei Ausnützen des momentanen Zinsniveaus können Sie sich gegen steigende Zinsen absichern und neben einem potenziellen zukünftigen Einsparungseffekt auch zusätzliche Planungssicherheit für die Zukunft gewinnen. An einer Erweiterung des Finanzinformationssystems auf Kommunalnet wird bereits gearbeitet. Noch in diesem Sommer soll es eine mehrjährige Prognosemöglichkeit und damit einen „Blick in die Zukunft“ geben. Auch eine monatliche Ertragsanteilsprognose ist für jede Gemeinde in Vorbereitung.

## Digitaler Schreibtisch

Kommunalnet, Österreichs Intranetplattform für Gemeinden, wird seit dem Jahr 2004 vom Gemeindebund mit seinen Landesverbänden und von der Kommunalkredit (Anteile je 50 Prozent) betrieben. Schon seit mehreren Jahren bietet Kommunalnet den Gemeinden ein Bench-



Ein Blick ins Grund- oder Firmenbuch, Gewerbe- oder Melderegister dauert nur wenige Sekunden – mit wenigen Klicks erhalten BürgermeisterInnen und Amtsleiter Zugang zu relevanten behördlichen Datenbanken, die sie für ihre tägliche Arbeit benötigen.

marking-System an. Dabei kann jede Gemeinde Vergleichswerte mit den durchschnittlichen Gemeindefinanzen im Bezirk, im Bundesland und im österreichweiten Durchschnitt erstellen. 83,4 Prozent aller österreichischen Gemeinden nützen mittlerweile täglich dieses Angebot. „Mit über hundert hoheitlichen und privatwirtschaftlichen Anwendungen sowie zahlreichen nützlichen und exklusiven Informationen und Services bieten wir unseren Kunden quasi einen

digitalen Schreibtisch, auf dem alles Notwendige vorhanden ist“, so Mag. Lucas Sobotka, Kommunalnet-Geschäftsführer. Rund 600.000 Zugriffe pro Monat bestätigen das Interesse an der E-Government-Plattform.

## Mit einem Klick alles im Blick

Ein Blick ins Grund- oder Firmenbuch, Gewerbe- oder Melderegister dauert nur wenige Sekunden; die Recherche in der Rechtsdatenbank ist kostengünstig; Insolvenzlisten, Job- und Gerätebörsen erscheinen tagesaktuell. Kommunalnet ermöglicht rasche und effiziente Verwaltungsabläufe und ist damit eine kosten- und zeitsparende Arbeitserleichterung. Mit wenigen Klicks erhalten Bürgermeister und Amtsleiter Zugang zu relevanten behördlichen Datenbanken, die sie für ihre tägliche Arbeit benötigen. Und das Spektrum auf der Informations- und Arbeitsplattform wird laufend breiter. Neue Anwendungen sind beispielsweise die „Rundschreibendatenbank NÖ“ sowie das „Gebäude- und Wohnregister“. Das nächste Ziel ist die Weiterentwicklung von E-Learning-Tools und Benchmark-Tools, damit Kommunalnet als verlässlicher Partner die österreichischen Gemeinden bei der Arbeit in einer modernen Verwaltung noch besser unterstützen kann.

## Information

[www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at)  
Mag. Lucas Sobotka  
Wipplingerstraße 19,  
1010 Wien  
Tel.: 01/890 21 30-10

Die Münze Österreich bietet für jeden Anlass ein Objekt aus edlem Metall

# Mit Medaillen bleibende Erinnerungen schaffen

Medaillen zum Jubiläum und Gedenken, als Anstecknadeln oder Plaketten schaffen bleibende Erinnerungen.

Die Münze Österreich bietet für spezielle Anlässe genau

die richtigen

Begleiter in Bronze,

Silber oder Gold. In

jedem Fall ein außer-

gewöhnliches Erinnerungs-

stück für große Errungenschaften.



## Jubiläumsmedaillen

Am Beispiel eines großen Anlasses, wie eines Gemeindejubiläums, zeigt sich, wie schön so ein Zeitpunkt in Gold, Silber oder Bronze geprägt werden kann. Mit einer Jubiläumsmedaille können Sie eine zeitlose, wertvolle Erinnerung schaffen.

## Gedenkmedaillen

Krönen Sie treue Gäste mit einer Gedenkmedaille, die diese mit Stolz als Erinnerung an einen schönen Urlaub im Freundes- und Bekanntenkreis zeigen werden. Somit dient die Medaille auch dazu, Interesse an Ihrer Gemeinde als Urlaubsziel zu erhalten und neu zu wecken.

## Ehrenmedaillen und Anstecknadeln

Verleihen Sie besondere Aus-

zeichnungen, um langjährige Verdienste zum Wohle der Gemeinde zu honorieren. Großzügigen Spendern werden Medaillen als Dankeschön verliehen, um deren Beitrag besonders hervorzuheben und zu dokumentieren.

Künstlerische Gestaltung und modernes technisches Know-how vereint mit Tradition und der langjährigen Erfahrung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglichen ein exzellentes Gesamtergebnis. Sämtliche Arbeitsschritte – vom Design beginnend, über Anfertigen des Gipsmodells, Reduzierung und Produktion der Urwerkzeuge bis zur Aufbereitung der Prägestempel – führt die Münze Österreich durch und selbstverständlich aufeinander abgestimmt aus.

Vielfältiges Design und die Verwendung von unterschiedlichen Materialien erweitern das An-

gebot mit einem großen gestalterischen Spielraum in der jeweiligen finanziellen Bandbreite, die für ein solches Projekt benötigt wird.

## Individuelle Beratung

Kontaktieren Sie uns, wir beraten Sie gerne persönlich und informieren Sie über alle Möglichkeiten, um „Ihre ganz persönliche Medaille“ zu fertigen.

## Information

Münze Österreich AG  
Am Heumarkt 1  
1030 Wien  
Tel.: 01/71715 - 350  
Fax: 01/71715 - 357  
E-Mail:  
medals@austrian-mint.at  
[www.austrian-mint.at](http://www.austrian-mint.at)

Die Kardinalfrage bei Ehrenzeichen ist immer gleich:

# Welche Stufe ist angemessen?







Das Ordens- und Auszeichnungswesen in Österreich ist eine sehr komplexe Materie. Sie hat sich in unsere demokratische Republik ohne nennenswerte strukturelle Änderungen aus einem hierarchischen System der Monarchie herübergerettet.

Foto: Amt der Steiermärkischen Landesregierung

Das Ordens- und Auszeichnungswesen verfolgt neben seinem nachweisbaren Beginn in der Antike im Wesentlichen drei Zwecke. Offenkundig ist die individuelle Belohnung verdienter Persönlichkeiten. Aber nicht nur die Beliehenen dürfen sich schmücken, sondern es ist auch der Staat, der sich als funktionierendes Gemeinwesen in seinem Ehrenzeichenträger präsentieren will. Schließlich wirkt neben Belohnung und Manifestation als drittes Element auch der Ansporn.

Es wäre ein leichtes, nunmehr all dies mit einer egalitären Auszeichnung abzudecken. Das widerspricht aber einerseits der Natur des Menschen an sich, schließlich ist die Belohnung ein zweiseitiges Geschäft und muss auch angenommen werden. Zweitens scheidert es in komplizierteren Staatswesen auch am

Manifestationszweck. Der Staat will seine vielfältigen Ausformungen differenziert darstellen. In den Jahrhunderten haben sich unterschiedlichste Auszeichnungen

herausgebildet, jene für Soldaten oder Künstler, Politiker und Beamte und viele andere mehr.

Deswegen ist auch eine Abstufung gerechtfertigt, die den Landtagspräsidenten eben als solchen erkenntlich macht, und der Sektionschef als höchster Beamtenrang erst einige Stufen darunter rangiert. Es wird damit

nicht eine unterschiedliche Gewichtung der individuell geleisteten Verdienste vorgenommen, sondern lediglich das formale Amt in den vorgegebenen Stufenbau eingeordnet. Die Verdienste sollen schließlich neben Staatsmanifestation und Ehrung auch Beispielswirkung entfalten, und die Auszeichnung soll nicht

Trotz allem muss die Frage zulässig sein, warum die österreichischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister entgegen ihrer ständig wachsenden Verantwortung noch immer am protokollarischen Ende des staatlichen Ordensspektrums angesiedelt sind.

nur manifestieren und belohnen, sondern eigentlich alle anspornen.

Es gibt auch Auszeichnungen für kommunale Politikerinnen und Politiker. Sie folgen in der Hierarchie dem staatlichen Protokoll und behandeln die Gemeinden damit als unterste Ebene des staatlichen Stufenbaus, ungeachtet der aufopfernden Ver-

Die definitive endgültige Gliederung der österreichischen Bundesehrenzeichen mit zehn Ehrenzeichengraden, zwei Stufen des Verdienstzeichens und drei Graden der Medaillen ist sicher nicht in den nüchternen republikanischen Ministerialstuben entstanden.

dienste des Einzelnen. Allen kommunalen Mandataren sei gesagt. Der Wert des Verdienstes ist nicht von der hierarchischen Ebene abhängig, auf der er geleistet wurde. Trotz allem muss die Frage zulässig sein, warum die österreichischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister entgegen ihrer ständig wachsenden Verantwortung noch immer am protokollarischen Ende des staatlichen Ordensspektrums angesiedelt sind.

Das Ordens- und Auszeichnungswesen in Österreich ist eine sehr komplexe Materie. Sie hat sich in unsere demokratische Republik ohne nennenswerte strukturelle Änderungen aus einem hierarchischen System einer Monarchie herübergerettet. Die Republik musste zwar



Ornat des ungarischen St.-Stephans-Ordens noch im Stil des aristokratischen Anspruchs auf die Repräsentation, der Mantel mit Kragen aus Samt, Hermelinimitation, Gold- und Silberstickerei (Wien, um 1764). Kleines Bild: Stern zum Großkreuz des Stephans-Ordens. Wien, 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Gold, Silber, Diamanten, Smaragde.

bei der Farbenvielfalt der Ordenszeichen Abstriche machen, und auch diverse Kronen wurden durch Bundesadler und Länderwappen ersetzt.

Aber die definitive endgültige Gliederung der österreichischen Bundesehrenzeichen mit zehn Ehrenzeichenstufen, zwei Stufen des Verdienstzeichens und drei Graden der Medaillen ist sicher nicht in den nüchternen republikanischen Ministerialstuben entstanden. Sie fußt vielmehr auf einer gewachsenen und äußerst komplizierten Systematik, die in der Zeit des Vielvölkerstaates im Wien des späten 19. Jahrhunderts bis ins letzte Detail und mit Hingabe entwickelt wurde, sodass sie nicht nur in die Operetten, sondern auch in die Weltliteratur Eingang gefunden hat.

### Die heutige Praxis

In der Praxis werden heute 14 Ehrenzeichengrade verliehen, die fast deckungsgleich mit der Vielfalt an Orden und Titeln der Monarchie ist. Rechnet man von den Orden des Kaiserstaates die außer der Reihenfolge rangierenden Ehrungen des Goldenen Vlieses und des militärischen



Orden der Eisernen Krone.



Fotos: Amt der Steiermärkischen Landesregierung

Die Insignie ist ein 45 x 45 mm großes, rot emailliertes Malteserkreuz (golden bordiert). Darin eingelegt findet sich ein weiß emailliertes Griechisches Kreuz. In Verbindung dazu zeigt sich der goldene Bundesadler umringt von den farbig emaillierten Landeswappen. Das Band ist 45 mm breit, von roter Farbe, und hat einen 25 mm breiten Mittelstreifen (weiß), mit Vorstoß beidseitig. Für Damen in Maschenform: 38 mm breite und 80 mm lange Masche. Die Rosette besitzt einen Durchmesser von 9 mm und einen höheren weißen Anteil. Das Inlett des Etuis ist weiß.

Maria-Theresien-Ordens heraus, stand der Kabinettskanzlei des Kaisers ebenfalls ein Ordensspektrum von 14 Rangstufen zur Verfügung, wobei drei dieser Stufen in unterschiedlicher Form vergeben wurden. So konnten vor allem die meist öf-

fentlichen Repräsentanten unterschiedlichster Rangklassen damit rechnen, bei ausgezeichneten Leistungen mit den ihnen formal zustehenden Stufen von Orden ausgezeichnet zu werden. Klar ist und bleibt, dass ein Oberoffizial auch bei den außergewöhnlichsten



Franz-Josephs-Orden.



Die Insignie ist ein 45 x 45 mm versilbertes Malteserkreuz (glatt gerändert in Verbindung mit einem erhabenen, glatten griechischen Kreuz). Der silberne Bundesadler ist umringt von nicht emaillierten Landeswappen. Das Band ist 45 mm breit, von roter Farbe und hat einen 7 mm breiten Mittelstreifen (weiß), mit Vorstoß beidseitig. Die Bändchenschleife besitzt einen höheren roten Anteil bei einer Breite von 6 mm und einer Länge von 25 mm. Das Inlett des Etuis ist schwarz.

Leistungen und Verdiensten eine nicht nur annähernd so hohe Ehrung erhalten konnte wie ein Statthalter oder Minister. Ein Bankier erhielt bei den zugestanden Opfern und Verdiensten, auch wenn sie noch so beeindruckend waren, zwar meist einen Halsorden, aber keinesfalls in der Höhe, die einem distinguierten Herrenhausmitglied zustand.

Natürlich gab es auch nationale und ethnische Kalküle bei der Verleihung. Italiener erhielten unverhältnismäßig oft den Orden der Eisernen Krone, jüdische Bankiers fast ausnahmslos den Franz-Josephs-Orden. Die Polen erfreuten sich auch wegen der Farben eher an einem Leopoldsorden und ungarische Aristokraten strebten eine Mitgliedschaft im erlauchten Kreis des Sankt-Stephans-Ordens an. Es gab kaum eine Person und Stellung in der ganzen Monarchie, derer man in diesem komplizierten Stufenbau in väterlicher Für-

sorge nicht gedacht hatte. Diese komplizierte protokollarische Ordnung des Auszeichnungswesens verdient nicht einmal mehr den Ausdruck „barock“, da sich die zivilen Verdienste der Monarchie in der Barockzeit lediglich auf drei Ordensstufen aufzuteilen hatten, die anlassbezogen noch durch eine überschaubare Anzahl von Gnadenmedaillen ergänzt wurde. Die Vielfalt ist also im 19. Jahrhundert gewachsen und spiegelt sukzessive auch die Einbeziehung aller Bevölkerungsschichten in das staatliche Auszeichnungswesen wider. Ein pensionierter Oberlandesgerichtspräsident hat sich vor einigen Jahren die Mühe gemacht,

das Auszeichnungswesen der Republik mit jenem der Monarchie um 1900 zu vergleichen und kam dabei auf das verblüffende Ergebnis, dass die hierarchische Rangordnung der Ehrenzeichen der Republik fast identisch ist mit der protokollarischen Abstufung der Orden in den letzten Jahren der Habsburgermonarchie.

### Und die Bürgermeister in diesem Stufenbau?

Es sind vor allem immer wieder die Repräsentanten der Bundesregierung, die unsere kommunalen Mandatäre bei großen Anlässen generell belobigen und ihre wichtige Funktion als Re-

## Auszeichnungen & Bürgermeister

### Gekrönte Häupter und die seltsamsten Ehrungen



Außerhalb der Reihenfolge stand der Orden vom „Goldenen Vlies“. Ausschließlich Mitgliedern des katholischen Hochadels vorbehalten und für Bürgermeister und andere „Normalsterbliche“ unerreichbar? Keine Regel ohne Ausnahmen: Erzherzog Johann war ab 1850 auch Bürgermeister der steirischen Gemeinde Stainz.

Erzherzog Johann im Schmucke des „Goldenen Vlies“.

Die Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erhielten als Kommunalpolitiker wohl die höchsten Stufe eines Ordens der Monarchie, zu ihrer Amtskette trugen etwa Dr. Karl Lueger oder Andreas Zelinka das Komturkreuz mit dem Stern des Franz-Josephs-Ordens.



Andreas Zelinka dekoriert mit Franz-Josephs-Orden und osmanischen bzw. sächsischen Auszeichnungen.



Links: Karl Lueger mit seiner „Bürgermeisterkette“ und dem Stern des Franz-Josephs-Ordens.

präsentanten des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens betonen. Sie sind einerseits die Verkörperung des demokratischen gesellschaftlichen Systems, Vorbildfiguren, manchmal sogar Beichtväter oder Mütter. Es ist daher wichtig, dass gerade die Bürgermeister/innen mit ihren kommunalen Mandataren, die an der Basis für das politische Leben schlechthin arbeiten, einen fixen Platz in einem Auszeichnungsschema haben. Warum rangieren aber die Kommunalpolitiker in diesem Stufenbau so weit unten?

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass es gerade die seit dem vorläufigen Reichsgemeindegengesetz des Grafen Stadion aus dem Jahr 1848 und vor allem im Reichsgemeindegengesetz 1862 grundgelegte bedeutende verfassungsrechtliche Stellung der Gemeinden in Österreich verlangt hat, auch die Leistungen im Kommunalwesen im Sinne eines gesunden Staatsganzen entsprechend zu belohnen. Schon in der Monarchie war es üblich, Bürgermeistern und kommunalen Mandataren neben den damals schon gängigen Feuerwehrmedaillen allgemeine Auszeichnungen für deren Leistungen in den Gemeinden zu verleihen. Die Gemeinden wurden in der damaligen Zeit noch eher als Teil der Gesellschaft gesehen, obwohl der doch auch vom Kaiser sanktionierte Ausspruch „Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde“ in der damaligen Zeit schon erheblich revolutionär war.

In einem hierarchischen Aufbau, der beim Kaiser anfang, man

Schon in der Monarchie war es üblich, Bürgermeistern und kommunalen Mandataren neben den damals schon gängigen Feuerwehrmedaillen allgemeine Auszeichnungen für deren Leistungen in den Gemeinden zu verleihen.

würde heute von einem „Top-Down-Ansatz“ sprechen, müssten die Bürgermeister auch angesichts der damals noch nicht so bedeutenden Aufgabenfülle der Gemeinden ehrungstechnisch jedenfalls am protokollarisch letzten Zipfel Platz nehmen. Als Auszeichnungen kamen im Wesentlichen die 1849 von Franz Joseph I. gestifteten (goldenen und silbernen) Verdienstkreuze (mit und ohne Krone) in Frage. Bürgermeister größerer Städte bekamen auch Ordensinsignien wie das Ritterkreuz des Franz-Josephs-Ordens oder sogar eine Stufe höher, nämlich den Orden der Eisernen Krone III. Klasse. Die Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt erhielten als Kommunalpolitiker wohl die höchsten Stufe eines Ordens der Monarchie, zu ihrer Amtskette trugen etwa Dr. Karl Lueger oder Andreas Zelinka das Komturkreuz mit dem Stern des Franz-Josephs-Ordens. Die in der Monarchie gehabte Usance hat sich bis heute nicht wesentlich geändert. Kommunale Mandatäre rangieren auch heute meist am Ende der Auszeichnungspalette. Je nach Größe der Gemeinde können Bürgermeister mit dem Silbernen oder Goldenen Verdienstzeichen geehrt werden.

Bei größeren Gemeinden und Städten sind auch die etwas höheren Stufen des Silbernen oder Goldenen Ehrenzeichens in Reichweite. Es stellt sich durchaus die Frage, ob nicht aufgrund der hohen Verantwortung, die ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin aufgrund der ihm/ihr übertragenen Aufgaben trägt, auch eine Neuordnung dieses Stufenbaus angedacht werden kann. Die Frage muss auch noch allgemeiner zulässig sein: Wann erhalten die kommunalen Mandatäre endlich die höhere politische, protokollarische, finanzielle und soziale Position, die ihnen aufgrund ihrer übernommenen Verantwortung auch zusteht? Doch abgesehen von den viel wichtigeren finanziellen und sozialen Fragen, nicht alles lebt von Hierarchie: das zeigt wohl auch die rangmäßige Einstufung der Goldenen Medaille für Lebensrettung. Sie ist vom Ethos wohl die bedeutendste Aus-

Wann erhalten die kommunalen Mandatäre endlich die höhere politische, protokollarische, finanzielle und soziale Position, die ihnen aufgrund ihrer übernommenen Verantwortung auch zusteht?

zeichnung, die in Österreich verliehen werden kann. Rangmäßig ist sie aber erst als Grad 13 die vorletzte Stufe und damit nach den typischen Auszeichnungsgraden der kommunalen Politikerinnen und Politiker eingereiht.

Eine unterhaltsame Geschichte zum Schluss: Ein Bürgermeister war auch hoher Beamter der Landesregierung. Als verdienter A-Beamter stand ihm eine weit höhere Auszeichnung zu, als er es für seine Verdienste als Bürgermeister beanspruchen könnte. Befragt, ob er den Grad für einen Beamten oder für Bürgermeister vorziehen würde, entschied er sich natürlich für die niedrigere Stufe. Conclusio: Die Größe des Verdienstes wächst nicht unbedingt mit Rang oder Position.

Mag. Nicolaus Drimmel ist Leiter der juristischen Abteilung des Österreichischen Gemeindebundes und Hobbyhistoriker



# Österreichischer Amtskalender 2010/2011

## Das Lexikon der Behörden und Institutionen



Das Standard-Nachschlagewerk für alle Bereiche des öffentlichen Lebens enthält alle relevanten Informationen über den gesamten öffentlichen Sektor Österreichs. Die Daten werden jährlich aktuell direkt von den beschriebenen Institutionen bezogen: alle Bundes-, Landes- und Gemeindebehörden mit Amtsträgern bzw. Ansprechpersonen, Zuständigkeitsbereichen, Postanschriften, Telefonnummern, E-Mail- und Web-Adressen.

Das sorgfältig redigierte Handbuch erleichtert den Kontakt zu Bund und Bundesministerien, Landesregierungen und allen 2357 Gemeinden Österreichs. Alle wichtigen Infos im Bereich Justiz, Öffentliche Sicherheit, Gesundheit, Wissenschaft und Unterricht, Kirchen, Standes- und Interessenvertretungen u.a. werden hier kompakt und aktuell dargestellt.

Ein zuverlässiges Hilfsmittel im Umgang mit Ämtern und Behörden, Politik und Verwaltung - für Unternehmer, Journalisten und alle, die im öffentlichen Bereich tätig sind.

erscheint Ende Juni 2010

78. Jahrgang

ca. 1885 Seiten, gebunden

978-3-7046-5506-6

ab € 160,60

Infos zu Amtskalender Online unter:  
[www.amtskalender.com](http://www.amtskalender.com)

Tel.: +43-1-680 14-0, Fax: -140, [order@verlagoesterreich.at](mailto:order@verlagoesterreich.at), [www.verlagoesterreich.at](http://www.verlagoesterreich.at)

Ja, ich/wir bestelle(n)

- |  |                        |
|--|------------------------|
| <input type="checkbox"/> Buch (Subskriptionspreis*/Abopreis) | _____ Expl. à € 160,60 |
| <input type="checkbox"/> Buch (Ladenpreis ab 1. Juni)        | _____ Expl. à € 166,10 |
| <input type="checkbox"/> CD-ROM                              | _____ Expl. à € 172,80 |
| <input type="checkbox"/> Kombi Buch und CD-ROM               | _____ Expl. à € 212,40 |

\*Subskriptionspreise werden bei Bestellungen bis 31. Mai 2010 gewährt.

Firma	Vor- und Zuname	
Straße	PLZ/Ort	Kundennummer
Telefon	E-Mail	Datum, Unterschrift

**Neuerungen:** Schon am 25. April, zur Bundespräsidentenwahl, kommen die neuen Reformen zum Tragen

## Wahlrechtsreform ab sofort in Kraft getreten

### ÖSTERREICH

In Zukunft reicht bei allen bundesweiten Wahlereignissen das Eintragen einer Unterschrift in der Rubrik für die eidesstattliche Erklärung auf der Wahlkarte aus, um eine gültige Stimme abzugeben. Die Portokosten werden bei der Briefwahl in Hinkunft generell vom Bund getragen, gleichgültig, ob die Wahlkarte im Inland oder im Ausland aufgegeben wird. Die Wahlkarte muss nicht mehr zwingend im Postweg befördert werden, sie kann auch persönlich bei der Be-

zirkswahlbehörde abgegeben werden. Mit einer Lasche auf der Wahlkarte sind die Daten der Wahlberechtigten in Hinkunft während der Beförderung zur Behörde verdeckt. Auch die Terminologie des „eingetragenen Partnerschaftsgesetzes“ wurde in das Wahlrecht übernommen. Es besteht die Möglichkeit, einen „Familiennamen“ oder einen „Nachnamen“ einzutragen; sämtliche Formulare wurden dementsprechend angepasst. Zusätzlich gibt es zahlreiche Verbesserungen und



Die Änderungen im Wahlgesetz bringen Erleichterung für Gemeinden und Wähler.

Klarstellungen, die die Gemeinden bzw. die Wahlbehörden betreffen. Bei Nationalrats- und Europawahlen werden Vorzugsstimmen in Zukunft immer durch die örtlichen Wahlbehörden ermittelt werden;

seitens der Gemeinden herbeigeseht war die Regelung, wonach an Sonntagen die Öffnung der Gemeindeämter zum Zweck der Einsichtnahme in die Wählerevidenz nicht mehr vorgeschrieben ist.



Österreichs Nationalparks locken mit umfangreichem Programm für ihre Sommergäste. Nähere Infos im Internet.

**Ideenreich:** Besucher erwartet viel Interessantes

## Nationalparks locken mit Programm

### ÖSTERREICH

Sechs Regionen Österreichs, Donau-Auen, Gesäuse, Hohe Tauern, Thayatal, Kalkalpen und der Neusiedlersee-Seewinkel sind Nationalparks. Sehr vielfältige Regionen, die sich durch einzigartige Natur auszeichnen. Jede einzelne hat ein spezifisches Programm, welches Naturbeobachtungen wie „Birdwatching“ oder Wildtierbeobachtung

über Nationalpark-Wanderungen. In den Hohen Tauern kann man sich auf eine „Reise in die Arktis“ begeben und im Nationalpark Thayatal kommen Fahrradfans voll auf ihre Kosten. Im Gesäuse kann ein Weidenbau-Workshop besucht werden und der Neusiedlersee wird ab Sommer von einem Solarboot befahren. Nähere Infos [www.nationalparks-austria.at](http://www.nationalparks-austria.at)

**Studie** zeigt auf

## Steirer sind Krisenopfer Nummer 1

### WIEN/GRAZ/LINZ

Eine von der BankAustria durchgeführte Studie brachte ein interessantes Ergebnis: Demnach entscheidet die Größe der Industrie eines Bundeslandes im Verhältnis zum Dienstleistungssektor, wie schwer es von der aktuellen Wirtschaftskrise getroffen wird. Demzufolge leidet die Steiermark, gefolgt von Oberösterreich besonders an der Krise. Obwohl Oberösterreich zahlenmäßig mehr Industrie als die Steiermark besitzt, steht die Grüne Mark an erster Stelle. Es wirkte sich aus, dass mit dem Autozulieferer Magna einer der wichtigsten Leitbetreiber der Region Auftragsrückgänge hingenommen werden mussten. Dem BMW-Werk in Steyr ist es hingegen deutlich besser ergangen. Wien kommt in der Krise am besten weg.

## Walk-Space-Award: Augenmerk auf die Gehenden Preis für Fußgeher-freundliche Orte

### WIEN

Zum zweiten Mal wird heuer der „Walk Space Award“ vom Verein für FußgängerInnen vergeben. Dabei werden die besten Lösungen in Städten und Gemeinden für FußgängerInnen prämiert. Die Projekte fürs „zu Fuß gehen“ können bis 28. Mai eingereicht werden.

In den Kategorien Platzgestaltung, Fußwegenetze, Straßenräume, Schulwegkonzepte, Über- und Unterführungen/Querungen, Multi-Intermodale Schnittstellen zu anderen Verkehrsmitteln und Bewegung & Gesundheit werden Projekte angenommen. Infos [www.walkspace.at](http://www.walkspace.at)



Vorzeigebispiel: Dieser großzügige Fußgängerübergang befindet sich in Wels.

**IHS-Studie:** Die Krise verändert das Reiseverhalten

## Tourismus-Branche rechnet erst 2011 mit Besserung

### ÖSTERREICH

Das Institut für höhere Studien (IHS) rechnet erst im kommenden Jahr mit einem Aufschwung für den Tourismus in Österreich. Prognostiziert wird ein Minus von etwas mehr als einem Prozent. IHS-Chef Bernhard Felderer dazu: „Sorgen um den Job vermiesen vielen die Urlaubslust – vor allem im wichtigen Herkunftsmarkt Deutschland.“ Zudem würden die Realeinkommen in Österreich 2010 nicht steigen und in Deutschland die Pensionen nicht angehoben. Viele machen zwar trotzdem eine Reise, doch sie geben weniger Geld aus als erwartet. Sommerdestinationen werden das laut

Gesamt hielt sich der Wintertourismus mit knapp minus 1,5 Prozent die Waage. Doch einzelne Regionen kämpften mit einem Verlust von rund 8 bis 10 Prozent. Auch für den Sommer sieht es nicht rosiger aus; eine Besserung der Situation soll sich ab 2011 einstellen.

IHS stärker spüren als Wintertrouismusorte. Im Schnitt gibt ein Sommergast rund 100 Euro pro Tag aus, ein Wintergast aber rund 140 Euro. Gerade im Sommer seien viele Familien auf Reisen, die nicht so viel Geld haben wie der klassische Wintertourist. Doch von einer Krise

wie Ende der 90er-Jahre wolle man nicht sprechen. Seit damals gab es ständige Zuwächse, diese sollen ab 2011 wieder hinzukommen. WKO-Tourismus-Obmann Johann Schenner sieht aber im vergangenen Winter in einzelnen Regionen sehr starke Verluste, die vor allem die Gastronomie treffe.

**Asyl:** Begrenzung

## Thalham mit 120 Plätzen limitiert

### THALHAM

Im Asylaufnahmезentrum Thalham im Gemeindegebiet von St. Georgen im Attergau dürfen künftig nicht mehr als 120 Personen Platz finden. Innenministerin Maria Fekter, Landeshauptmann Josef Pühringer, LH-Stv. Josef Ackerl und der Bürgermeister von St. Georgen, Wilhem Auzinger, haben in Linz eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Gleichzeitig wurde die Belegung des größten Asyl-Erstaufnahmestelle Österreichs in Traiskirchen seit April für maximal 480 Personen fixiert. Die Maßnahmen sollen dabei helfen, Probleme mit den Zentren in den Griff zu bekommen.

**Klima:** Strom statt Gas

## Millionen für das Elektroauto

### WIEN

Geht es nach Umweltminister Niki Berlakovich, soll das Elektroauto in den kommenden Jahren odentlich unterstützt und gefördert werden. Rund 3,5 Millionen Euro stellt er für die Elektromobilität zur Verfügung. „Wir haben in der Energiestrategie das Ziel formuliert, 250.000 Elektroautos bis zum Jahr 2020 auf Österreichs Straßen zu bringen“, sagt Berlakovich, deshalb habe man in der Flotte des Ministeriums bereits Fahrzeuge, die mit Biotreibstoffen betrieben werden, und ein Elektroauto. Als Vorbild agieren die Vorarlberger „Vlotte“ und die „Electro Drive“ Initiative. Infos [www.vlotte.at](http://www.vlotte.at) sowie [www.electrodrive-salzburg.at](http://www.electrodrive-salzburg.at)

**Widerstand:** Bewohner wollen über ihre Häuser selbst verfügen

## Hallstätter wehren sich gegen Denkmalamt

### HALLSTATT

Die Bewohner des kleinen weltbekannten Ortes haben dieser Tage ihre Balkone nicht nur mit den ersten Frühlingsboten geschmückt, aus gegebenem Anlass zielen auch Banner mit Aufschriften wie „Denkmalamt? Denk-Mal! Nein Danke“ die Fassaden der geschichtsträchtigen Häuser. Der Grund: Seit 1998 ist Hallstatt Weltkulturerbe. Damit verpflichtete sich die Republik Österreich gegenüber der UNESCO, die Schätze der Stadt mit staatlichem Schutz auszustatten. Das verantwortliche Denkmalamt, das nun den Ensemble-schutz in Hallstatt auf insgesamt 430 Privathäuser ausdehnen will, stößt dabei aber auf erheblichen Widerstand der Bewohner. Dabei solle die Schutz-Stellung im

Grundbuch eintragen werden, selbst der Innenausbau oder Dachbodenveränderungen müssten künftig vom Denkmalamt genehmigt werden. „Wir wollen keine Käseglocke über unserem Eigentum“, erklärte Hallstatts Bürgermeister Alexander Scheutz gegenüber den „Salzburger Nachrichten“. Seit Generationen erhalten die Bewohner ihre Häuser auch ohne Schutzstatus. „Wir wollen keine Behörde, die ein absolutes Betretungsrecht unserer Häuser besitzt“, so der Tenor der Hallstätter Denkmalschutz-Gegner. Die Gemeinde habe ohnedies Schwierigkeiten, die Jugend im Dorf



Die Idylle ist getrübt. Die Bewohner Hallstatts wehren sich gegen zu hohe Auflagen vom Bundesdenkmalamt.

zu halten. „Wer will denn solche Häuser übernehmen?“ fragt sich Bgm. Scheutz. Er verlangt, dass die Behörden in erster Linie daran arbeiten, dass der Ort bewohnbar bleibt, nicht dass leblose Objekte über die Interessen der Menschen gestellt werden. Nun will das Denkmalamt im Mai zum Lokalausgleich nach Hallstatt kommen.

19 von 25 BürgermeisterInnen, die sich zur Wahl stellten, wurden abgewählt

# Frauenstammtische im Westen: Vieles neu nach Stichwahlen

Die Stichwahlen am Palmsonntag in Tirol und Vorarlberg brachten interessante Neuerungen in die Länder. In Tirol gibt es nun vier neue Bürgermeisterinnen, und in zahlreichen Gemeinden drehten sich die Erstergebnisse um. In Tirol wurden 19 Ortschefs von insgesamt 25 Stichwahlgemeinden abgewählt. Vorarlberg hat nun doch keinen Grünen Bürgermeister, auch die FPÖ verliert ganz klar im Westen des Landes.

„Ich bin sehr froh, dass wir die Bürgermeisterinnen in der Mehrzahl ansprechen dürfen“, sagte Tirols Landeshauptmann Günter Platter bei der Angelobung der 276 BürgermeisterInnen in der Innsbrucker Hofburg. Von fünf Gemeinden, wo Frauen zur Stichwahl antraten, machten gleich vier das Rennen. Insgesamt acht Tiroler Gemeinden (mit Innsbruck) steht nun eine Dame vor. Und der Wahlsonntag Ende März war ein spannender: In Wörgl etwa gewann die rote

Wenn möglich, wollen wir uns alle ein bis zwei Monate treffen, um uns auszutauschen über die Erfahrungen, die wir im Amt sammeln.

Isabella Blaha, Bürgermeisterin von Scharnitz, über die Zusammenkünfte der weiblichen Ortschefinnen von Tirol.

Herausforderin Hedwig Wechner klar gegen den bisherigen Bürgermeister. Ihr gelang es, den 13 Jahre lang amtierenden Arno

Abler deutlich hinter sich zu lassen und so nun die Ortsgeschäfte in die Hand zu nehmen. Abler zog sich noch am Wahltag von allen politischen Ämtern zurück. Sehr knapp war das Ergebnis in der Gemeinde Lienz, dort stellte sich Elisabeth Blanik von der SPÖ zum zweiten Mal gegen Amtsinhaber Johannes Hibler (ÖVP) auf. Mit nur 14 Stimmen mehr konnte sich dieser aber gegen seine Herausforderin durchsetzen. Die weiteren neuen Bürgermeisterinnen Tirols heißen Johann Obojes-Rubatscher in Oberperfuss, Brigitte Lackner in St. Ulrich am Pillersee und Isabella Blaha in Scharnitz (im Gespräch auf der Folgeseite).

„Dass so viele Frauen gewonnen haben, war für mich eine Überraschung, aber eine schöne und spannende!“ ist Gemeindevertreterverband Präsident Bürgermeister Ernst Schöpf erfreut. Die politische Gesinnungsaufteilung verschob sich nach den Stichwahlen ebenfalls nochmals. Einzelne Ergebnisse waren auch für Schöpf noch eine zusätzliche Überraschung. Von den 25 Gemeinden, in denen gewählt wurde, kam es in 19 zu einem Machtwechsel. Für die „Bürgermeisterpartei“ besonders schmerzlich verlief der im Bezirk Kufstein. „Neben Wörgl musste auch in Kufstein selbst der amtierende VP-Bürgermeister Herbert Marschitz seinen Sessel räumen, gewonnen hat dort der parteifreie Martin Krumschnabel mit über 64 Prozent der Stimmen“, erklärt Schöpf.

Auch in Imst und Telfs kam es zu einem VP-internen Machtwechsel. In das Imster Amt schaffte es Stefan Weirather mit rund 55 Prozent der Stimmen, obwohl sein Vorgänger Gebhard Mantl im ersten Wahlgang noch rund zehn Prozent vor seinem



Landeshauptmann Günter Platter mitten unter Tirols Frauenpower: Die neuen Bürgermeisterinnen Hedi Wechner (Wörgl), Johanna Obojes-Rubatscher (Oberperfuss), Beate Reichl (Heiterwang), Maria Zwölfer (Lermoos), Martina Klaunzer (Gaimberg), Isabella Blaha (Scharnitz), LRin Beate Palfrader, Brigitte Lackner (St. Ulrich a. P.), LRin Patrizia Zoller-Frischauf.





Es war für mich eine Überraschung, aber eine spannende und schöne.

Tirols Gemeindeverband-Chef und Söldens Bürgermeister Ernst Schöpf über die neuen Bürgermeisterinnen

Herausforderer lag. Telfs steht nun Christian Härtnig vor. Entgegen allen Prognosen wurde Stephan Opperer abgewählt. In Reutte gibt es seit Ende März wieder einen SP-Bürgermeister; knapp aber doch ergatterte Alois Oberer mit 50,3 Prozent die Mehrheit. „Den Funktionären im Gemeindeverband ging es in hohem Maße gut, rund 20 Prozent erklärten schon vor der Wahl freiwillig den Rückzug aus der Politik“, so Schöpf über das Ergebnis der Gemeindeverbandsfunktionäre. Deshalb wird sich das Präsidium neu zusammensetzen. „Am 19. Mai werden die Bezirkskonferenzen abgehalten sein, dann haben wir einen Gemeindegtag, um die neuen Mitglieder des Präsidiums zu ernennen“, so Bgm. Schöpf. Gesamt schaut das Ergebnis nun so aus: Die ÖVP stellt 236 Bürgermeister, statt bisher 238, und die SPÖ 26 statt bisher 22. Gesamt gibt es 70 neue Bürgermeisterinnen in Tirol, viele sind auf unabhängigen Listen.

### Frau Bürgermeister im KOMMUNAL-Gespräch

Die rund 1450-Einwohner-Gemeinde Scharnitz hat nun ihre erste Bürgermeisterin, ihr Name ist Isabella Blaha. „Das ist sehr spannend für mich, im Dorf vielleicht noch etwas unüblich, eine Frau Bürgermeister, aber es kennen mich die meisten ja schon sehr lange“, so Blaha nach der Stichwahl. Seit 1988 ist sie in der Gemeinde tätig und seit

1992 auch politisch. Davor leitete sie eine Abteilung in einem chemischen Industriebetrieb. „Auch diese Zeit war sehr interessant für mich, das hilft mir auch jetzt noch, denn wer aus der Wirtschaft kommt, hat einen anderen Blick auf die Beamten“, so Blaha. Politisch begonnen hat alles mit einer unabhängigen Liste, deren Vorsitz sie ab 2004 übernahm, um fortan auch als Vizebürgermeisterin mit zwei Mandaten im Gemeinderat vertreten zu sein. Aber der Weg bis zur Bürgermeisterin war kein Kinderspiel. Die Liste, der sie Vorsteht, stammte ursprünglich aus dem Ortsteil Gießenbach, welcher sich lange Zeit von der Hauptgemeinde etwas „außerhalb“ fühlte. Dies empfand Blaha nicht für positiv und setzte alles daran die Ortsteile wieder näher zueinander zu führen. Diesen Wunsch setzte sie bei der Wahl 2004 erfolgreich um. Mit neuer Mannschaft standen plötzlich Gießenbacher und Scharnitzer für die selbe Sache, denn „alle haben Platz, wenn's um unseren Ort geht“, so die heutige Bürgermeisterin. Und sie hat viel vor in Scharnitz. „Ein großes Thema ist bei uns die Umfahrungsstraße. Seit Jahren gibt es Überlegungen und verschiedene Pläne, die aber alle



Die frisch gewählte Bürgermeisterin von Scharnitz, Isabella Blaha, nimmt die Gratulationen von Gemeindeverband-Präsident Helmut Mödlhammer entgegen.

noch nicht umgesetzt wurden“, sagt Blaha. Ihr erstes großes Projekt wird daher sein, „einen neuen Entwurf zur Umfahrung in die Gemeinde zu bringen und ihn in eine Reihung beim Land zu bekommen, sodass in absehbarer Zeit mit dem Bau begonnen werden kann“, ist Blahas Plan. Weiters sieht sie in der Gemeinde großes Potenzial, auch gezieht Menschen nach Scharnitz zu bekommen. „Wir sind das Tor zum Karwendel-Gebirge, einem wunderschönen Naturpark, das will ich stärker hervorheben, damit wir auch touristisch Fuß fassen können“, zeigt sie sich optimistisch. Aber auch wirtschaftlich will sie der kleinen Gemeinde ein Image verleihen, das gehe „Hand in Hand mit der Umfahrungsstraße“. Auch geschichtlich ist Scharnitz ein interessanter Schnittpunkt zwischen Deutschland und Österreich: „Bei uns gibt es die Porta Claudia, von Claudia de Medici als Grenzsicherung zu Bayern erbaut“, erzählt Blaha. Und dass Scharnitz auch über seine Grenzen hinaus schaut, zeigt sich im gemeinsamen Kulturverein mit der bayerischen Gemeinde Mitlenwald, die sich unweit auf deutscher Seite befindet. Mit den anderen neuen Bürgermeisterinnen Tirols hat sie am Tage der Angelobung in der Innsbrucker Hofburg, wo sie sich unter mehreren hundert Männern noch etwas „exotisch“ vorkam, eine Art Abkommen geschlossen. „Wenn möglich, wollen wir uns alle ein bis zwei Monate treffen, um uns auszutauschen über die Erfahrungen, die wir im Amt sammeln“, erklärt sie. Das erste Treffen soll im Mai stattfinden. Diese Initiative fände sie auch österreichweit sehr positiv. „Der Austausch ist sehr positiv und wichtig“, so die Bürgermeisterin. Ebenso sieht sie das mit der Jugend: „Ich bin sehr erfreut, dass wir auch eine Liste in der Gemeinde haben, wo wirklich sehr viele Jugendliche und junge Menschen kandidieren und ihr Engagement zeigen“. Während ihrer Amtszeit will sie vor allem die jungen Bürger einbinden in das politische Geschehen, damit dann „vielleicht die/der eine oder andere Gefallen an der

Arbeit findet und auch einmal Verantwortung übernehmen will“. Dazu gibt es zwar nicht viel Geld, denn das Scharnitzer Budget lässt nicht viel Spielraum, doch „auch meine Vorgänger haben, egal wie schwer die Situation ist, immer ein kleines bisschen, für die Jugend aufgehoben“. So will sie das auch weiterführen.

### Vorarlberg bleibt fest in schwarzer Hand

Die Hoffnung auf den ersten Grünen Bürgermeister ist in Vorarlberg nun Geschichte. Klaus Schmid, der bei der 1. Wahl den amtierenden Bürgermeister in Göfis, Helmut Lampert (VP), überholte, schaffte es in der Stichwahl mit 48 Prozent der Stimmen nicht, das Amt für sich zu entscheiden. In der Gemeinde



Für die Volkspartei sind das sehr gute Ergebnisse.

Vorarlbergs Gemeindeverband-Chef Wilfried Berchtold über die Stichwahl

Hörbanz stellte sich VP-Bürgermeister Karl Hehle erfolgreich seinem FP-Herausforderer Thomas Hagen.

Somit wurden auch die Hoffnungen der FPÖ-Vorarlberg auf einen Bürgermeister zunichte gemacht.

Und in der dritten Stichwahl-gemeinde, Thüringen, gab Amtsinhaber Berno Wittwer sein Amt an den Herausforderer aus den eigenen Reihen, Harald Wittwer (Verwandschaft besteht, aber nur sehr entfernt), ab. Für Gemeindeverbands-Präsident Mag. Wilfried Berchtold ist es insgesamt ein gutes Ergebnis für die Volkspartei.

## Das KfV und das EU-Projekt PROLOGUE

# Naturalistic Driving-Forschung

Mit dem EU-Projekt PROLOGUE, das in Österreich vom Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) geleitet wird, startet ein neuer Ansatz in der Verkehrssicherheitsforschung. Im Unterschied zu künstlichen Laborsituationen wird Fahrverhalten über längere Zeiträume unter „natürlichen“ Bedingungen untersucht.

Dr. Othmar Thann

49.158 Unfälle passierten im Jahr 2009 auf Österreichs Straßen. Ein Großteil davon resultiert aus Fahrfehlern, die meist eine Folgeerscheinung von Unsicherheit, Selbstüberschätzung oder Leichtsinn des Fahrers sind. Um diesen Fehlern im Fahrverhalten gezielte Maßnahmen beispielsweise in Form von Informationskampagnen entgegenzusetzen, aber auch um die Ursachen besser analysieren zu können, ist umfassende Forschung auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit notwendig. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) ist österreichischer Partner eines EU-Projekts, das sich mit einem neuen Forschungsansatz befasst, dem „Naturalistic Driving“. Frei übersetzt wird damit das Fahren unter natürlichen Bedingungen bezeichnet. Im Unterschied zu bisherigen Forschungsmethoden werden Fahrer, Fahrverhalten und unterschiedliche Parameter des Fahrzeugs möglichst unauffällig im „normalen“ Straßen-

verkehr beobachtet. Die in bisheriger Forschung eingesetzte, oft schwerfällige Technik und die Anwesenheit von Testleitern schaffte bei Untersuchungen eine offensichtliche Laborsituation mit dem Nachteil, dass beobachtete Fahrzeuglenker mitunter nicht ihr alltägliches Verhalten an den Tag legten. Die Forschungsmethode des „Naturalistic Driving“ schlägt völlig neue Wege der wissenschaftlichen Beobachtung von Fahrverhalten ein, indem Fahrzeuglenker über lange Zeiträume möglichst unauffällig von elektronischen Messinstrumenten beobachtet werden. Das gesammelte Datenmaterial kann anschließend hinsichtlich unterschiedlicher Themen- und Forschungsschwerpunkte ausgewertet werden.

### Detailliertere Datensammlung, neue Technologien

Bisherige Methoden der Verkehrssicherheitsforschung mussten sich wegen der fehlenden technischen Möglichkeiten immer auf bestimmte Aspekte des Fahr-

Die Methode des „Naturalistic Driving“ ist erst durch die technischen Entwicklungen der vergangenen Jahre möglich geworden und ermöglicht, Fragen zu beantworten, die mit den bisherigen Methoden der Verkehrssicherheitsforschung nicht beobachtbar waren.

verhaltens beschränken. Die Methode des „Naturalistic Driving“ ist erst durch die technischen Entwicklungen der vergangenen



„Naturalistic Driving“. Frei übersetzt wird damit das Fahren unter natürlichen Bedingungen bezeichnet. Im Unterschied zu bisherigen Forschungsmethoden werden Fahrer, Fahrverhalten und unterschiedliche Parameter des Fahrzeugs möglichst unauffällig im „normalen“ Straßenverkehr beobachtet, wie hier die sogenannte „Drivers view“, also die „Fahrsicht“.

Jahre möglich geworden. Sie ermöglicht, Fragestellungen zu beantworten, die mit den bisherigen Methoden der Verkehrssicherheitsforschung nicht beobachtbar waren. Durch die umfassende Darstellung des Fahrverhaltens kann wesentlich detaillierter als mit jeder bisher bekannten Methode untersucht werden, welches Verhalten von Fahrzeuglenkern Konflikten, Gefahrensituationen, Beinahe-Unfällen und tatsächlichen Unfällen vorangeht. Vor allem wie Fahrzeuglenker in derartigen Situationen reagieren, wie das Fahrzeug bedient wird sowie weitere Parameter des Fahrverhaltens können erfasst werden. Bisherige Forschung zu Verkehrssicherheitsthemen orientiert sich sehr häufig am Unfall als „Kriterium des Misserfolgs“ – den verfügbaren Daten entsprechend sogar meist eingengt auf Unfälle mit Personenschaden. Forschung auf Basis von „Naturalistic Driving“ schließt auch Sachschadensunfälle ein. Ferner kann auch bei den deutlich häufigeren „near misses“, den sogenannten Beinahe-Unfällen oder – noch umfassender – bei Konflikten und Gefahrensituationen angesetzt werden. Selbst Fahrverhalten unter „normalen“ Bedingungen kann erforscht werden.

### Die Gesamtsituation im Straßenverkehr aufzeichnen

Beim Ansatz des „Naturalistic Driving“ sind sich die teilnehmenden Testpersonen zwar bewusst, dass sie bei ihren Fahrten beobachtet werden, die Beob-



Der wichtigste Punkt der neuen Forschungsmethode: Es werden Gesamtsituationen aufgezeichnet. Daten der Fahrzeugbewegung, Informationen über die Fahrzeugbedienung wie Bremspedal, Gaspedalstellung, Licht, Hupe etc. werden ebenso erfasst wie die geografische Bewegung des Fahrzeugs mittels GPS-Sensor.

achtungssituation tritt aber durch den Einsatz des eigenen Pkw und durch sehr unauffällig installierte Video-, Sensor- und Speichersysteme stark in den Hintergrund. Zusätzlich erstrecken sich die Beobachtungszeiträume auf bis zu sechs Monate, dadurch ist die Wahrscheinlichkeit eines unverfälschten Verhaltens der Testpersonen wesentlich größer. Der wichtigste Punkt der neuen Forschungsmethode: Es werden Gesamtsituationen aufgezeichnet. Daten der Fahrzeugbewegung, Informationen über die Fahrzeugbedienung wie Bremspedal, Gaspedalstellung, Licht, Hupe etc. werden ebenso erfasst wie die geografische Bewegung des Fahrzeugs mittels GPS-Sensor. Um den Kontext im Verkehrsgeschehen zu erkennen, gibt es in der Regel zumindest einen Videokanal mit einem Bild der Situation vor dem Fahrzeug. Weitere Kameras können auf



Dr. Othmar Thann ist Direktor des Kuratoriums für Verkehrssicherheit

den Fahrer, zur Seite, nach hinten und in den Fußraum gerichtet sein.

### EU-weit einheitliche Vorgehensweise notwendig

Derartige Untersuchungen vorzubereiten bedeutet, die methodischen und technischen Grundlagen zu schaffen, sodass alle beteiligten Institutionen Daten auf gleicher Basis erheben. Nicht notwendigerweise müssen alle Datenerhebungen mit den gleichen Geräten durchgeführt werden, aber Kompatibilität und ein gemeinsamer Mindeststandard an Genauigkeit und Umfang im Datenformat müssen festgelegt werden. Aus diesem Grund werden mit dem EU-Projekt PROLOGUE (PROMoting real Life Observations for Gaining Understanding of road user behaviour in Europe) zunächst einheitliche technische und methodische Voraussetzungen für „Naturalistic Driving“-Forschung geschaffen. Nach dieser Vorbereitungsarbeit sollen in allen Ländern der EU derartige Untersuchungen stattfinden und die Ergebnisse in einer Datenbank zusammengeführt werden. Damit könnte die europäische Verkehrssicherheitsforschung auf eine repräsentative Datenquelle zurückgreifen und auch interkulturelle Vergleiche anstellen.

### Fact-Box: PROLOGUE



PROLOGUE startete am 1. August 2009 und wird zwei Jahre dauern. Die Leitung des Projekts hat die niederländische SWOV übernommen. Als österreichische Partner sind das Kuratorium für Verkehrssicherheit und Test & Training International beteiligt. Weitere Projektpartner: CERTH-HIT (GR), die Universitäten Loughborough (UK) und Valencia (ES), TNO (NL), TØI (NO), Or Yarok (Israel).  
Link: [www.prologue-eu.eu](http://www.prologue-eu.eu)

Die Opernsängerin als Gemeindepräsidentin

# Die Bühne ist ihr Leben

Mehr als 460 Mal hat sie in den Jahren 2000 bis 2003 die österreichische Kaiserin Sisi im Musical-Theater Neuschwanstein in Füssen gespielt und gesungen. In diesem Jahr feiert sie ihr 20-Jahre-Bühnenjubiläum als gefragte Sopranistin. Die Schweizer Bürgermeisterin Barbara Buhofer hat ihr Hobby Gesang zum Beruf gemacht.



„Ein Bühnenstück bietet viele Möglichkeiten zur Deutung und Bedeutung. Mit der Politik verhält es sich oftmals gleich.“ Der Erfolg ist anfänglich unsicher, ob auf der Bühne oder bei der Entwicklung einer politischen Idee. Buhofer ist nämlich auch Lokalpolitikerin, und als „Frau Gemeindeamman“ hat sie die Funktion einer Bürgermeisterin in ihrer Heimatgemeinde Birrwil am See im schweizerischen Kanton Aargau inne. Seit 2008 übt sie neben ihrer internationalen künstlerischen Karriere die Funktion der Gemeindepräsidentin aus. Wie es dazu kam? „Die Bewohner unseres Dorfes kennen mich als Sängerin und haben mich gefragt, ob ich die Gemeindeführung übernehmen möchte.“ Sie hat ja gesagt und hat jetzt neben dem Gesang eine zweite Herausforderung. Ob man sie mit österreichischem Verständnis überhaupt als Politikerin bezeichnen kann, ist allerdings fraglich: Sie gehört keiner politischen Partei an und auch die fünf Gemeinderäte, mit denen sie gemeinsam die Geschäfte der Gemeinde managt, gehören keiner Partei an. Buhofer: „Bei uns in Birrwil gibt es keine Parteien.“ Das Wohl des Bürgers steht im Vordergrund und nicht parteipolitische Interessen. In einer Gemeinde mit 953 Einwohnern, wo jeder jeden kennt und der Gemeindeamman im Understatement ausstrahlenden

Finanziert werden die kommunalen Leistungen durch Steuereinnahmen, Wassergebühren oder Abfallgebühren. Birrwil hat im vergangenen Jahr mit 2,9 Millionen Franken mehr Steuern eingenommen als budgetiert.

Gemeindehaus den menschlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhalt im Blickfeld hat.

## Gemeinde ist Säule der eidgenössischen Hoheitsverwaltung

Birrwil ist ein schweizerisches Dorf wie aus dem Bilderbuch. Gelegen südseitig an einem Berghang mit einem herrlichen Blick auf den malerischen Hallwiler See und die umliegende Bergwelt; von Zürich nach Birrwil fährt man eine Stunde. Hier gibt es keine Industrie und nur ganz wenige Mietwohnungen, weil die Leute meist im Eigentum wohnen. Doch das passt Buhofer gar nicht so recht in den Kram. „Wir müssen Miethäuser bauen, um jungen Leuten eine Starthilfe nach Auszug aus dem Elternhaus zu geben.“ Entwicklung und Bau von Miethäusern in der Gemeinde ist eine der Baustellen, mit denen sich Präsidentin und Gemeinderat konfrontiert sieht. Was irgendwie machbar ist, wird in der Gemeinde organisiert und realisiert. Bei größeren Projekten

bedarf es freilich der Partnerschaft mit dem Bezirk und dem Kanton. Politisch hat die Gemeinde die volle Kompetenz in kommunalen Angelegenheiten. Sie nimmt alle Aufgaben wahr, die durch übergeordnetes Recht nicht anderen Gemeindetypen wie beispielsweise Kirch- oder Schulgemeinde zugeordnet sind. Wie autonom ist eine eidgenössische Gemeinde eigentlich? Buhofer: „Angedockt an den Bezirk und in Verbindung mit der Nachbargemeinde werden viele Dinge in gutem Einvernehmen gemeinsam geregelt.“ Beispiele dafür sind Militär, Feuerwehr, Spitex (Sozialdienste), Altenpflege oder der Zivildienst. Letztlich aber ist die Gemeinde in politischen Angelegenheiten völlig souverän.

## Der Kanton als Rettungsanker

Finanziert werden die kommunalen Leistungen durch Steuereinnahmen, Wassergebühren oder Abfallgebühren. Birrwil hat im vergangenen Jahr mit 2,9 Mio. Franken mehr Steuern eingenommen als budgetiert. Die Gemeinderechnung weist schwarze Zahlen aus. An den Kanton muss Birrwil jährlich rund 82.000 Franken an Abgaben abführen. Dass eine Gemeinde als wichtige Säule in der eidgenössischen Hoheitsverwaltung in die Pleite rutscht, kann auch in der



Frau Bürgermeister im Kreise der Mitarbeiter im Gemeindeamt (oben) und „in Aktion“ auf einer Bühne dieser Welt (links). Mehr Fotos auf [www.barbara-buhofer.ch](http://www.barbara-buhofer.ch) oder [www.birrwil.ch](http://www.birrwil.ch)



Schweiz passieren, aber ist Buhofer nur der Fall Leukerbad in Erinnerung. „Hier waren sicher auch Spekulationen und eine saloppe Auffassung und Auslegung der Ordnung mitschuldig.“ Gerät eine Gemeinde in eine wirtschaftlich bedrohliche Schieflage, dann tritt der Kanton auf den Plan und kommt von dort finanzielle Schützenhilfe aus dem Titel Finanzausgleich. Nach vier Jahren muss die Gemeinde wieder auf eigenen Beinen stehen. Geldmäßig ist der Finanzausgleich des Kantons Aargau nicht schlecht gepolstert: 260 Millionen Franken schlummern in der Kasse für Notrettungsmaßnahmen. Dass dort so viel Geld geparkt ist, erscheint Buhofer nicht ganz plausibel. Vielmehr sollte man von den Gemeinden weniger Steuern einfordern, statt auf Kantonsebene immer mehr Geld anzuhäufen.

### Menschen sind wahlmüde

Die direkte Demokratie in der Schweiz führt dazu, dass die Bürger häufig zu den Wahlurnen gerufen werden. Durch die Mög-

lichkeit der Briefwahl hat das heute meist nur noch symbolischen Charakter; anstehende Entscheidungen werden dem Bürger per Post zugestellt und die Antwort kommt per Brief zurück. Oder auch nicht. „Die Häufigkeit der Abstimmungen führt zu einer gewissen Wahlmüdigkeit. Als Bürgerin und Gemeindeamman halte ich dennoch die direkte Demokratie und die Einbindung der Bürger in die Entscheidungsprozesse für absolut notwendig.“ Da die Wahlbeteiligung ständig abnimmt, appelliert die Gemeindepräsidentin im „Gemeinde-Blättli“ an die Wähler, unbedingt zu den Urnen zu kommen und von ihrem Mitgestaltungsrecht in der direkten Demokratie Gebrauch zu machen. Und auch bei den regelmäßigen Gemeindeversammlungen sind die Dorfbewohner gern gesehen, „weil wir dort am besten Stimmungen und Tendenzen wahrnehmen können, die uns helfen, im Sinne der Gemeinde zu entscheiden“.

### „Wir haben in der Schweiz vier Moscheen“

Angesprochen auf das mehrheitliche Nein gegen den Bau von Moscheen in der Schweiz reagiert Buhofer sehr entspannt: „Das wurde vom rechten Flügel

der Schweizer Politik ausgeschlachtet und überzogen. Wir Schweizer haben nicht Angst vor dem Fremden. Und im Übrigen: Es gibt bereits vier Moscheen in der Schweiz.“ Hätte man in den Nachbarländern eine derartige Umfrage durchgeführt, wäre es zu ähnlichen Ergebnissen wie in der Schweiz gekommen, ist Buhofer überzeugt. Was sie überrascht, sind eben die international ablehnenden Reaktionen auf den Schweizer Entscheid. „Mich persönlich stört nicht das Minarett, sondern der Absolutismus und der religiöse Wahn, der in dieser Diskussion zum Ausdruck kommt.“

Buhofer's erste halbe Periode ging Ende 2009 zu Ende, seit Beginn dieses Jahres läuft ihr Mandat für vier Jahre. Und eine mehrmalige Wiederwahl ist nach Ende jeder Periode möglich. So richtige Kaderschmieden sind Schweizer Gemeinden nicht. Es sei nicht leicht, Einwohner für das Amt des Präsidenten zu finden. „Unsere Gemeinderäte und ich, wir kommen aus der Bürgerschaft und sind parteilos.“ Als Gemeindeamman wird man nicht großzügig finanziell entlohnt, die Abgeltung für ihre Arbeit als Dorfchefin von Birrwil spielt denn auch eine ungeordnete Rolle und deckt bei weitem nicht den Aufwand. Bühne und Politik sind wie zwei ganz unterschiedliche Menschen, die zueinander

So richtige Kaderschmieden sind Schweizer Gemeinden nicht. Es sei nicht leicht, Einwohner für das Amt des Präsidenten zu finden.

Barbara Buhofer über die Probleme, die auch die Schweizer bei der Nachbesetzung des Bürgermeisterjobs haben

finden und „gewillt sind, diejenigen Dinge zu entdecken, die sie verbinden“. Auf der Bühne die Freiheit der Kunst, in der Gemeindepolitik das Gebundensein an Sachverhalte. Was allerdings nicht heißen soll, dass die Bühne das Wünschbare vermittelt und die Politik die Kunst des Machbaren ist, sagt Buhofer mit dem souveränen Lächeln einer Opernsängerin.

Josef Müller  
ist freier Journalist in Wien

## Burgenland

Dorferneuerung

### 15 Neue Projekte

#### EISENSTADT

Der burgenländische Dorferneuerungsbeirat hat 15 verschiedene Projekte vorgestellt, die von einem Gremium (bestehend aus Architekten, Landschaftsplanern und Raumordnern) positiv bewertet und empfohlen wurden. Unter anderem wird in Breitenbrunn ein Kinderspielplatz entstehen. Die Gemeinde Hornstein will das ehemalige Forsthaus zu einem multikulturellem Vereinshaus umgestalten und in Tobaj soll der Platz vor dem Feuerwehrhaus im Ortsteil Tudersdorf neu gestaltet werden. Laut Landesrätin Verena Dunst seien viele Maßnahmen gut für die Förderung von Kommunikation.



Im Burgenland dreht sich zur Zeit alles um die Windkraft.

LH Niessl will ein stromautarkes Burgenland

### Unabhängig durch den Wind

#### EISENSTADT

Bis zum Jahr 2013 soll, so LH Hans Niessl, das Burgenland stromautark sein. Bis heute werden 60 Prozent des Strombedarfs mit erneuerbarer Energie erzeugt. Es gibt 206 Windkraftanlagen mit 370 Megawatt Leistung. 168 neue Windräder sollen in den Gemeinden Andau, Halbturn, Mönchhof und

Nickelsdorf entstehen. Die Austrian Wind Power (AWP) und Parnter investiert im Zuge dessen rund 680 Mio. Euro. So sollen pro Jahr rund 450 Arbeitsplätze gesichert werden. Jedes Dritte der insgesamt 618 Windräder Österreichs steht im Burgenland. Zusätzlich soll in Zurndorf ein neues Umspannwerk entstehen.

Zuzugsgemeinden bauen

### Mehr Wohnraum

#### PURBACH

In Purbach am Neusiedlersee wird in den kommenden Jahren eine neue Wohnsiedlung entstehen. Geplant sind Genossenschaftswohnungen sowie Reihenhäuser. Begründet wird der Bau mit der Tatsache, dass in den Gemeinden am Westufer des Sees in den vergangenen Jahren die Zuzüge von Familien aus dem Raum Wien deutlich angestiegen sind. Für Purbachs Bürgermeister Richard Hermann ist das eine klare Sache: „Wir leben in einem Naturschutzgebiet mit hoher Lebensqualität und der Nähe zu Wien und Schwechat.“ Baubeginn ist für Herbst geplant.



## Kärnten

„Sicherfurtgehen“ in Villach im Probetrieb

### Ermittlungen von Dritten

#### VILLACH

Was in Linz und Wels bereits für Aufregung sorgte, geht nun in Villach in den Probetrieb.

Der private Verein „Sicherfurtgehen“ hat eine eigene „Stadtwatche“ initiiert und will damit an den Wochenenden, Freitags und Samstags während der Nacht für mehr Sicherheit in der Innenstadt sorgen. In den sogenannten „Hotspots“ der Innenstadt, wo es in der Vergangenheit immer wieder zu Auseinandersetzungen und Sachbeschädigungen kam, sollen vier Wächter mit Hunden ihre Augen offen halten, um bei Gefahrensituationen für ein schnelles Eingreifen der Po-

lizei zu sorgen. Dazu wollen sie solche Situationen fotografieren oder filmen, um so Beweise zu sichern. Die „Stadtwatche“ hat aber allerhöchstens ein Anhalterrecht, wie jeder andere Bürger. Die Hoheitsverwaltung, das Einsperren, Aufklären oder gar Verhaften bleibt der Polizei vorbehalten. Von Seiten der Exekutive wie von der Stadt selbst wird die Arbeit aber distanziert betrachtet. Schon vor Jahren scheiterte ein Versuch, mit privaten „Sherrifs“ für mehr Sicherheit zu sorgen. Der Probetrieb für die City-Sherrifs dauert drei Monate und kostet rund 10.000 Euro, die Summe wird privat finanziert.



Ein neues Gaskraftwerk sorgt für Zwiespalt in Klagenfurt

Akten können bis Anfang Mai kommentiert werden

### Kommt neues Gaskraftwerk?

#### KLAGENFURT

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) des umstrittenen Gaskraftwerkes, welches in Klagenfurt geplant ist, befindet sich kurz vor dem Abschluss. Die Kritik der Gegner wurde in Gutachten eingearbeitet, doch noch bis 6. Mai können die

Akten kommentiert werden. Rund 330 Mio. Euro sowie eine Beteiligung der öffentlichen Hand sind für das Projekt vorgesehen. Anrainern befürchten eine Zunahme von Schadstoffkonzentrationen in der Luft; dies wird zurückgewiesen.



## Niederösterreich



Die Bergrettung ist eine der Teilorganisationen des NÖ-Notrufs.

Renaturierung der Traisen: Neues Bett für den Bach

### Dialog mit Anrainern gestartet

**ZWENTENDORF/TRAISMAUER**  
Österreichs größter Erzeuger von Strom aus Wasserkraft, der Verbund, renaturiert den Mündungsbereich der Traisen zwischen Traismauer und Zwentendorf. In den Gemeinden Traismauer und Zwentendorf wurde dieser Tage erstmals das weitere Vorgehen präsentiert. Insgesamt 250 Anrainern

nutzten die Gelegenheit, mit der Projektleitung die Renaturierung zu diskutieren.

Die Traisen verläuft derzeit in einem regulierten Bett, das dem Fluss keine Möglichkeit zur Entfaltung lässt und zunehmend durch Austrocknung gefährdet ist. Weitere Informationen: <http://www.life-traisen.at/>

20 Gemeinden dabei

### Rabenstein „Fair“

**RABENSTEIN**  
Rabenstein im Pielachtal ist nun die 20. „Fairtrade“-Gemeinde Niederösterreichs. „Mit diesem Projekt sollen möglichst viele niederösterreichischen Gemeinden dabei unterstützt werden, den fairen Handel im Bewusstsein der Allgemeinheit zu verankern und auf die Beschaffung fair gehandelter Produkte umzustellen“, meint dazu Landesrat Dr. Stephan Pernkopf. In Rabenstein wird der Genuss und die Information von und über Fairtrade-Produkten wie Kaffee in Betrieben, Gastronomie und Gemeindeinstitutionen großgeschrieben. So erwerbe man nicht nur Qualität, sondern auch ein gutes Gewissen.

Elite-Förderung

### NÖ wird begabt

**ST. PÖLTEN**  
Bereits über 1500 Anmeldungen gibt es bei der diesjährigen NÖ Begabtenakademie. Dabei werden 270 Kurse für begabte Kinder und Jugendliche (zwischen 6 und 19 Jahren) angeboten. Gemeinsam mit „Gleichgesinnten“ können sie dann in Kleingruppen ohne zeitliche Bindung an Themen und Projekten arbeiten. „Seit dem Start der Talentförderkurse der Begabtenakademie NÖ konnten wir insgesamt über 5000 Anmeldungen verzeichnen“, freut sich Initiator Mag. Wolfgang Sobotka. Nähere Infos auf

[www.begabtenakademie-noe.at](http://www.begabtenakademie-noe.at), oder 02742/210 40 22.



## Oberösterreich

Projekt Energiesparen  
**Bau für Zukunft**

**ASPACH**  
Bis zum Jahr 2030 sollen in Oberösterreich Strom und Wärme zu 100 Prozent aus erneuerbarer Energie kommen. Als eine Maßnahme für energieeffizienten Bau hat Energie-Landesrat Rudi Anschober ein Förderprogramm für besonders energieeffiziente Betriebsgebäude gestartet. Das Revital Gesundheitshotel Aspach errichtet neben dem bestehenden Gesundheitszentrum nun einen Neubau im Passivhausstandard. Die gesamte Wärmeversorgung wird mit regionalen und erneuerbaren Energieträgern bereitgestellt, das spart pro Jahr rund 100 Tonnen CO<sub>2</sub> ein. Die Gesamtkosten betragen 10,4 Mio. Euro.

Kommunalzentrumsbau  
**Neue Mitte ist da**

**PEILSTEIN**  
Peilstein bekommt ein neues Kommunalhaus. Für Bauhof, Feuerwehrhaus, Rotkreuz-Dienststelle, Musikschule samt Musikprobenlokal und Polizei bietet es als zeitgemäße Unterkunft viel Raum für gleich sechs Verwendungen. „Durch den Bau des neuen zeitgemäßen Kommunalzentrums erhält Peilstein eine ‚neue Mitte‘“, erklärt Landesrat Dr. Josef Stockinger. „Kooperationen helfen nicht nur über Gemeindegrenzen hinweg zu sparen. Auch in der Gemeinde ist es von Vorteil, Ressourcen gemeinsam zu nutzen.“ Die Kosten für das Projekt belaufen sich auf mehr als 4 Millionen Euro.



Menschenrechtspreis des Landes ausgeschrieben

### Nominierungen bis 30. Mai

**LINZ**  
Der Einsatz für die Menschenrechte ist fester Bestandteil der Politik des Landes Oberösterreich. „Als ein Land in Frieden und Freiheit haben wir eine besondere Verpflichtung, uns mit aller Kraft für diejenigen einzusetzen, die heute unter Gewalt, Unterdrückung und Verfolgung leiden“, so Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer. Der Menschenrechtspreis des Landes Oberösterreich wird heuer zum 15. Mal ver-

geben. Nominierungsvorschläge können noch bis 30. Mai 2010 schriftlich und mit ausführlicher Begründung beim Amt der oö. Landesregierung, Landhausplatz 1, 4021 Linz eingereicht werden. Ein Antragsformular steht auch auf der Homepage des Landes OÖ zum Download zur Verfügung. Die Vergabe erfolgt beispielsweise an Einzelpersonen, Personengemeinschaften, Schulen, Vereine, Gemeinden oder Organisationen.



## Salzburg



Stimmen für generelles Holzabfallverbrenn-Verbot

### Waldbrände vermeidbar

#### RAURIS

Ein großer Waldbrand sorgte Anfang April für einen Katastropheneinsatz in Rauris. Als Ursache wurde ein brennender Haufen mit Holzabfällen verantwortlich gemacht. Noch ein zweites großes Feuer führte im April im Lungau zum Großeinsatz, dabei gingen die Experten ebenfalls von der selben Ursache aus.

Gerade im Frühjahr verbrennen die Bauern gerne Holzabfälle, jedoch kann das gefährlich werden. Deshalb fordern Experten nun ein ganzjähriges Verbrenn-Verbot. Das Gesundheitsministerium will bis Sommer einen Entwurf vorlegen. Landwirtschaftskammer-Präsident Franz Eßl spricht von einer „Überreaktion“.

2009 brachte satte Gewinne für das Land

### Salzburg AG blickt auf Erfolgsjahr

#### SALZBURG

Rund 33 Millionen Euro hoch war der Gewinn der Energieversorgung Salzburg AG im Vorjahr. Diese positive Entwicklung fand statt, obwohl weniger Strom und Gas verkauft wurden. Die Salzburg AG

tritt auch als Telekommunikationsanbieter auf. Die Zahl an Kabelfernseh- und Internetkunden stieg im Vergleich deutlich an. Für dieses Jahr geplant ist der Baubeginn des Salzachkraftwerks Salzburg-Lehn.

Neue Justizanstalt wird im Tennengau gebaut

### Puch bekommt neues Gefängnis

#### PUCH

Wie Justizministerin Claudia Bandion-Ortner und Bürgermeister Helmut Klose im April bekanntgaben, kommt Salzburgs neue Justizanstalt in die Gemeinde Puch im Tennengau. Für Bürgermeister Klose ist das eine positive

Nachricht. „Der Bau schafft rund 100 Arbeitsplätze für die gesamte Region“, sieht er das Positive. Für ihn sei auch die Meinung der Öffentlichkeit eine ähnliche. Terminplan zum Baubeginn gibt es aber noch keinen.



## Steiermark

Neue Datenbank macht Politik deutlich transparenter

### Mit einem Klick auf viele Förderungen

#### GRAZ

Die Förderungen des Wirtschaftsressorts für die steirischen Betriebe stehen ab sofort in einer Internetdatenbank und sind für jedermann einsehbar. Der Landesrat für Wirtschaft, Christian Buchmann, hofft, dass auch andere Ressorts diesem Bei-

spiel folgen. Nicht ersichtlich ist das Geld, das ein Betrieb vom Bund, vom AMS oder von einer Gemeinde bekommt. Mehrfachförderungen bleiben also im Dunkeln. Unter <http://sfg.at/einblick> sind sämtliche rund 2100 Förderfälle aufgelistet.



Die Steirer und Steirerinnen entsorgten alles, was Müll ist.

35.000 Menschen an einem Wochenende mobilisiert

### Frühjahrsputz in 403 Orten

#### GRAZ

Mitte April gab es heuer wieder den Frühjahrsputz in den steirischen Gemeinden. Gleich 403 Orte beteiligten sich an der Aktion. Insgesamt mehr als 35.000 Menschen waren an einem Wochenende auf den Straßen und Parks unterwegs, um Unrat und Müll aller Art fachgerecht zu ent-

sorgen. Auch 200 Schulklassen waren dieses Jahr an der Aktion beteiligt. Im Vorjahr konnten die fleißigen Helfer rund 140 Tonnen Müll aus ihrer Umgebung entfernen. Initiator ist das Land mit dem Medienpartner ORF. Infos [www.saubere.steiermark.at](http://www.saubere.steiermark.at)



Auf Ergebnis der Gemeinderatswahl folgen Einsprüche

### In zehn Gemeinden bleibt's spannend

#### GRAZ

Nachdem auch die Steiermark ihre Gemeinderatswahlen über die Bühne brachten, folgen nun die Wahlanfechtungen. In zehn Gemeinden gab es bisher Einsprüche gegen das Erstergebnis. So auch in Schlad-

ming, wo sich sowohl SPÖ und ÖVP um eine Stimme betrogen sehen. Weitere Beanstandungen können noch per Post folgen. Die Landeswahlbehörde nimmt diese entgegen und sieht sich die Fälle genauer an. Entscheidungen folgen.



## Tirol

Vorzeigereinrichtung wird deutlich vergrößert und zum offenen Familienort

### Zweitältestes Kinderdorf wird erweitert

#### NUSSDORF-DEBANT

Das zweitälteste Kinderdorf der Welt im Tiroler Nußdorf-Debant wird in ein offenes Familiendorf umgebaut. Es soll somit zu einem

eigenen Ortsteil werden, damit die Kinder in das Gemeindeleben integriert werden können. Neun zusätzliche Wohneinheiten werden im neuen Familien-

dorf entstehen, und 28 Mietwohnungen werden den Gemeindebürgern von Nußdorf-Debant angeboten.

Hermann Gmeiner gründete die Kindereinrichtung 1955, nach damaligen Kriterien war die Einrichtung eher von der Außenwelt abgeschirmt. Das soll jetzt laut Dorfleiter Johannes Schaubensteiner anders werden. Es gebe keinen Zaun mehr und auch andere Familien seien in unmittelbarer Nähe. Die Kinder können so auch mit anderen Kindern in Berührung kommen. Die Kosten liegen bei rund sechs Millionen Euro, in zwei Jahren soll alles fertig sein.



Die Kinder freuen sich auf ihr neues „Dorf“ mit mehr Platz.

Tirol droht Mangel

### Lehrer gesucht!

#### INNSBRUCK

Schon in wenigen Jahren könnte in Tirol ein Lehrermangel herrschen, wird vom Land in einer Kampagne publiziert. Speziell in den Hauptschulen könnte es zu einem Engpass an Pädagogen kommen. Für die Fächer Werkserziehung, Haushalt, Biologie, Physik und Chemie sei es besonders schwer, geeignete Lehrkräfte zu finden. Rund ein Drittel der derzeitigen Lehrer wird in den kommenden acht Jahren in Pension gehen. Mit der Kampagne soll der Lehrerberuf attraktiver gemacht und so mehr Studenten an die pädagogische Hochschule gebracht werden.



## Vorarlberg

3000 Unterschriften

### Umbau verzögert

#### FUSSACH AM BODENSEE

Ein geplanter Umbau des Salzmann-Hafens in der Gemeinde Fußach am Bodensee sorgt derzeit für Aufregung unter den Anrainern, die das Projekt verhindern wollen. Geplant ist ein neues Restaurant und ein Hotel mit Tiefgarage auch für Boote. Doch das gesamte Gebiet, der „Rohrspitz“, ist ein Natura-2000-Gebiet und darf laut Bebauungsgegnern nicht willkürlich verbaut werden. Um den Bau zu verhindern, hat sich die Plattform „Unser Rohrspitz“ gegründet, die nun mit bereits 3000 gesammelten Unterschriften den Bau zu verhindern sucht. Eine Entscheidung darüber wird der Gemeinderat noch heuer treffen.



### Vorarlbergs Seilbahnbetreiber mit Umsatzrückgängen Bergfahrer wurden weniger

#### BREGENZ

Mit Verlusten bis zu 30 Prozent in kleinen Skigebieten zeigten sich die Vorarlberger Seilbahnbetriebe trotzdem zufrieden mit der Wintersaison. Bei den großen Gebieten konnten die Vorjahreszahlen annähernd gehalten werden. Laut Fachgruppenobmann der Seilbahnen, Wolfgang Beck, sei der Rückgang aber nicht auf

die Wirtschaftskrise zurückzuführen. „Wenn Wetter und Schneelage passen, kommen auch die Gäste“, so Beck, jedoch waren Schnee und Sonne diesen Winter mancherorts rar, und daher konnten die Lifte nicht so oft in Betrieb genommen werden. Für heuer sind Investitionen von rund 25 Millionen Euro geplant, die Hälfte davon in Seilbahnen.

Anette Sohler angelobt

### Jüngst eine Frau

#### BREGENZ

Vorarlberg hat nun eine zweite Bürgermeisterin: die 30-Jährige Anette Sohler wurde zu Ostern in ihrer Heimatgemeinde Lingenau zur Bürgermeisterin bestellt. Somit ist sie neben Elisabeth Wicke in Mellau, die zweite Frau als Ortschefin im Ländle. Am Wahltag wurde Sohler auf Platz sechs der im Ort angetretenen Einheitsliste geführt, und sie bekam die meisten Vorzugsstimmen. Dass sie die jüngste Bürgermeisterin in Vorarlberg ist, sieht Sohler aber gelassen: „Ich möchte mit meinem Team gute Arbeit für die Gemeinde leisten“, beschreibt sie ihre Einstellung zu der neuen Tätigkeit.



## Südtirol

Gemeinderatswahlen am 16. Mai

# 385.000 Wahlberechtigte bestimmen in 111 Gemeinden den Gemeinderat

### BOZEN

Am 16. Mai 2010 wird in 111 Südtiroler Gemeinden gewählt – und zwar der neue Gemeinderat. Rund 385.000 Wahlberechtigte haben in ihren Gemeinden die Möglichkeit mitzubestimmen. Keine Pflicht, aber ein Recht, von dem immer weniger Menschen Gebrauch machen – nicht nur in Südtirol! Im Rahmen dieser Gemeinderatswahlen ergeben sich große Neuerungen in den Verwaltungen der Gemeinden!

Zum ersten Mal greift heuer die sogenannte Amtsdauerbeschränkung, das heißt, Bürgermeister und Gemeindeferenten können nach drei geleisteten Legislaturperioden nicht mehr für dasselbe Amt kandidieren.

So ist zu erwarten, dass in zwei Drittel aller Südtiroler Gemeinden ein Wechsel des Bürgermeisters stattfindet. Andererseits findet aber auch eine Verjüngung in den Verwaltungen statt, obwohl man sich schwer getan hat, in den einzelnen Gemeinden geeignete Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters oder der Gemeindeferenten zu finden. Folglich haben die neuen Bestimmungen – man hatte noch versucht, diese zumindest für Gemeindeferenten im letzten Moment aufzuheben – Kritiker wie auch Befürworter. Die Amtsdauerbeschränkung für die Referenten ist nämlich im Vergleich zum restlichen Staatsgebiet in der Region Trentino-Süd-

tirol einzigartig. Das hat schlussendlich bei den Kritikern zu großem Unmut geführt. Es gilt auch zu beachten, dass mit dieser Beschränkung der Mandate jahrelang gesammelte Erfahrungen verloren gehen. Trotzdem hoffen wir, dass viele Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gehen. Gerade bei Gemeindegewahlen ist das Handlungsfeld greifbar nahe: Sollen zusätzliche touristische Angebote verwirklicht werden? Wird eine neue Ortsumfahrung gebaut? Werden zusätzliche Seniorenwohnungen errichtet? Werden historische Bauten erhalten? Wird das Trinkwassernetz erneuert? Soll ein Jugendzentrum entstehen? Erhält der Dorfplatz eine neue Beleuchtung? Braucht es eine Naherholungszone? Wie hoch sind die Eintrittspreise ins örtliche Schwimmbad angesetzt? Gibt es Beiträge für Vereine und Veranstaltungen? Werden Sommeraktivitäten für Kinder und Jugendliche angeboten? Auch um diese Themen geht es bei einer kommunalen Wahl. Mit seiner Stimme kann man Einfluss nehmen, was, wann, wo und wie umgesetzt wird.

„Gemeinde“ heißt Gemeinschaft, „Gemeinde“ sind wir alle und nur so kann „Gemeinde“ funktionieren.

Leider ist die Einstellung, dass Gemeinde im Grunde wir alle sind, in letzter Zeit etwas in den Hintergrund gerückt. Gemeinde ist kein reiner Dienstleister, als der sie immer öfter gesehen wird. Die im Verhältnis zu den vergangenen Jahrzehnten doch gut ausgestatteten Gemeindehaushalte haben es nicht nur ermöglicht zu investieren, gleich ob in Wasserleitungen oder in Dorfplätze, sie haben auch eine Erwartungshaltung entstehen lassen. Gemeinde sind wir alle – das bedeutet aktive Teilnahme am Dorfgeschehen, über Vereine und Organisationen, aber auch



als Einzelner. Gemeinschaft muss aber auch organisiert werden – dies ist die Aufgabe der Politiker und Verwalter. Es braucht engagierte BürgerInnen, welche bereit sind, diese Auf-

gabe zu übernehmen und sich der Wahl stellen. Es gilt aber auch einen fairen Wahlkampf zu führen und nicht Dinge zu versprechen, die nachher nicht eingehalten werden können und somit eine Erwartungshaltung erzeugen und Enttäuschung vorprogrammieren.

Es sind aber auch alle BürgerInnen aufgerufen, an den Wahlen teilzunehmen und die Zukunft ihrer Gemeinde mitzubestimmen.

Arnold Schuler, Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes

### Kontakt

Südtiroler  
Gemeindenverband  
Genossenschaft,  
Kanonikus-Michael-  
Gamper-Straße 10,  
I-39100 Bozen  
Tel.: 0039-0471-304655,  
Fax: 0039-0471-304625  
E-Mail: [info@gvcc.net](mailto:info@gvcc.net)



## Burgenland

Neuer Abteilungsleiter

### Dr. Andreas Gold bestellt



Foto: www.dbn-burgenland.at

LH Hans Niessl, Abteilungsleiter w. HR Dr. Andreas Gold und Landesamtsdirektor w. HR Dr. Robert Tauber bei der Dekret-Übergabe.

### EISENSTADT

Burgenlands LH Hans Niessl hat Hofrat Andreas Gold Mitte März 2010 offiziell zum Abteilungsvorstand der Abteilung 2 „Gemeinden und Schulen“ des Amtes der burgenländischen Landesregierung ernannt. Seit September 2009 fungierte Gold bereits als provisorischer Leiter der Abteilung. Der Rechtswissenschaftler trat nach seiner Gerichtspraxis in den Dienst der Landesregierung über, wo er in verschiedenen Rechtsabteilungen tätig war. Von 1990 bis 1995 fungierte er als Bezirkshauptmann-Stellvertreter von Neusiedl/See.

## Personalia

Neues Vorstandsmitglied

### Christoph Raninger folgt auf Carsten Samusch

Christoph Raninger (38), bisher Vorstandsmitglied der CAIB AG, übernimmt ab 1. Juni 2010 die Funktion des Head of Financial Markets im Vorstand der BAWAG P.S.K. Er folgt damit Carsten Samusch nach, der sein Vorstandsmandat aufgrund privater Verpflichtungen nicht verlängert.

## Personalia international

Andreas Kiefer neuer KGRE-Generalsekretär

### Mit absoluter Mehrheit bestellt

#### BRÜSSEL

Während der 18. Sitzung des Straßburger Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) wurde Mitte März Dr. Andreas Kiefer mit absoluter Mehrheit zum neuen Generalsekretär gekürt. Der langjährige Leiter des Europabüros des Landes Salzburg konnte sich gegen die jetzige stellvertretende Generalsekretärin des KGRE, Antonella Cagnolati, und den als Außenseiter eingeschätzten niederländischen Kandidaten Leo Platvoet durchsetzen. Nachdem der ehemalige Generalsekretär Ulrich Bohner im Oktober 2009 in den Ruhestand ging, wurde die Position international ausge-



Andreas Kiefer

schrieben. Kiefer punkte mit langjähriger Erfahrung in verschiedenen europäischen Gremien und seiner Fähigkeit, als Bindeglied zwischen Politik und Verwaltung zu fungieren. Mehr auf [www.coe.int](http://www.coe.int)

## Personalia Niederösterreich

Regionaler Entwicklungsverband Niederösterreich

### Pum folgt Leonhardsberger

#### ST. PÖLTEN/ST. VALENTIN

Der Landtagsabgeordnete Andreas Pum wurde für 2010 einstimmig zum Obmann des Regionalen Entwicklungsverbandes Niederösterreich-West gewählt. Den Posten übernahm er von Martin Leonhardsberger, Bürgermeister von

Mank. Die jährlich wechselnde Stelle des Obmanns wird jedes Jahr von einem anderen Bezirk besetzt. Diesmal ging das Amt mit Pum an den Bezirk Amstetten. Ingenieur Pum ist seit 15 Jahren im Gemeinderat von St. Valentin und seit 1997 für Tiefbau zuständig.

## KOMMUNAL Kurios

Kandidatenmangel treibt sonderbare Blüten

### Bürgermeistersuche via Xing

#### HELGOLAND

Der Mangel an Kandidaten für das Bürgermeisteramt treibt langsam seltsame Blüten. So bedient sich die Verwaltung der norddeutschen Kommunal Helgoland der Internetplattform „Xing“ für die Suche. Der Text: „Bei der Gemeinde Helgoland ist zu Jahresbeginn 2011 die Stelle der/hauptamtlichen Bürgermeisterin/Bürgermeisters zu besetzen.“

*Die Ernennung erfolgt als Beamtin/Beamter auf Zeit für die Dauer von sechs Jahren. Dienstbezüge werden nach der Besoldungsgruppe A 14 des ...“* Die vollständige Beschreibung ist nur für registrierte Mitglieder einsehbar.

Bleibt nur zu hoffen, dass hierzulande derartige Methoden nicht wirklich notwendig werden.

## Kommunalwissenschaft

Sommertagung soll brennende Frage klären:

### Die Stellung des Kommunalpolitikers in der Gesellschaft

#### LINZ

Am 14. Juni 2010 lädt die Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft – KWG zu einem Sommercocktail zum Thema „Die Stellung des Kommunalpolitikers in der Gesellschaft“ in die Raiffeisenlandesbank nach Linz ein. Nach der Begrüßung durch den Vorstand der KWG, Univ.-Prof. Dr. Reinhard Resch, Johannes-Kepler-Uni

Linz, und den Geleitworten durch den Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes, Bgm. Helmut Mödlhammer, wird a. Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Karhofer vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck das Hauptreferat halten. Anmeldungen und Infos unter Tel.: 01/531 61 – 119 oder E-Mail: [netzwerk@manz.at](mailto:netzwerk@manz.at)

## Salzburger Gemeindeverband

Trauer um Ehrenpräsident Hans Schmidinger

### Salzburg verliert Kämpfer um kommunale Interessen

Der langjährige Landtagspräsident a. D. und Bürgermeister von Thalgau, Hans Schmidinger, ist am 25. März 2010 im Alter von 84 Jahren verstorben. In den

30 Jahren von 1969 bis 1989 war Schmidinger Mitglied des Salzburger Landtages. Davon war er 15 Jahre Landtagspräsident. Schmidinger war auch 29 Jahre (von 1963 bis 1992) Bürgermeister seiner Heimatge-



Hans Schmidinger

meinde Thalgau. Von 1985 bis 1991 war Schmidinger auch Präsident des Salzburger Gemeindeverbandes und wurde danach zu dessen Ehrenpräsident ernannt. Wegen seiner großen Verdienste um die Interessen aller österreichischen Gemeinden war er auch Ehren-

mitglied des Österreichischen Gemeindebundes. Zudem durfte er sich mit zahlreichen Auszeichnungen verschiedener Körperschaften und Institutionen, wie mit

dem Großen Goldenen Ehrenzeichen um die Verdienste der Republik Österreich und dem Ring des Landes Salzburg schmücken. Einer seiner Nachfolger, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, zeigte sich betroffen und traurig: „Hans

Schmidinger war in vielerlei Hinsicht ein Vorbild. Er hat sich nie nur für seine eigene Gemeinde interessiert, sondern war ein Kämpfer für die Interessen, Sorgen und Anliegen aller Salzburger und auch der österreichischen Gemeinden. Er wird uns fehlen.“



GVV Burgenland hat neues Design

## Neue Homepage, neuer Slogan und frisches Design

### EISENSTADT

Der GVV Burgenland hat ab sofort einen neu gestalteten Außenauftritt. Das bisherige Design des Verbandes wurde zuletzt 2007 neu entwickelt und eingeführt. Nun war es an der Zeit, dem Design des Gemeindevertreterverbandes einen neuen Schliff zu geben. Neuer Slogan „Wir für die Gemeinden“ und komplett neue Homepage sind Kernstücke dieses Neuauftritts. GVV-Präsident Ernst Schmid: „Wir wollen mit dem neuen Design und der neuer Homepage den Ansprüchen der heutigen Zeit gerecht werden und insgesamt den GVV Burgenland inhaltlich wie im Außenauf-

tritt auf Höhe der Zeit halten.“

GVV-Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold: „Auf die neuen Homepage sind wir sehr stolz. Sie hat eine klare und übersichtliche Navigation, ist grafisch ansprechend und enthält eine Fülle von nützlichen Informationen für unsere Mitglieds-gemeinden.“

Auf der Homepage finden sich neben den Infos zum GVV auch alle wichtigen Infos zu den burgenländischen Gemeinden, der „kommunale Werkzeugkoffer“, der GVV-Shop sowie neu die Möglichkeit zur Abon-nierung eines Newsletters. [www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at)

Gemeinde bietet an

## Baumaschine günstig abzugeben

### MARIA ENZERSDORF

Selbstfahrende Arbeitsma-schine – Kehrmaschine inkl. Handsaugenrichtung  
 Marke: Johnston, Type: 2000,  
 Baujahr: 1994, Volumen:  
 Schmutzbehälter: 1,8 m<sup>3</sup>,  
 Wassergehalt: 375 Liter,  
 höchstes zulässiges Gesamt-gewicht: 4000 kg, Mindest-arbeitsbreite: 1,30 m, Be-triebsstunden: 4300. Die

Maschine ist reparaturbe-dürftig, Neupreis 1994: ca. 61.500 Euro, Verhandlungs-preis: 3000 Euro.  
 Anfrage und Besichtigung gegen Voranmeldung beim Wirtschaftshof der Marktge-meinde 2344 Maria Enzers-dorf Kampstraße 1–3,  
 Tel.: 2236 44 501-36,  
 E-Mail: [helmut.stoehr@maria.enzersdorf.at](mailto:helmut.stoehr@maria.enzersdorf.at)



Das oberösterreichische Hilfsprojekt „Wassertropfen“

## Ein Euro für ein Leben

Das Hilfsprojekt von Ener-gie AG, WDL, Caritas und 15 oberösterreichischen Ge-meinden sichert die Wasser-versorgung für bereits 160.000 Menschen in der demokratischen Republik Kongo. Pro Kubikmeter ge-liefertem Wasser fließen 0,1 Cent in das Hilfsprojekt. Damit konnten bisher mehr als 40 desolate Pumpen und Brunnen wieder funkti-onstüchtig gemacht wer-den. „Einen Menschen in Österreich mit sauberem Trinkwasser zu versorgen kostet die öffentliche Hand zumindest 500 Euro. In der demokratischen Republik

Kongo kostet das Gleiche maximal einen Euro. Nir-gendwo sonst lassen sich karitative Gelder so effizi-ent einsetzen“, erklärt Chri-stian Hasenleithner, Ge-schäftsführer der Energie AG Wasser das gemeinsame Engagement.

Ein Film von Roland Huber zeigt die spezifische Situati-on der österreichischen und kongolesischen Wasserwirt-schaft. Zu sehen ab Mai auf der neuen Internet-TV-Platt-form [www.kommunal.at/kommunal-tv](http://www.kommunal.at/kommunal-tv). Weitere Informationen fin-den Sie unter [www.wassertropfen.at](http://www.wassertropfen.at)

„Kärnten Tourismus Award“ ist vergeben

## Gmünd machte das Rennen

### KLAGENFURT

In Klagenfurt wurde Mitte April zum fünften Mal der „Kärnten Tourismus Award“ verliehen. Heuer ging der Preis an die Künstlerstadt Gmünd. Sie machte das Ren-nen aus 60 Einreichungen. Der Gmünder Delegation, mit Bürgermeister Josef Jury an der Spitze, wurde der Touris-mus Award für 20 Jahre kul-turelles Engagement, für die konsequente Pflege des Ima-

ges in der Künstlerstadt und den wachsenden Kulturtou-rismus verliehen. „Die erfol-greiche Entwicklung der Stadt hat viele Väter, und eine ganze Region lebt davon“, freute sich das Stadtober-haupt. Dafür erhielt er einen 3000-Euro-Scheck, eine Tro-phäe und Urkunde. Die übri-gen Sieger erhielten jeweils 1000 Euro und eine Urkunde. [www.kaerntner-gemeindebund.at/](http://www.kaerntner-gemeindebund.at/)

## Universitäts-Lehrgang

Neues Public-Management-Programm

### Das Public Management „Certified Programm“

Für Führungskräfte aus der kommunalen Verwaltung gibt es am Center for European Public Administration (CEPA) der Donau-Universität Krems ein neues Public-Management-Programm, angelegt in Modulen. Jedes Modul wird mit einer Prüfung abgeschlossen. Den Abschluss des Lehrgangs bildet die Präsentation der Hausarbeit. Nach erfolgreicher Ablegung aller Prüfungen wird

dem/der Studierenden ein Abschlussprüfungszeugnis ausgestellt. Die absolvierten Studienleistungen können für weiterführende Aus- und Weiterbildungen an der Donau-Universität angerechnet werden.

Infos: Gerlinde Ecker  
Donau-Universität Krems,  
Center for European Public  
Administration (CEPA) Tel.:  
02732/893-2471  
E-Mail: [gerlinde.ecker@  
donau-uni.ac.at](mailto:gerlinde.ecker@donau-uni.ac.at)

Kommunaler Jugendkongress am 7. Mai

### Nutzen und Vorteile engagierter Jugendarbeit herauszuarbeiten

LINZ

Am 7. Mai 2010 findet im Landhaus in Linz der Kommunale Jugendkongress statt. Das Jugendreferat lädt alle Verantwortlichen in der Gemeinde, die sich für jugendfreundliche Lebensbedingungen engagieren, wie BürgermeisterInnen und AmtsleiterInnen, GemeindejugendreferentInnen zu dieser Veranstaltung sehr herzlich ein.

Nach Grußworten des Vizepräsidenten des OÖ Gemeindebundes, Bgm. Hans Hingsamer, und des Vizepräsidenten des OÖ Städtebundes, Bgm. Mag. Walter Brunner, wird Jugend-  
LR Mag. Doris Hummer über die Jugendarbeit als Gemeindemotor referieren. Mag. Manfred Zenter vom Institut für Jugendkulturforschung aus Wien wird zum Thema „Jugend und Politik: Trends und Herausforderungen“ ein Referat halten. Nach der anschließenden Diskussion können sich alle TeilnehmerInnen im Rahmen eines Themenforums zu folgenden Be-



reichen informieren:

- ▶ Gemeindeferienspiele, Spiele-Sommer
- ▶ Mobiles Jugendzentrum
- ▶ Gemeinde-Jugendteam
- ▶ Jugendgerechte Öffentlichkeitsarbeit

Die Veranstaltung kann kostenlos besucht werden.

Anmeldung unter [www.ooe-jugend.at/  
kommunal](http://www.ooe-jugend.at/kommunal)

Nähere Infos bei Mag. Michaela Seidl,  
Tel: 0732/7720-15505,  
E-Mail: [jugend.bgd.post@ooe.gv.at](mailto:jugend.bgd.post@ooe.gv.at)

Der Jugendkongress zielt darauf ab, Nutzen und Vorteile einer engagierten Jugendarbeit für die Gemeinden herauszuarbeiten und über neue und bewährte Projekte und Modelle zu informieren.

## Jahrbuch

Beihilfenrecht

### Stand aktueller Entwicklungen

Das EU-Beihilfeverbot ist mit der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/09 und einigen prominenten österreichischen Fällen ins Licht einer breiten öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Als Entscheidungsdeterminanten für Politik und Wirtschaftstreibende sind die Grenzen gleichwie Möglichkeiten des Be-



hilfsrechts aber tatsächlich schon seit Jahren nicht mehr wegzudenken.

Das nunmehr vierte

Jahrbuch versteht sich als kombiniertes Informations- und Diskussionsmedium, das aktuelle Entwicklungen im Beihilfenrecht auf breiter Basis und für einen weiten Kreis an Nutzern aus Wissenschaft und Praxis dokumentiert und aufbereitet. Daher wird auch besonderer Wert darauf gelegt, Lesern durch eine klare Gliederung, leitende Benutzungshinweise sowie ein detailliertes Stichwortverzeichnis eine rasche Sichtung der für sie jeweils wesentlichen Passagen zu ermöglichen.

### Das Buch

Thomas Jaeger / Birgit Rumersdorfer (Hg.), „Beihilfenrecht – Jahrbuch 2010“; ISBN 978-3-7083-0672-8, Erscheinungsjahr 2010; 572 Seiten, broschiert, 68 Euro  
Neuer Wissenschaftlicher Verlag,  
Argentinierstraße 42/6  
A-1040 Wien  
Tel.: 01/535 61 03-24  
Fax: 01/535 61 03-25  
E-Mail: [office@nwv.at](mailto:office@nwv.at)

## Rechtsbuch

Index

### „Wegweiser“ durch Österreichs Bundesgesetze



Um sich im Dickicht neuer Bestimmungen gerade im elektronischen Zeitalter zuverlässig zurechtzufinden, bietet der „Wegweiser“ des Doyens der österreichischen Kommunalwissenschaft eine verlässliche und exzellente Orientierungshilfe.

### Das Buch

„BGBl-Index 2010 – Wegweiser durch Österreichs Bundesgesetzgebung“, Stand vom 1. Jänner 2010, Hrsg. von Hofrat Univ.-Prof. Dr. Hans Neuhofer, ISBN-13: 978-3-214-16064-7; 60. Aufl. XLIV, 686 Seiten, 179 Euro  
MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH  
Johannesgasse 23,  
1010 Wien  
Tel.: +43/(0)1/531 61-0,  
Fax: +43/(0)1/531 61-181  
E-Mail: [bestellen@manz.at](mailto:bestellen@manz.at)

**KOMMUNALE BAUTEN**



Foto: Team Habitat

**Vorschau auf Ausgabe 6/2010 (Juni):**

Kommunales Bauen hält die Menschen im Ort

**Der Jugend ein Dach über'n Kopf. Die Frage ist: Welches?**

Bei dem Begriff „Bauen“ fallen den meisten nur zwei Extreme ein: Das eine ist „Bauen am Land“ – große Häuser für Familien, teuer, kaum leistbar, sehr platzraubend. Das andere ist „Bauen in der Stadt“ – kleine Wohnungen, wenig Privatsphäre, alles ist eng und laut, und sehr billig ist es meist auch nicht.

Um einen Kompromiss zwischen diesen beiden Extremen (die nebenbei auch ziemliche Klischees sind) haben sich österreichische Architekten bemüht. KOMMUNAL stellt Projekte vor, die auch kleinen

und mittleren Gemeinden die Möglichkeit bieten, verhältnismäßig günstig leistbaren Wohnraum zur errichten. Denn eines muss in jeder Gemeinde klar sein: Finden die Jungen nicht in der einen Gemeinde das passende Dach über dem Kopf, dann halt in einer anderen. Und das gilt wahrscheinlich auch für die Alten, die immer mobiler werden.

**KONTAKT**

**So erreichen Sie uns:**

KOMMUNAL  
Löwelstraße 6, 1010 Wien  
Fax: 01/532 23 77  
Web: [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)

Mag. Sabine Brüggemann  
Tel.: 01/532 23 88 – 12  
[sabine.brueggemann@kommunal.at](mailto:sabine.brueggemann@kommunal.at)

Mag. Alexander Palaschke  
Tel.: 01/532 23 88 – 14  
[alexander.palaschke@kommunal.at](mailto:alexander.palaschke@kommunal.at)

Patrizia Poropatits  
Tel.: 01/532 23 88 – 30  
[patrizia.poropatits@kommunal.at](mailto:patrizia.poropatits@kommunal.at)

**FRIEDHOF & BESTATTUNG**

**„Es wird a Leich geben ...“**

So makaber dieses Thema an sich ist, so bedeutend ist es auch für die Gemeinden. Sie müssen nicht nur den Platz für Friedhöfe bereitstellen, es sind jede Menge an Vorschriften zu beachten und „billig“ ist ein Friedhof auch nicht. Zusätzliche Belastung sind die manchmal eigenwilligen Wünsche der Familien.

**In dieser Ausgabe:**

**Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand**

▶ Bundesministerium für Finanzen	46
▶ Bundesministerium für Inneres	38
▶ Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	40
▶ Elektroaltgeräte Koordinierungsstelle Austria GmbH	77
▶ Energie AG Oberösterreich Wasser GmbH	100
▶ familienfreundlichegemeinde	39
▶ FEEI Management-Service GmbH	73
▶ FFG Österreichische ForschungsförderungsgmbH	44
▶ Fonds Gesundes Österreich	49
▶ GRIS Güteschutzverband Rohre	77
▶ Immorent AG	58
▶ JENOPTIK Robot GmbH	64
▶ Klima- und Energiefonds	42
▶ KOMMUNALKREDIT Austria AG	78
▶ MÜNZE Österreich AG Medaillen	79
▶ ÖBB Holding Konzernkommunikation	77
▶ Oberbank Leasing GmbH	64
▶ Österr. Kommunal-Verlag	
▶ Österreichische Post AG	71
▶ Österreichische Vereinigung des Gas- und Wasserfaches	65
▶ POLYTAN Sportstättenbau GmbH	76
▶ Raiffeisen Leasing GmbH	59
▶ Schloß Hofen Weiterbildungs GmbH FH Vorarlberg	74
▶ Steinbauer Development GmbH	53
▶ SW Umwelttechnik Österreich GmbH	75

**Vorschau auf Ausgabe 5/10 (Mai):**

**WASSER & KANAL**

**▶ Nicht einfach nur Lebensadern der Gemeinden**

Rund **1,3 Milliarden Euro** stecken die Gemeinden Jahr für Jahr in die Erhaltung der kommunalen Wasser- und Kanalwerke. Österreich ist mit diesen lebenswichtigen Versorgungseinrichtungen vergleichsweise hervorragend abgedeckt, aber der überwiegende Teil der Kanäle und Leitung ist nun schon 40 und mehr Jahre alt. Bereits jetzt geht ein großer Teil des kommunalen „Wasser- und Kanalbudgets“ in die Erhaltung bzw. die Sanierung. KOMMUNAL sieht sich an, was zu tun ist und woher das Geld dafür kommen könnte.

**ABFALLWIRTSCHAFT & UMWELTECHNIK**

**▶ Österreichisches Know-how führend in Europa**

In den Bereichen Abfallwirtschaft und Umwelttechnik gehören Österreich und seine Gemeinden zu den führenden Nationen in Europa. Die Gemeinden investieren in den Sektor Dienstleistungen, wo diese Bereiche hineinrechnen, jährlich mehr als **fünf Milliarden Euro**. Wie derzeit der Stand der Technik ist, was es für Neuerungen für die Gemeinden und ihre Bürger gibt, zeigen wir in KOMMUNAL.

# KOMMUNALMESSE 2010

Die größte Wirtschaftsschau für Österreichs Gemeinden  
im Rahmen des 57. Österreichischen Gemeindetages in Graz



## KOMMUNALMESSE – die größte Leistungsschau für Österreichs Gemeinden

Die KOMMUNALMESSE ist der Ort, um Impulse für Investitionen in den 2.357 österreichischen Gemeinden zu setzen. Kommunale Entscheidungsträger aller Bundesländer treffen im September 2010 zusammen, um sich über aktuelle Herausforderungen zu beraten und Strategien zu entwickeln.

**Nutzen Sie die Chance!**  
Am 9. und 10. September 2010 in Graz.  
Wir informieren Sie: 01/532 23 88

# WAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH?

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalkredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.



**WASSERKRAFT** als sauberer Stromlieferant



**NACHHALTIGE ENERGIE** ohne Umweltbelastung



**MODERNE GESUNDHEITZENTREN** für Bürgerinnen und Bürger



**KADERSCHMIEDEN** für unsere Jugend



**SOZIALE INFRASTRUKTUR** für eine funktionierende Gesellschaft



**VERKEHRSWEGE** für rasche und sichere Verbindungen